

Sozialdemokratie und kommunale Wohnungsbaupolitik in den 20er Jahren — am Beispiel von Hamburg und Wien*

Wohnungsbaupolitik wurde in den 20er Jahren von der Öffentlichkeit als ein zentrales Politikfeld wahrgenommen. Dies resultierte vor allem aus der Tatsache, daß die Geburtsstunde des Sozialen Wohnungsbaus in diese Zeit fiel.¹ Es handelte sich hierbei um einen beträchtlichen qualitativen und quantitativen Einschnitt in die Geschichte der deutschen Wohnungsbaupolitik.

Während wir heute hinsichtlich des Sozialen Wohnungsbaus vor einem ziemlich weitreichenden Desaster stehen² und der Staat sich vom Sozialen Wohnungsbau ab 1986 ganz zurückziehen gedenkt, betrachtete man in den 20er Jahren den Sozialen Wohnungsbau mit großen Erwartungen und Hoffnungen. Vor allem gilt dies für die Sozialdemokratische Partei (SPD). Das Motto ihrer Wohnungspolitik lautete: Subventionierung des Wohnungsbaus und Förderung der gemeinwirtschaftlichen Bauträger als Substitut für gesellschaftliche Struktureingriffe. Der äußere Erfolg dieser Politik schien ihnen recht zu geben: Überall in Deutschland schossen Neubauten aus dem Boden, häufig ganze Siedlungen. Insgesamt erstellte man zwischen 1919 und 1932 2,5 Millionen Neubauwohnungen.³ Zwar bekam man

* Die folgenden Ausführungen entstanden im Zusammenhang eines von der VW-Stiftung finanzierten Forschungsprojektes über »Entstehung und Entwicklung von Neubauvierteln in den 20er und 60er Jahren«. — Kritik, Anregungen und Hilfen verdanke ich Sid Auffarth, Ulfert Herlyn, Wulf Tessin sowie Thomas Dierich, Heinz Eickmeier, Beate Hagenauer, Ronald Kunze, Hans-Jürgen Naroska, ferner den Diskussionen mit Studenten/innen des Historischen Seminars der Universität Hannover. — Die Illustrationen zum Hamburger Wohnungsbau sind dem in Anm. 4 zitierten Buch von H. Hipp entnommen. Wir danken dem Hans Christian-Verlag für die Erteilung der Abdruckgenehmigung.

1 Der Begriff »Sozialer Wohnungsbau« war allerdings in den 20er Jahren noch nicht gebräuchlich. Er wurde jedoch z. B. schon verwendet in: Niederschrift über die Sitzung des Wohnungsausschusses des Deutschen und Preußischen Städtetages am 10. 12. 1927, in: Landesarchiv Berlin, Akten des Deutschen Städtetages 142/Stb 3711.

2 Aus der Fülle der Literatur zu den heutigen Problemen des Sozialen Wohnungsbaues siehe stellvertretend für viele andere Titel: *Adalbert Evers/Tilman Harlander*, Kommunale Wohnungspolitik zwischen Neubau und Bestandssicherung — diskutiert am Beispiel zweier Großstädte, in: *Joachim Jens Hesse/Hellmut Wollmann* (Hrsg.), Probleme der Stadtpolitik in den 80er Jahren, Frankfurt/New York 1983; *Helmut Brede/Bernhard Kobaupt/Hans-Joachim Kujath*, Ökonomische und politische Determinanten der Wohnungsversorgung, Frankfurt 1975; *Michael Krummacher*, Wohnungspolitik und Sozialstaatspostulat in der Bundesrepublik Deutschland, Phil. Diss. Hannover 1978; *ders.*, Wohnungspolitik in der BRD, in: *Prokla* 45, 1981, S. 73 ff.; *Stefan Krätke/Renate Hirsch-Borst/Fritz Schmoll*, Zwischen Selbsthilfe und Staatsbürokratie. Neue Wege für die kommunale Wohnungspolitik, Hamburg 1984.

3 *Peter-Christian Witt*, Inflation, Wohnungszwangswirtschaft und Hauszinssteuer. Zur Regelung von Wohnungsbau und Wohnungsmarkt in der Weimarer Republik, in: *Lutz Niethammer* (Hrsg.),

dadurch noch immer nicht die Wohnungsnot in den Griff⁴, aber im Vergleich zur wilhelminischen Zeit war tatsächlich viel geschehen.

Für die Sozialdemokratische Partei, mittlerweile eingeschworen auf soziale Reformpolitik, gewann der Soziale Wohnungsbau eine besonders große Bedeutung. Da die SPD in den entscheidenden Jahren des neuen Massenwohnungsbaues, nämlich nach 1924⁵, nicht mehr in der Reichsregierung vertreten war, versuchte sie in den Ländern und vor allem in den Kommunen die Wohnungsbaupolitik nach ihren Maßstäben zu steuern. Dies war auch bis zu einem bestimmten Grade möglich, und zwar aus folgenden Gründen: Erstens begnügte sich das Reich auf dem wohnungspolitischen Sektor mit einer Rahmengesetzgebung und überließ die wichtigen Ausführungsbestimmungen den Ländern und Kommunen.⁶ Die Durchführung oblag sogar ganz den Gemeinden. Zweitens war die Mehrheitssozialdemokratische Partei Deutschlands (MSPD) bzw. die SPD aufgrund der Demokratisierung der Gemeindewahlrechte im Jahre 1919 in den Kommunen, vor allem in den Groß- und Industriestädten, stark präsent.⁷ Zwar hatte sie sich selbst in der Revolutionszeit mehr oder weniger ihre (reale und potentielle) Machtbasis beschnitten⁸, doch immerhin lief damals und auch später in den großen Kommunen nichts mehr ohne sie.

Die bürgerlichen Parteien hatten zwar andere, mehr privatwirtschaftlich orientierte Vorstellungen darüber, wie Wohnungsbaupolitik eigentlich auszusehen habe, aber die Notwendigkeit (vorübergehender) öffentlicher Subventionierungen des Wohnungsbaus wurde von allen

Wohnen im Wandel. Beiträge zur Geschichte des Alltags in der bürgerlichen Gesellschaft, Wuppertal 1979, S. 400.

4 Nach den Ergebnissen der Reichswohnungszählung vom 16. Mai 1927 waren in den deutschen Großstädten 4,5 Mio. bewohnte Wohnungen vorhanden, in denen 4,9 Mio. Haushaltungen mit 16,8 Mio. Personen lebten. Die große Masse der über keine eigene Wohnung verfügenden Haushalte (86 Prozent) waren in Klein- und Mittelwohnungen und nicht in Großwohnungen untergebracht. Deutsche Gemeinde-Zeitung, Jg. 67, 1928, Nr. 4, S. 32. — Auf eine fünfköpfige Arbeiterfamilie kamen durchschnittlich im Jahre 1925 an Wohnräumen: Deutschland: 1,4; Frankreich: 2,5; England: 3,0; USA: 5,0. Bruno Schwan, Die Wohnungsnot in Deutschland, Berlin 1926, S. 39. Auch in Hamburg nahm trotz aller Neubauanstrengungen die Wohnungsnot im Verlaufe der 20er Jahre noch zu. Hermann Hipp, Wohnstadt Hamburg. Mietshäuser der 20er Jahre zwischen Inflation und Weltwirtschaftskrise, Hamburg 1982, S. 12. Zur Wohnungssituation vor dem Ersten Weltkrieg siehe das grundlegende Werk von Clemens Wischermann, Wohnen in Hamburg vor dem Ersten Weltkrieg, Münster 1983, passim.

5 Deshalb wird in den folgenden Ausführungen die Wohnungsbaupolitik gerade jener Jahre analysiert. In der Wirtschaftskrise von 1929 ff. wurde dem »Sozialen Wohnungsbau« der Boden entzogen.

6 In der Anfangszeit hatte das Reich noch die Initiative im Wohnungsbau ergriffen, zunächst in Form der Vergabe von verlorenen Baukostenzuschüssen, dann in Form von Baukostenzuschüssen auf Darlehensbasis. Witt, S. 393. Bis 1929 wurden 91 Prozent der in den Städten neu hergestellten Wohnungen durch die Kommunen finanziert. Die Gemeinde, Jg. 6, 1929, H. 21/22, S. 976.

7 Im Jahre 1927 stellte z. B. die SPD in 708 Städten den Bürgermeister. Die Gemeinde, Jg. 4, 1927, H. 20, S. 924. Im Jahre 1926 zählte die SPD im Deutschen Reich 41 176 kommunale Mandatsträger ihrer Partei. Jahrbuch der deutschen Sozialdemokratie für 1926, Reprint Berlin/Bonn-Bad Godesberg 1976, S. 63.

8 Hier wird auf die Politik der MSPD angespielt, insoweit sie die Arbeiter- und Soldatenräte unterdrückte und auf den Ausbau einer demokratischen Volkswehr verzichtete. Dazu siehe trotz der jüngsten Versuche zur erneuten Uminterpretation der Revolution von 1918/19 noch immer einführend Reinhard Rürup, Probleme der Revolution in Deutschland 1918/19, Wiesbaden 1968, S. 26 ff.

wichtigen bürgerlichen Parteien nicht ernstlich bestritten.⁹ »Besser Sozialreform als Sozialrevolution« — das wurde die Grundlage für den Minimalkonsens der bürgerlichen Parteien mit der (M)SPD, von dem auch die Wohnungsbaupolitik profitierte. Wohnungselend und Wohnungsnot — so unterschiedlich man sie bewertete — waren für alle, auch für die bürgerlichen Parteien, mehr oder weniger vorhanden, und hier Abhilfe zu schaffen entsprach (außer den allgemeinen Prinzipien der Humanität) vor allem den Vorstellungen über Sozialhygiene, Sittlichkeit, Erhaltung der »Volkskraft«, »produktive Fürsorge« sowie den erhöhten Anforderungen der Wirtschaft an die Reproduktion der arbeitenden Menschen.¹⁰ Einige mögen sich auch an den Artikel 155 der Weimarer Verfassung gebunden gefühlt haben, der immerhin »jedem Deutschen eine gesunde Wohnung« versprach. Die bürgerlichen Parteien konzentrierten sich darauf, auf dem Wohnungsbausektor Struktureingriffe größerer Art zu verhindern und die zunächst in ihren Augen nicht vermeidbar gewesene Wohnungs- »zwangs«wirtschaft schrittweise rückgängig zu machen.

Erst in der Großen Wirtschaftskrise von 1929 ff. kündigten die bürgerlichen Parteien den bis dahin wirksamen relativen Konsens hinsichtlich der Subventionierung des Wohnungsbaues auf.¹¹

Die Sozialdemokraten versuchten ihrerseits, »ihrem« Sozialen Wohnungsbau ein eigenes Gepräge zu geben, um nach außen hin den Unterschied zur »alten Zeit« für alle deutlich zu machen.¹² Deshalb unterstützten sie größtenteils eine progressive Richtung in der Architektur, die unter dem Begriff des »Neuen Bauens« bekannt geworden ist (Näheres siehe Kap. VI). Ganze Siedlungen mit meist 500 bis 1 500 Wohnungseinheiten wurden in diesem modernen Stil erstellt. Sie sollten zum Symbol des Weimarer Staates bzw. der Sozialen Wohnungspolitik sozialdemokratisch gelenkter bzw. beeinflusster Kommunen werden.

In den folgenden Ausführungen geht es — unter Berücksichtigung des historisch-politischen Kontextes der Zeit — zum einen um die Verdeutlichung des Zusammenhangs von Sozialdemokratie, kommunalem Wohnungsbau und neuem Architekturstil, zum anderen um die Analyse des Verhältnisses von Politik und Alltag in diesem Bereich. Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen die besonderen zeitspezifischen Leistungen des neuen Sozialen Wohnungsbaus,

9 *Barbara Miller Lane*, *Architecture and Politics in Germany, 1918—1940*, Cambridge/Mass. 1968, S. 89.

10 Dazu: *Adelheid Castell*, Unterschichten im »demographischen Übergang«. Historische Bedingungen des Wandels der ehelichen Fruchtbarkeit und der Säuglingssterblichkeit, in: *Hans Mommsen/Winfried Schulze* (Hrsg.), *Vom Elend der Handarbeit. Probleme historischer Unterschichtenforschung*, Stuttgart 1981, S. 394; *Gottfried Pirhofer/Reinhard Sieder* (Hrsg.) *Zur Konstitution der Arbeiterfamilie im Roten Wien. Familienpolitik, Kulturreform, Alltag und Ästhetik*, in: *Michael Mitterauer/Reinhard Sieder* (Hrsg.), *Historische Familienforschung*, Frankfurt 1982, S. 354; *Ruth Wimmer*, Charakteristika der Berliner Kommunalpolitik in den Jahren der Weimarer Republik. Untersucht an der wirtschaftspolitischen Konzeption des Berliner Oberbürgermeisters Gustav Böß (1921 bis 1929), in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1969, T. 1, S. 98. Allgemein dazu — aus feministischer Perspektive: *Gisela Bock/Barbara Duden*, *Arbeit aus Liebe — Liebe als Arbeit. Zur Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus*, in: *Frauen und Wissenschaft. Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen*, Berlin 1977, passim.

11 Die Wohnungszwangswirtschaft wurde allerdings schon in den vorausgegangenen Jahren schrittweise gelockert.

12 Vgl. *Miller Lane*, S. 89. Werkberichte, Reprint aus: *Das Neue Frankfurt/Die neue Stadt (1926 bis 1934)*. Mit ergänzenden Beiträgen von den CIAM-Kongressen Frankfurt a. M. (1929) und Brüssel (1930), bearb. von *Juan Rodriguez-Lores* und *Günter Ublig*, Aachen 1977, S. XXI f., XXXII (künftig zit. als »Werkberichte«).

aber auch Grenzen, Defizite und Rückschritte — schon in der Weimarer Zeit. Dabei soll auch nach genutzten und nicht genutzten Handlungsspielräumen sowie nach möglichen wohnungspolitischen Alternativen gefragt werden — aus dem Bestreben heraus, historische Faktizität nicht mit historischer Notwendigkeit bzw. mit historisch-politischen Sachzwängen gleichzusetzen.¹³ Deshalb genügt es nicht, in diesem Zusammenhang nur allgemein auf Systemgrenzen zu verweisen, sondern es müssen auch die systemimmanenten Handlungsspielräume offengelegt werden.

Im Hinblick auf die Rekonstruktion von Handlungsspielräumen kann eine vergleichende Betrachtungsweise von Nutzen sein, beispielsweise der Vergleich einiger deutscher Großstädte. Eine andere Vergleichsmöglichkeit, die den folgenden Ausführungen zugrunde liegt, besteht darin, den Blick über die Grenzen nach Österreich bzw. nach Wien zu lenken: Auch dort gab es nach dem verlorenen Krieg und der niedergeschlagenen Revolution eine starke Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP), auch hier wurde erstmals Sozialer Wohnungsbau im Großformat betrieben, um so Wohnungsnot und Wohnungselend zu bekämpfen. Da die SDAP seit 1920 nicht mehr in der Regierung war, konzentrierte sich ihr Wirken vor allem auf die Hauptstadt, die seit 1922 den Status eines unabhängigen Bundeslandes erhielt. Die alte Kaiserstadt Wien wurde aufgrund der von den Sozialdemokraten getragenen Finanz- und Wohnungsbaupolitik einerseits sowie ihrer großen Aktivitäten auf sozial-, gesundheits- und erziehungspolitischen Gebiet andererseits zum »Roten Wien«. Seit einigen Jahren gibt es darüber relativ viele Publikationen.¹⁴ Doch bislang fehlt ein Vergleich der Wiener Woh-

13 In der Kommunalpolitik wurden und werden die Sachzwänge häufig überbetont. Dazu einführend: *Hans-Georg Webling*, Gemeinde und politisches Lernen, in: *ders.* (Hrsg.), Kommunalpolitik, Hamburg 1975, passim; vgl. auch *Alfred Georg Frei*, Rotes Wien. Austromarxismus und Arbeiterkultur. Sozialdemokratische Wohnungs- und Kommunalpolitik 1919—1934, Berlin 1984, S. 14, 69 f. — Dabei geht es — das sei vorweggenommen — nicht ohne Kritik an der SPD ab. Diese in differenzierter Form zu entwickeln war nicht immer einfach und wird vielleicht auch für manche Leser/-innen schwierig nachzuvollziehen sein, waren doch die großen, teilweise berühmt gewordenen Neubauviertel der Zeit (z. B. in Berlin: Britz, Onkel-Toms-Hütte, Haselhorst etc.; in Hamburg: Dulsberg und Jarrestadt; in Stuttgart: Weißenhofsiedlung; in Frankfurt: Bruchfeldstraße, Praunheim, Römerstadt, Westhausen, Hellerhof; in Karlsruhe: Dammerstock) sehr viel »gelungener« als die Mietskasernen in der Zeit des Deutschen Kaiserreichs auf der einen Seite und als die »Schlafstädte« der bundesrepublikanischen Zeit auf der anderen Seite: Muß im Vergleich dazu nicht jede Kritik beckmesserisch klingen? Heute stehen diese Siedlungen sogar teilweise unter Denkmalschutz als erhaltungswürdiges Kulturgut. Zwar gibt es in der Bundesrepublik im Zeichen der Postmoderne eine intensive Funktionalismuskritik, von der auch das Neue Bauen der Weimarer Zeit in Mitleidenschaft gezogen wird, aber diese blieb im wesentlichen doch eine Angelegenheit eines Teils der Architekten und tangierte nicht die verbreitete pauschale positive Gesamteinschätzung der neuen Wohnviertel der Weimarer Zeit. Neuerdings: *Liselotte Ungers*, Auf der Suche nach einer neuen Wohnform. Siedlungen der zwanziger Jahre damals und heute, Stuttgart 1983. In Anbetracht unserer heutigen Wohnungsmisere dient das Neue Bauen der Weimarer Zeit offensichtlich als Mahnmal für ein schon einmal erreichtes und dann wieder verlorengegangenes Niveau an Wohnkultur. Es geht im folgenden jedoch darum, nicht einer kritiklosen Verherrlichung dieser Siedlungen das Wort zu reden, sondern eine reflektiert-produktive Beziehung zu diesen Neubauvierteln zu gewinnen, und dazu gehört es auch, etwaige Defizite aufzuzeigen. Die soziale Problematik unserer »Schlafstädte« geht jedenfalls tiefer, als daß eine oberflächliche Beerbung »vorbildlicher« historischer Anlagen unserer Misere abhelfen könnte.

14 Außer *Frei* und *Pirhofer/Sieder* siehe vor allem *Rainer Bauböck*, Wohnungspolitik im sozialdemokratischen Wien 1919 bis 1934, Salzburg 1979; *Peter Feldbauer*, Wohnungsproduktion am Beispiel Wiens 1848 bis 1934, in: *Lutz Niethammer* (Hrsg.), Wohnen im Wandel, Wuppertal 1979, S. 317—343; *Hans Hautmann/Rudolf Hautmann*, Die Gemeindebauten des Roten Wien 1919

nungsbaupolitik mit jener deutscher Kommunen. Ein solcher Vergleich soll hier in ersten Umrissen erstellt werden. Als Vergleichsstadt bietet sich Hamburg an¹⁵, weil die deutsche Hansestadt ebenfalls den Status eines »Landes« inne hatte, so daß sich die formal-verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen beider Städte ähnelten.

Der Vergleich wird auf verschiedenen Ebenen durchgeführt: Grundlinien sozialdemokratischer (Wohnungs-)Politik (I), Finanzierungsfragen (II), Verteilung der öffentlichen Mittel (III), Mietpreisbildungen und soziale Herkunft der Mieter (IV), sonstige Maßnahmen mittelbarer Art (V), architektonische Gestaltung (VI), Raum und Alltag (VII). Die Analyse der Gemeinsamkeiten und Unterschiede hinsichtlich der Intentionen und Praxisformen auf den verschiedenen Ebenen möge die historisch-politische Reflexion und Diskussion über neue sinnvolle wohnungspolitische Perspektiven und Reformpotentiale in Gegenwart und Zukunft anregen.

I. GRUNDLINIEN SOZIALDEMOKRATISCHER (WOHNUNGS-)POLITIK

Vor dem Ersten Weltkrieg waren sich österreichische und deutsche Sozialdemokraten einig, daß, solange keine einschneidenden gesellschaftlichen und politischen Veränderungen zu erreichen seien, auch keine wesentlichen wohnungspolitischen Verbesserungen erwartet werden könnten. Beide Parteien standen offensichtlich in der Nachfolge Friedrich Engels' und seiner tradierten Äußerungen zur Wohnungsfrage. Die Sozialdemokratie in beiden Ländern betrachtete deshalb auch die Wohnungsfrage als einen »Nebenwiderspruch« der Gesellschaft. Deshalb kam dem Reproduktionsbereich immer nur eine untergeordnete Bedeutung zu, wes-

bis 1934, Wien 1980; *Karl Mang*, Architektur einer sozialen Evolution. Kommunalen Wohnbau der Gemeinde Wien zwischen dem Ende der Monarchie und dem Bürgerkrieg, in: Kommunalen Wohnbau in Wien. Aufbruch — 1923 bis 1934 — Ausstrahlungen. Ausstellungskatalog, Wien o. J. [1977]; *Wilhelm Kainrath*, Die gesellschaftspolitische Bedeutung des kommunalen Wohnbaus im Wien der Zwischenkriegszeit, ebda.; *Anton Pelinka*, Kommunalpolitik als Gegenmacht. Das »Rote Wien« als Beispiel gesellschaftsverändernder Reformpolitik, in: *Karl-Heinz Naßmacher* (Hrsg.), Kommunalpolitik und Sozialdemokratie. Der Beitrag des demokratischen Sozialismus zur kommunalen Selbstverwaltung, Bonn-Bad Godesberg 1977; *Franz Patzer*, Streiflichter auf die Wiener Kommunalpolitik 1919—1934, Wien/München 1978; *Gottfried Pirhofer*, Linien der kulturpolitischen Auseinandersetzung in der Geschichte des Wiener Arbeiterwohnbaus, in: Wiener Geschichtsblätter, Jg. 33, 1978, H. 1, S. 1 ff.; *ders.*, Ansichten zum Wiener kommunalen Wohnungsbau der zwanziger und frühen dreißiger Jahre, in: *Helmut Fielbauer/Olaf Bockborn* (Hrsg.), Die andere Kultur. Volkskunde, Sozialwissenschaften und Arbeiterkultur, Wien/München/Zürich 1982, S. 217 ff.; *Klaus Novy*, Der Wiener Gemeindewohnungsbau: »Sozialisierung von unten«, in: Arch+, Jg. 10, 1978, H. 45, S. 9 ff.; *Renate Schweitzer*, Der staatlich geförderte, der kommunale und der gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsbau in Österreich bis 1945, Diss. TH Wien 1972; *Maren Seliger*, Sozialdemokratie und Kommunalpolitik in Wien. Zu einigen Aspekten sozialdemokratischer Politik in der Vor- und Zwischenkriegszeit, München 1980; *Fritz C. Wulz*, Staat in Veränderung. Eine architekturpolitische Studie von Wien in den Jahren 1848 bis 1934, 2 Bde., Stockholm 1976.

15 Zu Hamburg siehe *Hipp*, Wohnstadt; ferner *Ursula Büttner*, Hamburg in der Staats- und Wirtschaftskrise 1928—1931, Hamburg 1982; *Leo Lippmann*, Mein Leben und meine amtliche Tätigkeit. Erinnerungen und ein Beitrag zur Finanzgeschichte Hamburgs, Hamburg 1964; Projektgruppe Arbeiterkultur Hamburg (Hrsg.), Vorwärts — und nicht vergessen. Arbeiterkultur in Hamburg um 1930, Berlin 1982; *Hermann Hipp*, Wohnungen für Arbeiter? Zum Wohnungsbau und zur Wohnungsbaupolitik in Hamburg in den 1920er Jahren, in: *Arno Herzig/Dieter Lange-wiesche/Arnold Sywottek* (Hrsg.), Arbeiter in Hamburg, Hamburg 1983, S. 471—481.

wegen keine neuen sozio-ökonomischen und sozio-kulturellen Konzeptionen auf diesem Gebiet entstanden. (Außerdem kam es zu einer Verengung des Politikbegriffes.¹⁶) Lange Zeit begnügte sich die im allgemeinen großstadtorientierte Sozialdemokratie mit öffentlichen Anklagen bezüglich der Wohnungsnot und des Wohnungselends. Erst seit der Jahrhundertwende verknüpfte sie ihre Kritik mit konkreten wohnungspolitischen Forderungen. Im Mittelpunkt stand das Verlangen, die öffentliche Hand, vor allem die Gemeinde, möge den Wohnungsbau fördern und eine aktive Boden- und Grundstückspolitik betreiben.¹⁷ Außerdem sollten die Kommunen Einrichtungen schaffen, die in der Lage seien, gesundheitsschädigende Wohnungen ausfindig zu machen und für Abhilfe zu sorgen (Wohnungsinspektoren, Wohnungsaufsicht, Wohnungsämter). Eine weitere Forderung, die jedoch keineswegs überall erhoben wurde, beinhaltete, daß die Gemeinden den Arbeiterwohnungsbau »in eigener Regie« durchführen und die Verwaltung der Wohnungen Mietergenossenschaften übertragen sollten.¹⁸ Das erinnert an die von Revisionisten getragene Konzeption des »Munizipalsozialismus«, bei der es hauptsächlich um die Kommunalisierung von Betrieben — vor allem des öffentlichen Bedarfs — ging.¹⁹ Außer der Kommunalisierung des Wohnungsbaus schlug die SPD jedoch auch schon in der Vorkriegszeit (teilweise wohl als Surrogat) die Unterstützung gemeinnütziger Gesellschaften durch die öffentliche Hand vor.²⁰ Damals konnte man nämlich noch glauben, daß bei einem von gemeinnützigen Gesellschaften rigide eingehaltenen Kostendeckungsprinzip eine sozial akzeptable Mietpreisbildung herauskommen werde. Auffallend ist die große Diskrepanz zwischen dem allgemeinen Ziel einer Sozialisierung der Gesellschaftsordnung und den eher pragmatisch gehaltenen konkreten wohnungspolitischen Forderungen.

16 Zur Einengung des Politikbegriffs auch im Parteilalltag siehe die Fallstudie von *Adelheid v. Saldern*, *Auf dem Weg zum Arbeiterreformismus. Parteilalltag in sozialdemokratischer Provinz (Göttingen 1870—1920)*, Frankfurt 1984, S. 163 ff.

17 In diesem Zusammenhang wurden auch ein brauchbares Enteignungsrecht und die Einführung einer Wertzuwachssteuer gefordert.

18 *Karl Czok*, *Zur Kommunalpolitik in der deutschen Arbeiterbewegung während der 90er Jahre des 19. Jahrhunderts*, in: *Jahrbuch für Regionalgeschichte*, Bd. 7, 1979, S. 76, 82, 91; *Dorothea Berger-Thimme*, *Boden- und Wohnungsreform in Deutschland 1873 bis 1918. Zur Genese staatlicher Interventionen im Bereich von Wohnungs- und Siedlungswesen*, Frankfurt/Bern 1976, S. 140 f.; für Wien siehe *Frei*, S. 81; *Patzer*, 1978, S. 39; allgemein zur Wiener Wohnsituation vor 1914 siehe die grundlegende Studie von *Peter Feldbauer*, *Stadtwachstum und Wohnungsnot. Determinanten unzureichender Wohnungsversorgung in Wien 1848 bis 1914*, München 1977, passim.

19 Der Gemeindewohnungsbau (in eigener Regie) wurde zwar von Vertretern des Munizipalsozialismus (so Lindemann) verlangt, wurde aber nicht in das munizipalsozialistische Programm integriert. Im übrigen war der Munizipalsozialismus Bernsteinscher Prägung keine ausgereifte Strategie, sondern mit vielen Unklarheiten und nicht diskutierten Unterstellungen behaftet. Dazu vgl. auch *Adelheid v. Saldern*, *SPD und Kommunalpolitik im Deutschen Kaiserreich*, in: *Archiv für Kommunalwissenschaften*, Jg. 23, 1984, 2. Halbjahresband, S. 201 ff.; zu dem Komplex SPD und Kommunalpolitik siehe die erst nach Fertigstellung des Manuskripts mir bekannt gewordene Untersuchung von *Georg Fülberth*, *Konzeption und Praxis sozialdemokratischer Kommunalpolitik 1918—1933*, Marburg 1984. — Bei der Gelegenheit ist auch auf das begonnene Forschungsprojekt der Friedrich-Ebert-Stiftung über die sozialdemokratische Kommunalpolitik in der Weimarer Zeit hinzuweisen (Dieter Rebentisch).

20 Z. B. in Frankfurt: *Walter Steitz*, *Kommunale Wohnungspolitik im Kaiserreich am Beispiel der Stadt Frankfurt am Main*, in: *Hans-Jürgen Teuteberg* (Hrsg.), *Urbanisierung im 19. und 20. Jahrhundert*, Köln/Wien 1983, S. 403.

Die hier schon ersichtlichen konzeptionellen Defizite schlugen in der relativ offenen Situation während der Revolution von 1918/19 in wohnungspolitische Ratlosigkeit um. Im Zuge der Aktualisierung der Sozialisierungsfrage wurde eine Vergesellschaftung auch des Wohnungsbausektors von großen Teilen der Arbeiterschaft »lebhaft« gewünscht. Schließlich kam es nach längerem Zuwarten auf diesem Gebiet — wie auch auf anderen Gebieten — zur Einsetzung einer sog. Sozialisierungskommission, deren Mitglieder sich jedoch im Jahre 1921 mehrheitlich gegen die Sozialisierung des Wohnungsbaus aussprachen.²¹

Die SPD war sich danach über den nun einzuschlagenden Weg auf diesem Sektor nicht im klaren. In der Partei gab es dazu offensichtlich unterschiedliche Positionen. Dies wird auch bei einem Vergleich des Entwurfs mit der endgültigen Fassung des Görlitzer Programms (1921) deutlich. Im ersten Programmentwurf, ausgearbeitet von einer eigens dafür eingesetzten Kommission, wurden zunächst noch die »Vergesellschaftung des Grund und Bodens« sowie des Wohnungswesens, ja sogar die »Sozialisierung des Baugewerbes und der Baustoffindustrien« gefordert. Im schließlich verabschiedeten Programm der SPD fehlte jedoch bezeichnenderweise der gesamte Abschnitt über Wohnungswesen.²² Eine programmatische Veränderung ist schließlich aus den »Kommunalpolitischen Richtlinien der SPD« (beschlossen im Jahre 1928) zu interpretieren. Es fehlte nunmehr die ausdrückliche Forderung nach Vergesellschaftung des Grund und Bodens. Statt dessen wünschte man ein Reichsenteignungsgesetz, das die Gemeinde zur Übernahme von Grundeigentum »ermächtigen« werde. Die Gemeinden sollten im großen Maße Grundbesitz erwerben. Erhaltengeblieben waren das Verlangen nach Errichtung von Wohnhäusern im Gemeindebesitz (mit kostendeckenden Mieten) sowie die Unterstützung des gemeinnützigen Wohnungs- und Siedlungswesens. Am weitesten — wenngleich hinsichtlich der Durchführungschancen nicht einsichtig — ging folgende Forderung: »Ausgestaltung der Mieteinigungsämter zu Wohnungsgerichten mit dem Ziele der Ersetzung des privatwirtschaftlichen Boden- und Wohnungsrechts durch die gemeinwirtschaftliche Boden- und Wohnungsverwaltung der Gemeinden.«²³ Eine Einbindung in eine sozialistisch orientierte wohnungspolitische Gesamtkonzeption oder/und in das von den Programmatikern einige Seiten vorher behandelte »Konzept« des Gemeindesozialismus (früher: Munizipalsozialismus) fehlte. (Übrigens war auch in dem etwa zur gleichen Zeit entstandenen gewerkschaftlichen Programm der »Wirtschaftsdemokratie« [von Naphthali] der gemeinwirtschaftlich orientierte Wohnungsbau konzeptionell von den »öffentlichen Betrieben« [der Kommunen] abgekoppelt.²⁴)

Werfen wir einen Blick auf die österreichische SDAP. Mit den Arbeiterräten in der Revolution von 1918/19 und mit den Forderungen nach sofortiger Sozialisierung hatte sie genauso wenig wie ihre deutsche Schwesterpartei etwas im Sinne. Statt dessen entschied sie sich *zunächst* — wie die (M)SPD — für eine Koalition mit bürgerlichen Parteien. Hinsichtlich der wohnungspolitischen Programmatik hielt man sich auch in Österreich eher zurück. Das Linzer Programm der SDAP vom Jahre 1926 enthielt wohnungspolitische Forderungen, die sich im Prinzip nicht von jenen der SPD unterschieden. So mochte man auch hier den ge-

21 Dazu *August Ellinger*, Sozialisierung des Bau- und Wohnungswesens, Hamburg 1920, S. 67 ff.

22 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Görlitz vom 18. bis 24. September 1921, Berlin 1921, Reprint Berlin/Bonn-Bad Godesberg 1973, S. 364, III ff.

23 Die kommunalpolitischen Richtlinien der SPD, Berlin 1928, S. 4, 6, 9.

24 *Fritz Naphthali*, Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel, Frankfurt 1966 (Neuauf.), bes. S. 80 ff.

meinnützigen bzw. den genossenschaftlichen Wohnungsbau gefördert sehen. Allerdings fand bezeichnenderweise der gemeindliche Wohnungsbau im Programm eine stärkere Betonung. — Ähnlich wie die SPD nahm auch die SDAP offensichtlich davon Abstand, allgemeine Forderungen nach Enteignung des Baulandes und der Mietshäuser zu stellen, wie dies noch der Partei»führer« Otto Bauer einige Jahre zuvor für richtig gehalten hatte (Enteignung gegen Entschädigung). Aber es wurde immer noch ein Enteignungsrecht der Gemeinden zur Beschaffung von Baugelände verlangt, auch hierin mit der SPD vergleichbar.²⁵

Gemeinsam war beiden Parteien das Bestreben, auf dem Gebiet der Wohnungspolitik weiterhin keine großen theoretischen und strategischen Überlegungen anzustellen, sondern eher pragmatisch vorzugehen und durch gemeinwirtschaftlich bzw. munizipalsozialistisch orientierte Praxis die kapitalistischen Grundstrukturen zu unterlaufen bzw. zu konterkarieren. Die SPD-Führung glaubte dies einerseits durch ihre Einflußnahme auf die Legislative und Exekutive, andererseits durch den Aufbau gemeinwirtschaftlicher Unternehmen erreichen zu können. Im Unterschied dazu visierte die SDAP die Kommune als Trägerin des neuen Wohnungsbaus an.

In dieser Beziehung waren die Vorstellungen der Wiener SDAP nicht weit von jenen der kommunistischen Parteien in beiden Ländern entfernt. Ähnlich wie schon die kurzlebige Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) konzentrierte sich die KPD vor allem auf die Forderung nach einem Wohnungsbau in städtischer Regie. Hatte der »Munizipalsozialismus« vor 1914 vor allem bei den Revisionisten eine Rolle gespielt, so galt der »Kommunalsozialismus« nach 1918 mehr als eine Strategie-Domäne der USPD und der KPD — freilich unter radikalem Vorzeichen. —²⁶ Dieser wurde unter verschiedenen Aspekten diskutiert, ohne daß man über seinen strategischen Sinn Einigkeit erzielt hätte. — Auch die Forderung der Kommunisten nach Enteignung des privaten Grundbesitzes entsprach ja ehemaligen (SPD vor 1914) bzw. damaligen (SDAP der 20er Jahre) sozialdemokratischen Auffassungen.

Die relative Nähe der wohnungspolitischen Forderungen und Konzeptionen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten hatte jedoch keine wohnungspolitischen Folgen; in der realen Politik zog man nicht am gleichen Strang. Ja, es kam sogar so weit, daß die deutschen Kommunisten, zumindest zeitweise (vor allem nach der ultralinken Wendung der KPD) das »Rote Wien« in überaus scharfer Weise als reformistisch kritisierten, obwohl paradoxerweise ihre eigenen Forderungen für Deutschland eher mäßiger waren als die konkreten Praxisformen der von ihnen kritisierten SDAP.²⁷ Diese widersprüchliche Haltung war wohl eine Ant-

²⁵ Klaus Berchtold (Hrsg.), Österreichische Parteiprogramme 1868—1966, München 1967, S. 255.

²⁶ Zur Kommunalpolitik der USPD siehe einleitend das entsprechende Kapitel bei Fülberth, Konzeption, S. 44 ff. Zur KPD siehe Volker Wunderlich, Arbeiterbewegung und Selbstverwaltung. KPD und Kommunalpolitik in der Weimarer Republik. Mit dem Beispiel Solingen, Wuppertal 1980, S. 146, 154, 194 ff.; Soziale Bauwirtschaft, Jg. 9, 1929, H. 11, S. 178; Georg Fülberth, Theorie und Praxis der SPD in der Sicht der KPD unter besonderer Berücksichtigung der Kommunalpolitik am Ende der Weimarer Republik, in: Horst Heimann/Thomas Meyer (Hrsg.), Reformsozialismus und Sozialdemokratie. Zur Theoriediskussion des demokratischen Sozialismus in der Weimarer Republik, Berlin/Bonn 1982, S. 382; Georg Fülberth, Die Vorschläge der KPD für eine Zusammenarbeit mit der SPD in Hamburg und Umgebung 1927, in: Frank Deppe u. a. (Hrsg.), Marxismus und Arbeiterbewegung: Josef Schleichstein zum 65. Geburtstag, Frankfurt 1980, S. 38.

²⁷ Dazu: Fülberth, Theorie, S. 382; vgl. auch Frei, S. 128.

wort auf die Tatsache, daß die österreichischen Sozialdemokraten sich ebenfalls in einem erbitterten Grabenkrieg mit den Kommunisten befanden. Da jedoch die österreichische Kommunistische Partei wenige Anhänger zählte, konnte die SDAP die Kommunisten politisch mehr oder weniger ignorieren. Anders in Deutschland, wie am Hamburger Beispiel gezeigt werden soll:

Die Hamburger (M)SPD galt als politisch relativ rechtsstehend. Dies hatte zur Folge, daß sie ihre starke Position 1918/19 (März 1919: absolute Stimmenmehrheit bei den Bürgerschaftswahlen) machtpolitisch nicht gegen die Interessen des Bürgertums ausnutzte.²⁸ Ähnlich wie im Reich verschleppten bzw. vernachlässigten auch die Hamburger Sozialdemokraten in der Revolution von 1918/19 die anstehenden Entscheidungen bezüglich der Sozialisierungsfrage. Sie ließen im übrigen verlauten, daß man keinen Staat inmitten eines gesamt-kapitalistischen Systems sozialisieren könne²⁹, eine Einschätzung, die sie dazu verleitete, den Handlungsspielraum nicht maximal auszunutzen.³⁰

So führte die erreichte absolute Stimmenmehrheit der Hamburger (M)SPD nicht zu einer alleinigen Regierung, vielmehr schloß die Partei zunächst mit der Deutschen Demokratischen Partei (DDP), dann im Jahre 1924 aufgrund von namhaften Wählerverlusten gar zusätzlich mit der grundbesitzerfreundlichen Deutschen Volkspartei (DVP) Koalitionen.³¹ Das Risiko, eine Minderheitsregierung mit Unterstützung bzw. Tolerierung der KPD zu bilden, ging sie trotz entsprechender »Angebote« der Kommunisten aus prinzipiellen Gründen nicht ein. Die Einschätzungen der gesellschaftlichen Verhältnisse und der zu erwartenden Entwicklungen waren zu weit auseinandergedriftet, die Parteistrategien und -taktiken unterschieden sich fundamental. Die Kommunisten, die in Hamburg ebenfalls stark vertreten waren, entwickelten allerdings auch keine überzeugende kommunalpolitische Arbeitsweise. Es fehlte ein Minimum an Konstanz und politischer Berechenbarkeit — auch schon bevor die »Sozialfaschismusthese« und die »Rot = Braun-These« das gegenseitige Verhältnis von KPD und SPD am Ende der Weimarer Republik restlos vergifteten. Vieles andere, auf das hier nicht näher eingegangen werden kann, belastete außerdem das Verhältnis beider Arbeiterparteien.³² Jedenfalls

28 Büttner, S. 27.

29 Richard A. Comfort, *Revolutionary Hamburg. Labour Politics in the Early Weimar Republic*, Stanford 1966, S. 61.

30 So war von einer Demokratisierung der Justiz und der Verwaltung nichts zu merken: Die Räteorganisation war von der (M)SPD abgewürgt worden, ja man beließ sogar neun alte Senatoren in ihrem Amt mit einem politisch rechtsstehenden Mann an der Spitze! Die (M)SPD gestattete sogar, daß die Hamburger Polizei unter die Kontrolle des in Hamburg stationierten Reichswehrrückkommandos kam. *Friedrich-Wilhelm Witt*, *Die Hamburger Sozialdemokratie in der Weimarer Republik unter besonderer Berücksichtigung der Jahre 1929/30 bis 1933*, Hannover 1971, S. 27 f.

31 Die DDP war allerdings in Hamburg relativ sozial eingestellt. Büttner, S. 33, 476. Während die Hamburger DDP dem linken Flügel der Gesamtpartei zuzurechnen war, stand die Hamburger DVP auf dem rechten Flügel der Partei. Ebda., S. 377. Die große Koalition blieb bis September 1931 erhalten. Die Regierung wies bis Ende 1929 sogar eine bürgerliche Mehrheit auf. Ebda., S. 28. Auch an Hamburg läßt sich zeigen, daß die auf Koalitionen mit bürgerlichen Parteien einseitig ausgerichtete SPD das Verhalten der bürgerlichen Kräfte falsch eingeschätzt hat; allgemein zu dem Problem: *Richard Saage*, »Gleichgewicht der Klassenkräfte« und Koalitionsfrage als Problem sozialdemokratischer Politik in Deutschland und Österreich zwischen den Weltkriegen, in: *Heimann/Meyer* (Hrsg.), S. 149, 164.

32 Die SPD verzichtete in Hamburg — wie auch anderswo — auf eine prinzipielle Analyse kommunistischer Politik und setzte sich nur im tagespolitischen Kampf mit ihr auseinander. (Allgemein zu dem Problem: *Peter Lübke*, *Theorie und Praxis der KPD in der Sicht der Sozialdemokratie der*

ergab sich daraus für die Hamburger SPD eine zur Wiener SDAP gänzlich unterschiedliche politische Parteienkonstellation: Gleichgültig, ob die SPD in Koalitionen mit bürgerlichen Parteien eintrat oder in Opposition stand, stets fühlte sie sich von links durch die Kommunisten bedrängt und so angefeindet, daß sie einer politischen Linie treu blieb, die es nie zum Bruch mit den politisch gemäßigten Teilen des Bürgertums kommen ließ, selbst als sich das politische Gesamtspektrum am Ende der Weimarer Republik stark nach rechts hin verschob. In Österreich dagegen war die SDAP auf Bundesebene seit dem Jahre 1920 in permanente parlamentarische Opposition gegangen, und in Wien hatte sie — wie 1919 die (M)SPD in Hamburg — sogar die absolute Mehrheit erreichen können. Sie nutzte diese Mehrheit jedoch ganz anders als die Hamburger SPD, okkupierte alle wichtigen Positionen, baute ihre eigene Machtstellung — ohne Koalitionen einzugehen — aus und trieb »sozialdemokratische Politik«, woraufhin ihr Stimmenanteil von 54 Prozent im Jahre 1919 auf 60 Prozent im Jahre 1927 anstieg.³³

Beide sozialdemokratischen Parteien — SPD und SDAP — waren stark parlamentsbezogen und trugen attentistische Züge. Diese Grundeinstellung wurde vor allem dann fragwürdig, als bürgerliche Gruppierungen den entgegengesetzten Weg einschlugen. In Österreich baute das vielfach klerikal-monarchistisch gesinnte und dem politischen Liberalismus abgeneigte Bürgertum quasi-faschistische Organisationen in Form der Heimwehr auf, um damit außerparlamentarischen Druck ausüben zu können. In Deutschland gab es entsprechende Organisationen; erinnert sei an die Freikorps und später an die rechtsradikalen bzw. faschistischen Verbände wie Stahlhelm und SA. Demgegenüber blieben die republikanischen (sozialdemokratisch orientierten) Schutzbünde (in Österreich: Republikanischer Schutzbund, in Deutschland: Reichsbanner und später Eiserne Front) trotz gewisser Drohgebärden letztlich defensiv eingestellt und beugten sich den Ruhehalten-Appellen seitens der SPD bzw. der SDAP.

Unterschiedlich war allerdings das öffentliche Auftreten der beiden Parteien. Während die SPD sich bemühte, ihren früher gepflegten »Verbalradikalismus« aufzugeben und ihre gemäßigte Reformpraxis sowie ihre positive Grundeinstellung zur Weimarer Republik auch sprachlich zum Ausdruck zu bringen (ohne das sozialistische Endziel ganz auszublenden), blieb die SDAP bei ihrer angestammten radikalen Diktion und versuchte, damit ihre legalistische und attentistische Haltung zu verdecken. Dies trug dazu bei, eine Abspaltung des linken Parteiflügels zu vermeiden und die Kommunistische Partei kleinzuhalten. Allerdings maß man die SDAP in den eigenen Reihen auch nach ihren Taten, und hier spielte der Aufbau des »Roten Wien« eine entscheidende Rolle.

Während also die SDAP in Wien sich »nur« gegenüber den bürgerlichen Parteien, vor allem den Christlich-Sozialen, profilieren mußte, hatte die SPD in Hamburg nach ihrem Selbstverständnis eine Politik zu verfolgen, die sich sowohl von den bürgerlichen Parteien als auch von der KPD unterschied. Es war dies für sie eine schwierige Gratwanderung, die auch die Nichtausnutzung von Handlungsspielräumen und das Fehlen von klaren und attraktiven Wohnungsbaukonzepten zumindest teilweise erklärt. Die sozialdemokratische Wohnungs-

Weimarer Republik, ebda., S. 368.) — Die Politik der Kommunisten, nicht in den Senat einzutreten (wobei sie sich auf Marx und Engels beriefen), sondern den Sozialdemokraten nur eine Tolerierungspolitik anzubieten (so 1927), war für sie unverständlich und in ihren Augen unverantwortbar. Belastend für das Verhältnis von SPD und KPD waren zudem die Niederschlagung des Hamburger Putsches vom Oktober 1923 sowie die Tatsache, daß der Polizeichef ausgerechnet ein Sozialdemokrat (Schönfelder) war.

³³ Frei, S. 58; zum Stolz der SDAP auf ihren Wahlerfolg: Patzer, S. 67.

litik richtete sich dementsprechend nach den verschiedenen kommunalpolitischen »Gegebenheiten« und entbehrte damit der Einheitlichkeit in den Praxisformen. Wo sich die SPD durch die Umstände gezwungen sah, Kompromisse hinsichtlich der Wohnungspolitik zu schließen, tat sie dies im allgemeinen mit bürgerlichen Parteien. Die konkreten wohnungspolitischen Auswirkungen einer solchen Politik werden in den folgenden Abschnitten gerade durch den Vergleich mit Wien deutlich.

II. DIE FINANZIERUNG DES WOHNUNGSBAUS

Die Probleme der Finanzierung des Wohnungsbaus in den 20er Jahren müssen im Kontext der ökonomisch schwierigen Gesamtsituation beider Länder gesehen werden. Sowohl Österreich als auch Deutschland mußten Gebietsabtretungen verkraften, wenn auch in sehr unterschiedlichen Ausmaßen. Durch die Zerschlagung der Donaumonarchie geriet der neue Staat Österreich an den Rand wirtschaftlicher Existenzfähigkeit, was für das Deutsche Reich nicht zutraf. Beide Länder hatten zudem Reparationen zu tragen, die jedoch wohl stärker für die deutsche Wirtschaft zu Buche schlugen. In beiden Ländern grassierte die Inflation, die schließlich nur durch bedeutsame Währungsschnitte, Vermögensverluste und sozialpolitische Einbußen zu beenden war.

Nach der Inflation erholte sich Deutschland wirtschaftlich besser und schneller als das Nachbarland, ungeachtet der auch in Deutschland noch immer namhaften Anzahl von Kurzarbeitern und Arbeitslosen. Dieser Phase der »relativen Stabilisierung« schloß sich in beiden Ländern die Phase der Großen Wirtschaftskrise an, in welcher der Soziale Wohnungsbau nahezu zum Erliegen kam. Insgesamt kann man wohl davon ausgehen, daß Österreich noch mehr als Deutschland mit außergewöhnlich großen ökonomischen Schwierigkeiten konfrontiert war. Von daher gesehen bedeutete die Finanzierung des neuen sozialen Massenwohnungsbaus eine außerordentliche Kraftanstrengung für dieses kleine, ressourcenarme Land; dies um so mehr, als nach dem Ersten Weltkrieg die Baupreise in beiden Ländern immens angestiegen waren.³⁴

Die Steigerung der Baupreise resultierte in beiden Ländern vor allem aus den wegen Kapitalmangels hohen Hypothekenzinsen, den Preissteigerungen für Baustoffe sowie partiell aus Lohnerhöhungen.³⁵ Rentierliche Mieten wären in Wien nur dann zustande gekommen, wenn man eine vierfache »Friedensmiete« verlangt hätte.³⁶ Ähnlich lagen die Verhältnisse in Deutschland. Eine solche Miete hätte jedoch von einem durchschnittlichen Lohneinkommen nicht mehr aufgebracht werden können. Eine entsprechende Steigerung der Löhne war we-

³⁴ In Wien war 1928 der Baukostenindex, gemessen in Goldkronenwerten, im Vergleich zur Vorkriegszeit um 80 Prozent höher; *Bauböck*, S. 128; ähnlich in Deutschland: *Hans-Jürgen Nürnberg/Dirk Schubert*, Massenwohnungsbau in Hamburg. Materialien zur Entstehung und Veränderung Hamburger Arbeiterwohnungen und -siedlungen 1800 bis 1967, Berlin 1975, S. 178.

³⁵ *Nürnberg/Schubert*, S. 172; *Dietmar Petzina u. a.*, Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. 3: Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914—1945, München 1978, S. 98 f. — Die Hypothekenzinsen betragen in Deutschland und Österreich 10—12 Prozent, also rund das Doppelte wie in der Vorkriegszeit.

³⁶ *Julius Fleischmann*, Die Wohnungsbaufinanzierung in Wien und deren Lehren für Deutschland, in: *Wohnungswirtschaft*, Jg. 3, 1926, Nr. 15, S. 172. Der damals gebräuchliche Begriff der Friedensmiete bezieht sich auf das Mietniveau von 1914, das häufig als Berechnungsgrundlage verwendet wurde.

der in Deutschland noch in Österreich denkbar, gefährdeten doch schon »normale« Lohnerhöhungen nach Auffassung der Industrie und vieler Politiker die »notwendige« Exportfähigkeit beider Länder.³⁷ Zudem zog sich das private Kapital nach dem Ersten Weltkrieg in beiden Ländern aus der Wohnungsproduktion weitgehend zurück. Das marktwirtschaftliche System funktionierte auf diesem Sektor nicht mehr. Die öffentliche Hand mußte eingreifen. In beiden Ländern begann man zunächst mit verschiedenen Formen der Subventionierung zu experimentieren.³⁸ Erst nach der Währungsreform schälten sich für beide Länder typische Subventionierungsprofile heraus. Die Wiener Kommunalverwaltung »subventionierte« quasi sich selbst, indem sie fortan massenweise Wohnhäuser in »eigener Regie« erstellte (während vorher die seit 1919 gegründeten Siedlungsgenossenschaften im Mittelpunkt wohnungspolitischen Geschehens gestanden hatten). Dagegen blieb man in Deutschland bei der Subventionierung des privaten, aber vor allem des gemeinnützigen Wohnungsbaues.

Woher kamen die Finanzmittel? Ein wesentlicher Teil wurde seit 1924 durch die Geldentwertungsausgleichssteuer (in Preußen: Hauszinssteuer, in Hamburg: Mietzinssteuer, in Wien: Wohnbausteuer genannt) erbracht. Die Steuer, für die sich in Deutschland die Bezeichnung »Huszinssteuer« einbürgerte, wurde von den Mietern in den Altbauwohnungen getragen. Dies war nur dann sozialpolitisch verantwortbar, wenn die Höhe der Gesamtmiete gesetzlich fixiert blieb (in Deutschland: Reichsmietengesetz von 1922; in Wien Mietengesetz von 1922; gesetzliche Regelungen gab es allerdings schon seit der Kriegszeit). Die Mieten wurden künstlich gedrosselt. Das Ausmaß der Mietpreisdrosselung war jedoch in den deutschen Großstädten viel geringer als in Wien. In Deutschland betrug die durchschnittliche Miete (ihre genaue Festlegung war Angelegenheit der Länder) Anfang des Jahres 1924 noch um ca. 30 Prozent der Friedensmiete (von 1914), stieg aber sehr schnell (bis 1926) auf 100 Prozent, dann im Jahre 1927 auf 110 bzw. 120 Prozent und bis 1931 auf durchschnittlich 133 Prozent.³⁹ In Wien belief sich dagegen die Miete auf einen Bruchteil der Vorkriegsmiete, d. h. die Miete war auf äußerst niedrigem Niveau angesiedelt. Zwar kam es auch in Wien im Laufe der Jahre zu Mietpreissteigerungen, aber die Miete erreichte im Jahre 1929 erst 20 Prozent der Vorkriegsmiete. Dies war im Vergleich zu den Mietzahlungen in Deutschland noch immer eine auffallend niedrige Summe. Man spricht deshalb von einer Art »Nullifizierung« der Mieteinnahmen (Novy). Anders ausgedrückt: Den Wiener Hauseigentümern blieb zwar das Eigentum an den Wohnbauten erhalten, aber sie hatten von ihren Mietshäusern keine nennenswerten Einnahmen zu erwarten. Im Vergleich dazu ging es den deutschen Hausbesitzern besser; denn die Mietpreise setzten sich nicht nur aus den Komponenten »Hypothekenzinsen« und »laufende Instandhaltungskosten« zusammen, sondern

37 Der Zusammenhang zwischen niedrigen Mieten und besserer Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft auf dem Weltmarkt wird in der Literatur immer wieder herausgestellt, unter Verweis auf die Wiener Mieten. Die Wiener Wohnungsbaupolitik habe — so heißt es — objektiv die Interessen der Exportindustrie verfolgt (z. B. *Wulz*, Bd. 2, S. 418; *Seliger*, S. 139, 141; *Bauböck*, S. 22, 25, 155 etc.). Die zahlreichen Verfechter der These einer solchen Kapitalfunktionalität seitens der Wiener Wohnungsbaupolitik verkennen, daß die Lohnentwicklung primär nicht das automatische Ergebnis von volkswirtschaftlichen Berechnungen und Zwangsläufigkeiten ist, sondern von politisch-wirtschaftlichen Kräfteverhältnissen abhängt. Eine Senkung der Reallöhne durch Erhöhung der Mieten wäre genauso möglich gewesen. Vgl. *Frei*, S. 86; *Stefan Krätke*, *Kommunalisierter Wohnungsbau als Infrastrukturmaßnahme*, Frankfurt 1981, S. 216.

38 Vgl. Anm. 6. Auch in Wien begann man zunächst mit einer Art Subventionspolitik. Dazu *Seliger*, S. 96—105.

39 *Witt*, S. 397.

man berücksichtigte dabei auch die Eigenkapitalverzinsung und die Rückstellungen für Renovierungsarbeiten, während die Wiener Hausbesitzer nur auf die Instandhaltungskosten rekurren konnten.

Im Unterschied zur Wiener Politik wertete man in Deutschland die Hypotheken nach Beendigung der Inflation auf 25 Prozent des Vorkriegswertes auf. Dies war im Vergleich zur Höhe der hypothekarischen Verschuldung der Vorkriegszeit⁴⁰ ein relativ niedriger Aufwertungssatz. Hinzu kam jedoch eine beträchtliche Neuverschuldung. Der in der Miete enthaltene Satz für Verzinsung des Eigen- und Fremdkapitals betrug schließlich 21 Prozent.

Die Ausgestaltung der sog. Hauszinssteuer oblag den einzelnen Ländern. Die preußischen Gemeinden konnten (bis 1925/26) zudem Zuschläge bis zu 100 Prozent erheben, wovon offenbar jedoch nur wenige Gebrauch machten.⁴¹ In Hamburg lag die Mietzinssteuer im Jahre 1927 nur geringfügig niedriger (47 Prozent der Friedensmiete) als die Hauszinssteuer in preußischen Großstädten (48 Prozent der Friedensmiete).⁴² Die Mietzinssteuer machte in Hamburg im Jahre 1927/28 ca. 35 Prozent der Gesamtsteuereinnahmen aus. Dies war mehr als in Wien. Dort belief sich die Wohnbausteuer im Jahre 1925 auf ca. 23 Prozent der Steuereinnahmen. Doch in den deutschen Ländern war die Hauszinssteuer — im Unterschied zu Wien — keine Zwecksteuer: Gesetzlich war nur festgelegt, daß ein Mindestprozentsatz, nämlich 10 Prozent, später 15 Prozent, in den Wohnungsbau fließen mußten, der andere Teil des Steueraufkommens sollte allgemeinen Finanzzwecken dienen. Um die genaue Festlegung der Höhe und Verteilung des Hauszinssteueraufkommens kam es in Hamburg und anderswo immer wieder zu großen politischen Konflikten. Die SPD wollte zum einen die Ausdehnung der Hauszinssteuer auf landwirtschaftliche, gewerbliche sowie unbebaute Grundstücke erreichen, zum anderen sollte nach ihrer Auffassung die ganze Hauszinssteuer bzw. zumindest ein hoher Anteil für den Wohnungsbau Verwendung finden. Sie konnte sich mit diesem Standpunkt nur teilweise durchsetzen.⁴³ Es ist von ihr schon als Erfolg verbucht worden, wenn sie in Hamburg immerhin zeitweise (ab 1927) erreichte, daß sich der für Neubauzwecke verwendete Anteil der Hauszinssteuer — ähnlich wie in Preußen (1927) — auf 27 Prozent der Friedensmiete erhöhte.⁴⁴

Im Unterschied zu Deutschland stellte die Wiener Wohnbausteuer, wie schon erwähnt, eine reine Zwecksteuer mit offenbar politisch positiver Wirkung dar. Sie war bei Arbeitern und bei Teilen des Kleinbürgertums geradezu populär, weil sie einem »nicht weh tat« und weil man wußte, wofür man zahlte.⁴⁵

Während in Deutschland die Hauszinssteuer eine proportional angelegte Steuer war, hatte man die Wiener Wohnbausteuer im Zuge der dortigen Klassen-Finanzpolitik stark progressiv

40 Man rechnete damals mit 75—80 Prozent hypothekarischer Verschuldung.

41 Hierzu und zum Folgenden siehe *Die Gemeinde*, Jg. 2, 1925, H. 8, S. 315; Berliner Landesarchiv, Akten des Deutschen Städtetages, 142/Stb 2489/4157; *Lippmann*, S. 405 f., 411 f.; *Büttner*, S. 694; *Kommunalpolitische Richtlinien der SPD*, Berlin 1928, S. 5; *Frei*, S. 56.

42 *Hirtsiefer*, *Die Wohnungswirtschaft in Preußen*, Eberswalde 1929, S. 310 f.

43 Während der Wirtschaftskrise argumentierten Sozialdemokraten und Gewerkschafter mit antizyklischen Wirtschaftsüberlegungen.

44 *Hirtsiefer*, S. 374 f. Geht man nicht von der Friedensmiete, sondern vom gesamten Hauszinssteueraufkommen als Berechnungsbasis aus, so betrug der für Neubauzwecke verwendete Anteil (in Preußen) 55 Prozent.

45 *Novy*, *Gemeindewohnungsbau*, S. 15 f.; *Hautmann/Hautmann*, S. 47. Im Zuge des finanzpolitischen Angriffs seitens des Bundesstaates auf das »Rote Wien« am Ende der 20er Jahre wurde bezeichnenderweise die Zweckbindung der Wohnbausteuer aufgehoben. *Bauböck*, S. 135.

ausgestaltet: Sie umfaßte eine Spannweite von 2 bis 36 Prozent, je nach Wohnungsgröße. Doch aufgrund der Minimalisierung der Miethöhe lag selbst bei einem progressiven Wohnbausteuersatz der Betrag, der für Miete plus Steuer zu zahlen war, niedriger als der Betrag der *gesamten* Vorkriegsmiete: Auch beim höchsten Steuersatz machte die zu zahlende Gesamtsumme (Miete plus Steuer) nur 37 Prozent der Vorkriegsmiete aus.⁴⁶

Weder in Wien noch in Hamburg und anderen Großstädten reichte die Wohnbausteuer bzw. die Hauszinssteuer zur Finanzierung des Wohnungsbaus aus. Weitere Finanzmittel mußten hinzukommen. In Deutschland ging man hierbei auch einen anderen Weg als in Wien. Die deutschen Großstädte beschränkten den Weg der Anleihepolitik. Dies hatte zunächst den Vorteil, daß hierüber zwischen den Parteien relativ leicht ein Kompromiß gefunden wurde. Auch die SPD unterstützte die Aufnahme von Anleihen, besonders für diesen Zweck.⁴⁷ Allerdings wurde es immer schwieriger, solche Anleihen (meist aus dem Ausland) zu erhalten.⁴⁸ Zudem hatte diese Art von Finanzierung einen großen Nachteil: Es fielen Zins- und Tilgungsraten (mit zunehmend verkürzter Laufzeit) an. Da eine Überwälzung der daraus erwachsenen Belastungen auf die Allgemeinheit der Steuerzahler politisch nicht in Frage kam, blieb nur der Weg der Refinanzierung durch die Mieter übrig, wodurch sich die Mieten für Neubauwohnungen merklich verteuerten. — Die Wiener Sozialdemokraten ließen sich deshalb auf eine Anleihepolitik zur Finanzierung des Wohnungsbaus nicht ein. In Wien wurden statt dessen die fehlenden Zweidrittel der Wohnbaukosten, die nicht durch die Wohnbausteuer abgedeckt werden konnten, aus allgemeinen Steuermitteln aufgebracht.⁴⁹

Einen wesentlichen Beitrag zur Finanzierung des Wiener Wohnungsbaus leisteten dabei die direkten Gemeindesteuern, die wegen des progressiven Charakters zum großen Teil als Luxussteuern galten.⁵⁰ Solche Steuern bezeichnete man in Deutschland charakteristischerwei-

46 *Novy*, Gemeindewohnungsbau, S. 16.

47 Z. B. auf der 2. Reichskonferenz für Kommunalpolitik, in: *Die Gemeinde*, Jg. 4, 1927, H. 20, S. 917 f.

48 Mit der Anleihepolitik stießen die Kommunen immer mehr auf die Kritik der Vertreter der Großindustrie und des Reichsbankpräsidenten H. Schacht. Dahinter stand das Interesse, die vom Ausland zur Verfügung gestellten Anleihen nicht in den Wohnungssektor, sondern zu »produktiveren« (und profitableren) Wirtschaftssektoren zu lenken. Vgl. hierzu die Ausführungen in: *Die Gemeinde*, Jg. 3, 1926, H. 7, S. 330 ff. Es wurde u. a. damit argumentiert, daß die Investitionen beispielsweise in Maschinen *kontinuierlich* Produkte erzeugten, während der Bau eines Hauses eine *einmalige* Angelegenheit sei. Obwohl die Erlangung von Auslandskommunalanleihen sehr erschwert wurde, machte die Kommunalverschuldung hinsichtlich des Wohnungsbaus im Jahre 1931 2 Mrd. RM aus. (Die gesamte Kommunalverschuldung betrug 8,6 Mrd. RM.) *Die Gemeinde*, Jg. 8, 1931, H. 19, S. 835. Auch in dem anleihefreudigen Staat Hamburg (*Lippmann*, S. 345) kam es zu Problemen hinsichtlich der Beschaffung langfristiger ausländischer Anleihen. Man versuchte diesen Engpaß mit kurzfristigen (hochverzinslichen) Krediten zu kompensieren. Dem wohnungsbaupolitischen Kompromiß der Parteien im Hinblick auf die Finanzierung wurde so immer mehr die Basis entzogen.

49 Die Christlich-Sozialen wollten bezeichnenderweise das Kapital (ähnlich wie in Deutschland) durch Anleihen und nicht durch Steuern beschaffen. *Renate Schweitzer*, Kommunale Wohnungspolitik, in: *Summa* 11, 1976, S. 26.

50 Steuern lagen in Wien auf Theater, Zirkus, Kino, sportlichen Ereignissen, Tanzschulen, auf Nahrungs- und Genußmitteln, auf Kraftwagen, Luxuswaren, Hunden und Hauspersonal. Doch von entscheidender Bedeutung war nicht das einzelne Steuerobjekt, sondern die Progression, mit der die jeweilige Steuer behaftet war. So gingen beispielsweise die Mehrzahl der einfachen Gast- und Lustbarkeitsbetriebe steuerfrei aus, nicht jedoch die teuren Lokale. Oft wird in diesem Zusammenhang die Hauspersonalabgabe erwähnt. Der Chef des Hauses Rothschild mußte für 39 Hausangestellte im Jahre 1925 ungefähr 2 100 RM bezahlen, also rund das Jahreseinkommen eines Arbei-

se wegen des relativ geringen Ertrages häufig mit dem Begriff »Bagatellsteuern«. Für Wien waren diese Steuern jedoch alles andere als eine Bagatelle. Diese machten nämlich dort ungefähr 20 Prozent der Gesamteinnahmen (einschließlich der Bundesabgaben) aus.⁵¹ Die deutschen Kommunen hatten auch das Recht, solche Steuern zu erheben. In den Kommunen hielt sich die SPD aber auf diesem Gebiete auffallend zurück⁵², vermutlich weil sie aus sozialen Gründen nur stark progressiv gestaltete Steuern hätte akzeptieren können, solche Progressionen aber politisch nicht durchsetzbar waren, es sei denn, man hätte mit den Kommunisten in einigen Städten gemeinsame Sache gemacht. (Aber selbst dann wäre ein Erfolg keineswegs gesichert gewesen, denn aufgrund der kommunalen Aufsichtsrechte des Staates war jede gemeindliche Steuererhebung von einem Genehmigungsverfahren abhängig, durch das eine politisch unliebsame Steuerpolitik konterkariert werden konnte, was auch tatsächlich immer wieder vorkam.⁵³) Schließlich machten die sog. Bagatellsteuern in Hamburg nicht 20 Prozent wie in Wien, sondern nur 2,5—3 Prozent der Gesamteinnahmen aus.⁵⁴

Auch andere Steuerressourcen wurden in Hamburg nicht »maximal ausgeschöpft«. Dies gilt vor allem für die kommunalen Zuschläge zu den sog. Realsteuern.⁵⁵ Die SPD konnte nicht verhindern, daß die Hansestadt sich bei allen besitz- und wirtschaftsbelastenden Steuern sehr zurückhielt.⁵⁶ So wurden selbst die den Gemeinden rechtlich zustehenden finanzpolitischen Handlungsspielräume nicht immer ausgenutzt. Die SPD blieb in der Defensive.

Ungeachtet der »sanften Steuerpolitik« gehörte der Stadtstaat Hamburg — auf Grund seiner außerordentlich großen Wirtschaftskraft — zu den finanzkräftigsten Städten im gesamten Deutschen Reich. Waren die Pro-Kopf-Einnahmen (ohne Anleihen) in Hamburg schon annähernd doppelt so groß wie durchschnittlich in den preußischen Gemeinden, so war der Unterschied zu Wien noch bedeutsamer: Die Wiener Pro-Kopf-Einnahmen betragen nämlich nur rund ein Drittel der Hamburger Pro-Kopf-Einnahmen!⁵⁷ Eine aktive Wohnungsbaupolitik mußte den Hamburgern unter diesen Umständen leichter als den Wiener Kommunalpolitikern fallen.

ters in Deutschland. Vgl. *Fleischmann*, S. 128; zahlreiche Großwohnungsinhaber verließen Wien. *Patzer*, S. 25 f.

51 *Hautmann/Hautmann*, S. 127.

52 In den Richtlinien der SPD zu Fragen der kommunalen Finanzgestaltung vom Jahre 1928 plädierte die SPD zwar für den Ausbau der Getränkesteuer und für die Beibehaltung der Lustbarkeitssteuer (Kommunalpolitische Richtlinien, 1928, S. 5), wollte aber — im Unterschied zu den Kommunisten — beispielsweise von einer Wohnungsluxussteuer nicht viel wissen. Als Begründung wurde die Kostenaufwendigkeit der Steuererhebung genannt. Vgl. Bericht über den Wohnungsausschuß des Reichstages, in: *Soziale Bauwirtschaft*, Jg. 9, 1929, Nr. 11, S. 178.

53 Bei dem Genehmigungsverfahren wurde darauf geachtet, daß der Besitz nicht übermäßig besteuert und daß die neue Steuer nicht mit einer Reichssteuer konkurrieren würde. Es kam auch zu bestimmten Genehmigungs- bzw. Nichtgenehmigungs-»Fällen«. Vgl. z. B. das Genehmigungsverfahren der neuen Berliner Wertzuwachssteuer in: *Bauwelt*, Jg. XX, 1929, H. 17, S. 420 oder den Fall Altenburg in Thüringen, in: *Die Gemeinde*, Jg. 4, 1927, H. 18, S. 847. Bezüglich der Praktiken im Zusammenhang mit der Wohnungsluxussteuer siehe: *Die Gemeinde*, Jg. 3, 1926, H. 17, S. 780 ff. Dieser ganze Komplex bedarf dringend einer kritischen Aufarbeitung.

54 *Die Gemeinde*, Jg. 4, 1927, H. 14, S. 660; *Büttner*, S. 694.

55 So waren die Gewerbesteuern in Hamburg im Vergleich zu verschiedenen anderen preußischen Großstädten relativ niedrig (*Büttner*, S. 172, 560; *Lippmann*, S. 417). Auch wurde der Grundbesitz steuerlich stärker als anderswo geschont (Grundsteuer). *Lippmann*, S. 409 f., 411 f., 325. Nur die Wertzuwachssteuer konnte im Jahr 1927 mit den Stimmen der DDP, SPD und KPD (!) von 15 auf 30 Prozent gesteigert werden. *Die Gemeinde*, Jg. 4, 1927, H. 9, S. 414.

56 Z. B. *Büttner*, S. 172, 560; *Lippmann*, S. 417.

57 Errechnet aus *Frei*, S. 56 und *Büttner*, S. 171.

Tab. 1: Daten zur Wohnungsproduktion in Wien und Hamburg (1925 — 1931)¹

	Wien	Hamburg
Anzahl der Neubauwohnungen	44516 ²	54212 ⁷
Höhe der aufgewendeten öffentlichen Mittel insgesamt	438 Mio. RM ³	244 Mio. RM ⁸
Höhe der aufgewendeten öffentlichen Mittel pro Wohneinheit	9817 RM ⁴	4501 RM ⁴
Baukosten pro qm	221 RM ⁵	200 RM ⁹
Baukosten pro cbm umbauten Raumes	—	29 RM ¹⁰
Baukosten pro Wohneinheit	8400 RM ⁶	10000 RM ¹¹
Höhe der Subventionierung in v.H. der Gesamtkosten einer Wohnung	100	45 ¹²

1 1 Schilling = 0,60 RM

2 Erbaut mit Hilfe der Wohnbausteuer. Zahlen aus: *Hautmann/Hautmann*, S. 138.

3 Ausgaben der Verwaltungsgruppe IV (Wohnungswesen). Zahlen aus: *Felix Czeike*, *Wirtschafts- und Sozialpolitik der Gemeinde Wien in der Ersten Republik (1919—1934)*, Bd. 2, Wien 1959, S. 36.

4 Errechnet aus obigen Zahlen. Es handelt sich um einen Durchschnittswert, dem verschiedene Wohnungsgrößen zugrunde liegen.

5 Bei einer 38 qm großen Wohnung. Quelle: *Die Gemeinde*, Jg. 7, 1930, H. 21, S. 1006 (Karl-Marx-Hof).

6 Ebda.

7 Aus: *Statistisches Jahrbuch für die Freie und Hansestadt Hamburg 1929/30*, hrsg. vom Stat. Landesamt, Hamburg 1930, S. 133; Aus *Hamburgs Verwaltung und Wirtschaft*, Jg. 9, 1932, Nr. 1, S. 8.

8 *Büttner*, S. 692. Das erste berücksichtigte Haushaltsjahr ist 1924/25; vgl. die etwas abweichenden Zahlen auf S. 690.

9 *Wohnungswirtschaft*, Jg. 3, 1926, Nr. 22, S. 182.

10 In Städten über 100 000 Einwohner in 2- bis 4geschossigen Häusern. Quelle: *Die Gemeinde*, Jg. 7, 1930, H. 17, S. 806.

11 Niederschrift über die Sitzung des Wohnungsausschusses des Deutschen und Preußischen Städtetags am 10. 12. 1927, in: *Akten des Deutschen Städtetages*, Landesarchiv Berlin 142/StB 3711. Die Zahlenangaben in der Literatur schwanken beträchtlich.

12 *Die Gemeinde*, Jg. 7, 1930, H. 9, S. 428. Es handelt sich im übrigen um den Höchstsatz. Im allgemeinen wurden 40 v. H. der Baukosten subventioniert.

Damit taucht die Frage auf: Ist denn in Hamburg auch dementsprechend mehr gebaut worden als in Wien? Trotz gewisser Ungenauigkeiten und ohne Berücksichtigung der oftmals unterschiedlichen Wohnungsgrößen (siehe unten) waren folgende Vergleichszahlen zu ermitteln: In Hamburg (1930: 1,1 Mio. Einwohner) wurden 1919 bis 1932 ca. 65 000 Wohnungen neu gebaut⁵⁸, in Wien (1924/25: 1,8 Mio. Einwohner) waren es 1919 bis 1932 55 000 Wohnungen (ohne privaten Wohnungsbau).⁵⁹ Trotz statistischer Ungenauigkeiten

58 Quelle: Aus *Hamburgs Verwaltung und Wirtschaft*. Monatsschrift des Statistischen Landesamts, einzelne Jahrgänge.

59 *Krätke*, S. 218.

sind diese Zahlen für folgende Überschlagsrechnung verwendbar: Demnach fielen auf 10 000 Einwohner in Hamburg 590, in Wien dagegen »nur« 305 Neubauwohnungen. Berücksichtigt man jedoch die oben erwähnte stark differierende Finanzkraft und die unterschiedlichen Formen der Finanzierung, dann wird die außerordentliche finanzielle Anstrengung der Wiener Kommunalverwaltung auf dem Gebiet des Wohnungssektors deutlich. Interessant ist auch ein Vergleich der finanziellen Aufwendungen der öffentlichen Hand mit dem Umfang der erreichten Wohnungsproduktion. (Allerdings sind die in der Literatur gefundenen Basiszahlen nicht immer exakt miteinander vergleichbar, manchmal findet man auch unterschiedliche Zahlenangaben. Zudem sind die verschiedenen Wohnungsgrößen nicht berücksichtigt.) Die folgende Aufstellung zeigt, wie in Hamburg mit weniger öffentlichen Mitteln mehr Wohnungen erstellt werden konnten. Hierin lag auch die eigentliche Legitimationsgrundlage für einen subventionierten Sozialen Wohnungsbau nach deutschem Muster. Der Wiener Weg war zweifellos der langsamere und finanziell aufwendigere; aber im Prinzip auch (wegen des Wegfalls der Anleihen- bzw. Hypothekenverzinsung) der kostengünstigere Weg. (Da die Wiener Kommunalpolitiker oftmals kleinere Wohnungen bauten, als dies in Hamburg der Fall war, lagen auch die Baukosten pro qm dort höher als in der Hansestadt und nicht niedriger, wie eigentlich zu erwarten wäre. Zu beachten ist auch, daß die Rationalisierung im deutschen Baugewerbe wohl weiter als in Österreich vorangeschritten war, was sich auch im Quadratmeterpreis niederschlug.) Die sehr niedrigen Mieten in den Wiener Neubauten (dazu siehe Abschnitt IV) trugen also bei weitem nicht die relativ hohen Baukosten — und sollten sie auch gar nicht tragen. Eine solche Entscheidung war aber wiederum nur möglich, weil es sich um öffentliches und nicht um privates bzw. dem Privatrecht unterstehendes Eigentum (gemeinnützliche Gesellschaften) gehandelt hat.

III. DIE VERTEILUNG DER ÖFFENTLICHEN MITTEL AUF BAUTRÄGER

Auch hinsichtlich der Verteilung der öffentlichen Mittel sind Unterschiede zwischen Hamburg und Wien festzustellen. Die Wiener Kommune vergab die Mittel, wie gesagt, weitgehend an sich selbst. Sie war bei weitem der größte Bauherr. Die private Bautätigkeit wurde auf ein Minimum gesenkt.⁶⁰ Auch die Genossenschaften spielten auf dem Wohnungsbausektor — mit Ausnahme der Anfangszeit — eine zunehmend marginale Rolle.⁶¹ Alle wohnungspolitischen Entscheidungen über Investitionen, Finanzierungen und Mietpreisfestsetzungen wurden auf kommunalpolitischer Ebene, im Gemeinderat, gefällt. Die Rechnungsführung des Gemeindebaus erfolgte nach kameralistischem Prinzip, war also direkter Bestandteil des gesamten Gemeindehaushalts.

Ganz anders stellt sich uns die Situation in Hamburg dar. Dort erfolgte die Verteilung der öffentlichen Mittel durch eine Zwischeninstitution, durch die Hamburgische Beleihungskasse, auf die die SPD allerdings nur sehr beschränkten Einfluß ausüben vermochte.⁶²

60 Von 1919 bis 1934 wurden in Wien rund 9 000 Wohneinheiten privat gebaut, das waren 13 Prozent der Gesamtwohnungsproduktion.

61 Dazu vor allem *Klaus Novy*, Selbsthilfe als Reformbewegung. Der Kampf der Wiener Siedler nach dem 1. Weltkrieg, in: *Arch+*, Jg. 13, 1981, H. 55, S. 26 ff. Die Wiener Sozialdemokraten lehnten Genossenschaften nicht ab, aber sie meinten, diese seien in Wien insoweit entbehrlich, als die Gemeinde die Trägerschaft im Wohnungsbau übernommen habe.

62 Der Vorstand wurde von der Bürgerschaft gewählt; der Vorsitzende gehörte der DVP an.

Die Beleihungskasse setzte die Konditionen bei der Vergabe der öffentlichen Mittel fest. Dabei ging es um soziale und hygienische Anforderungen, um Vorkaufsrechte, um die Festsetzung von Höchstmieten⁶³, um Belegungsrechte⁶⁴, um die Festlegung eines Mieterschutzes⁶⁵ sowie um Wohnungsbaunormen und Fragen der Wohnungsausstattung bzw. der architektonisch einheitlichen Gestaltung. Die Hamburgische Beleihungskasse hatte auch die Höhe der jeweiligen finanziellen Beihilfen (2. Hypotheken) und die Rückzahlungsbedingungen auszuhandeln. Hier verfolgte sie eine Politik, die bewirkte, daß die Subventionierungsbeträge pro Wohnung größer und die Rückzahlungs- und Finanzierungsbedingungen günstiger als üblich waren.⁶⁶ Vermutlich resultierte dies aus einer Kompromißpolitik zwischen der SPD und den bürgerlichen Parteien: Denn mit einer solchen relativ hohen Subventionierung der Baukosten konnten zwei Ziele verfolgt werden, einerseits die kostendeckenden Mieten zu senken (woraan besonders der SPD gelegen war), andererseits den beim Hausbesitzer verbleibenden Anteil des Mietpreises zu erhöhen (was mehr den Interessen der bürgerlichen Parteien entsprach).

Die wichtige Entscheidung, welche Bauträger die Subventionsmittel erhalten sollten, oblag der Gemeinde. Der Handlungsspielraum war hier sehr groß. Theoretisch hatten die Gemeinden sogar die Möglichkeit, die mit Privatkapital gebauten Wohnungen überhaupt nicht zu subventionieren und alle Wohnungsbauten in eigener Regie vorzunehmen beziehungsweise — wie in Köln — an gemeinnützige Träger zu vergeben. In Hamburg war es wiederum die Beleihungskasse, die hier die Weichen stellte. In dieser bedeutsamen Frage konnte die SPD nicht ihre Handschrift deutlich machen. War es ihr noch gelungen, unmittelbar nach der Revolution die Wohnungsbaupolitik weitgehend in eigener Regie der Gemeinde unter dem bekannten Städtebauer Fritz Schumacher durchzuführen (vorstädtische Kleinsiedlung Langenhorn, erster Bauabschnitt Dulsberg), so wendete sich das Blatt mit der Veränderung der politischen Verhältnisse zuungunsten der Hamburger SPD: Es kam in Hamburg sogar zu der für deutsche Großstädte außergewöhnlichen Situation, daß zeitweise (über) die Hälfte der Subventionsmittel privaten Bauträgern zugewiesen wurde.⁶⁷ Die Hamburger SPD ging aber deshalb mit den bürgerlichen Parteien nicht auf Konfliktkurs, sondern suchte nach neuen Kom-

63 Zur Festlegung von Höchstmieten kam es in jenen Fällen, bei denen die Zuschüsse höher als 40 Prozent der Gesamtkosten lagen. Das waren die meisten Fälle; vgl. *Eva Hachmann*, Dulsberg — eine Kleinwohnungssiedlung der 20er Jahre in Hamburg, Dipl.-Arbeit Hamburg 1981 (unveröff. MS), S. 54 f. Die Arbeit liegt im Staatsarchiv Hamburg.

64 Die Stadt sicherte sich nur dann ein Belegungsrecht, wenn das Eigenkapital unter 20 Prozent lag. Dies führte wiederum zur Praxis, Baukostenzuschüsse von den zukünftigen Mietern zu verlangen, um so das Eigenkapital aufzustocken. 1932 wurde auf das Belegungsrecht ganz verzichtet, weil die Wohnungen in Anbetracht der Wirtschaftskrise schwer vermietbar waren. *Heinrich Peters*, Die Wohnungswirtschaft Hamburgs vor und nach dem Kriege, Hamburg 1933, S. 109 f.

65 Der reichsgesetzlich geregelte Mieterschutz bezog sich nämlich nur auf *Altbauten*. Deshalb mußte man den Mieterschutz für die *Neubauten* vertraglich bei der Vergabe der Mittel festlegen.

66 Bei Kleinwohnungen wurde das Geld unverzinslich gegeben mit einer Tilgungsrate von 1 Prozent; bei mittleren Wohnungen bis zu 100 m² Wohnfläche mußte die Hypothek mit 2—4 Prozent verzinst und mit 1—2 Prozent getilgt werden.

67 *Hipp*, Wohnstadt, S. 35. Im Deutschen Reich entfielen nach einer Erhebung vom Jahre 1927 60 Prozent des Bauvolumens auf private Bauherren (in Preußen 58,7 Prozent). In den Großstädten (über 100 000 Einwohnern) lag der Anteil allerdings niedriger, in Preußen 1928 42 Prozent, im Deutschen Reich 43 Prozent. Kommunalpolitisches Material, hrsg. von der Kommunalpolitischen Zentralstelle beim Parteivorstand (SPD), Berlin 1929, S. 44; weitere Zahlen in: *Gerhard Albrecht u. a.* (Hrsg.), Handwörterbuch des Wohnungswesens, Jena 1930, S. 337.

promißwegen. Ihr Ziel ging dahin, den Anteil der Finanzmittel, der für gemeinnützige Bau-träger bestimmt war, zu erhöhen. Ein Mittel zur Erreichung dieses Zieles erblickte sie in der Gründung sog. Ehrenteit-Gesellschaften.⁶⁸ Es handelt sich dabei um Unternehmen, die besonders große Sozialbindungen eingingen.⁶⁹ Dafür erhielten sie ein Drittel der zur Verfügung stehenden Subventionsmittel zu sehr günstigen Bedingungen, zusammen mit den anderen gemeinnützigen Bauunternehmungen also zwei Drittel.

Die Ehrenteit-Gesellschaften waren eine Hamburger Spezialität. Sie geben trotzdem darüber Aufschluß, worauf die wohnungspolitische Strategie der SPD und vor allem der Gewerkschaften abzielte: Es ging ihnen um die Errichtung und Expansion von (der Arbeiterbewegung nahestehenden) gemeinnützigen Kapitalgesellschaften. Im Jahre 1924 gründete der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund deshalb die Deutsche Wohnungsfürsorgegesellschaft für Arbeiter, Angestellte und Beamte AG (DEWOG), eine der Vorläuferinnen der »Neuen Heimat«. In vielen Städten traf man bald Tochtergesellschaften an. SPD und Gewerkschaften wollten einen immer höheren Anteil des Neubauvolumens für »ihre« gemeinnützigen Gesellschaften erreichen, um so die Kapitalverwertungsinteressen auf dem Bausektor zurückzudrängen. Vielfach waren sie dabei sogar erfolgreich, vor allem in Großstädten (wenn auch nicht gerade in Hamburg, wo die private Bautätigkeit außergewöhnlich stark blieb). Basisdemokratische Tendenzen, die anfänglich mit den gemeinwirtschaftlichen Bestrebungen verbunden waren (Bauhütten, Genossenschaften) kamen freilich bei der DEWOG nicht mehr zum Zuge.⁷⁰ Effiziente Betriebsführung und hohe Leistungsanforderungen bestimmten den unternehmerischen Kurs.

Zu den gemeinnützigen Gesellschaften gehörten auch die Baugenossenschaften. Diese spielten in Hamburg eine nennenswerte Rolle: 1929/30 gab es im Stadtgebiet Hamburg ungefähr 125 Baugenossenschaften, im Gebiet von Groß-Hamburg annähernd 200.⁷¹

Statistiken über ihr Bauvolumen sind nicht überliefert. Ihre eigentliche Bedeutung liegt auch weniger im quantitativen als im qualitativen Bereich. Vor allem ist hier an die gemeinschaftliche Eigenproduktion, an die kollektive Selbstverwaltung und an die Ansätze alternativer (kollektiv organisierter) Alltagsstrukturen zu denken. Auf eine gute Ausstattung der Wohnung, auf eine angemessene Wohnungsgröße und auf zentrale Gemeinschaftseinrichtungen wurde bei den Hamburger Baugenossenschaften — wie auch bei Baugenossenschaften in anderen Orten — besonderer Wert gelegt.⁷² Oftmals kam ihren Bauten Vorbildcharakter zu.

68 Diese Gesellschaften wurden nach dem Vorsitzenden des ADGB in Hamburg, John Ehrenteit, benannt. Der Senat stellte drei Mitglieder des Aufsichtsrates.

69 Die Wohngebäude sollten nach Ablauf einer bestimmten Frist an den Staat fallen. Die Kommune hatte ein volles Belegungsrecht. Kontroverse Beschlüsse mußten dem Senat unterbreitet werden. Vgl. dazu *Hipp*, Wohnungen, S. 476 mit einer allerdings etwas anderen Deutung; *ders.*, Wohnstadt, S. 39 f.; *Lippmann*, S. 461; Wohnungswirtschaft, Jg. 3, 1926, Nr. 8, S. 62.

70 *Bauwelt*, Jg. XIX, 1928, H. 2, S. 38; vgl. auch *Nörnberg/Schubert*, S. 164 f.; *Günter Ublig*, Stadtplanung in der Weimarer Republik: Sozialistische Reformaspekte, in: *Wem gehört die Welt — Kunst und Gesellschaft in der Weimarer Republik*, Berlin 1977 (4. Aufl.), S. 67.

71 *Lothar Weyand*, Wohnungspolitik im Dritten Reich. Gemeinnütziger Wohnungsbau im Nationalsozialismus am Beispiel Hamburger Wohnungsbaugenossenschaften, Hamburg 1977 (MS, Hochschule für bildende Künste), S. 81. — In Hamburg waren die Genossenschaften sozial sehr unterschiedlich zusammengesetzt. Immerhin machten im Durchschnitt 45—57 Prozent der Mitglieder Arbeiter und Handwerker aus. *Ebda.*, S. 51 f. Die Beziehungen der Genossenschaften zu den Gewerkschaften und der DEWOG waren nicht spannungsfrei. Innerhalb unseres Forschungsprojektes beschäftigt sich Heinz Eickmeier mit den Baugenossenschaften.

72 *Ebda.*, S. 39.

In Hamburg kamen die Baugenossenschaften mehr zum Zuge als beispielsweise in Berlin und Frankfurt. Während in Berlin die gemeinnützigen Kapitalgesellschaften wohnungspolitisch dominierten, wurde in Frankfurt viel in eigener Regie gebaut bzw. mittels eigenständiger Wohnungsbaugesellschaften. Städtischer Regiebau nach Wiener Art gab es außerdem (Erhebungsjahr 1927) in Barmen, Leipzig und Plauen. Obwohl nach eigenen Angaben mit dieser Form von Bauträgerschaft gute Erfahrungen gemacht worden sind, blieben solche Versuche vereinzelt.⁷³

Insgesamt bleibt festzustellen, daß die deutschen Kommunen diesen wichtigen Handlungsspielraum höchst unterschiedlich genutzt haben:⁷⁴ Die Sozialdemokraten und Gewerkschaften konnten das Wiener Trägerschaftsmodell nach 1924 aus machtpolitischen Gründen nicht mehr nachahmen, selbst wenn sie es damals noch gewollt hätten. Ihre Taktik, mittels der ihnen nahestehenden gemeinnützigen Baugesellschaften auf der Basis des freien Wettbewerbs wohnungsbaupolitische Dominanz zu erreichen, stieß — trotz namhafter Erfolge — auf innere und äußere Grenzen, führte jedenfalls nicht zu einer Ausschaltung der Kapitalverwertungsinteressen auf diesem Gebiet.

IV. MIETPREISBILDUNG UND SOZIALE REKRUTIERUNG DER MIETERSCHAFT

Im Hinblick auf die Mietpreisbildung war das Ziel der sozialdemokratischen Wohnungsbaupolitik in Deutschland die Erreichung niedriger Kostenmieten. Anders argumentierte man in Wien: Dort betrachtete die SDAP den Wohnungsbau als eine Aufgabe der Kommune, vergleichbar mit dem Bau von Straßen, Schulen, Theatern und Krankenhäusern. Die Mieten sollten deshalb keine Kostenmieten (wie in Deutschland) sein, sondern unter politisch-sozialen Gesichtspunkten festgelegt werden. Verzinsung und Amortisation des investierten Kapitals interessierten nicht. Der Unterschied zur Mietenbildung in Deutschland ist also grundsätzlicher Art. Denn selbst dort, wo in deutschen Städten kommunaler Wohnungsbau in »eigener Regie« betrieben worden ist, hat man mit Unterstützung der SPD sogenannte kostendeckende Mieten veranschlagt. Die Mietpreishöhe konnte zwar durch die Subventionierung beträchtlich gesenkt werden — sie hätte sonst (1930) das Vierfache betragen —, doch belief sie sich noch immer auf einem Niveau, das sozial nicht vertretbar war.

Die Mieten in den Neubauwohnungen Hamburgs lagen zwischen 8,50 RM und 14,00 RM je m² Wohnfläche im Jahr (1927). Das hieß: Wer eine Dreizimmerwohnung mit ca. 60 m² (bei ca. 10 RM pro m² Miete) bewohnte und ein Facharbeiter-Nettoeinkommen von durchschnittlich 2000 RM im Jahr zur Verfügung hatte, mußte ca. 30 Prozent seines Einkommens für Miete bezahlen.⁷⁵

Aufgrund dieses ungünstigen Lohn/Mietpreis-Verhältnisses hätte man erwarten können, daß in den Neubausiedlungen so gut wie keine Arbeiter zu finden waren. Dies aber stimmt nicht mit den empirisch ermittelten Ergebnissen überein: In der großen Siedlung Dulsberg in

73 In: Landesarchiv Berlin, Akten des Deutschen Städtetages 142/Stb 3711.

74 Aufschlußreich hierzu auch: *Die Gemeinde*, Jg. 7, 1930, H. 3, S. 141.

75 Nicht gerechnet sind hier die zum Teil verlangten sog. verlorenen Baukostenzuschüsse oder Abstandsanzahlungen bzw. Sonderbeiträge für Bäder, Gemeinschaftseinrichtungen etc. Dazu *Weyand*, S. 53; *Peters*, S. 124. Die Angaben über das Jahreseinkommen sind dem Jahrbuch der deutschen Sozialdemokratie, 1929, Reprint Berlin/Bonn-Bad Godesberg 1976, S. 125, entnommen; vgl. auch *Albrecht* u. a., S. 456.

Hamburg-Barmbek waren 48,13 Prozent der Mieter Arbeiter, 29,0 Prozent Angestellte, 10,43 Prozent Sonstige, 7,39 Prozent Beamte und 5,0 Prozent Selbständige. Insgesamt darf angenommen werden, daß der Anteil der Bewohner aus unteren Einkommensklassen (Arbeiter, teilweise Angestellte und Beamte) bei ungefähr 70 Prozent der Gesamtmieterschaft lag.⁷⁶ Welche Erklärungen gibt es für dieses überraschende Ergebnis? Zum einen muß darauf hingewiesen werden, daß vermutlich das Familieneinkommen dieser Mietergruppen sich nicht auf das Lohneinkommen des Mannes beschränkte.⁷⁷ Es darf ferner angenommen werden, daß jene Arbeiter, die sich solche Neubauwohnungen leisteten, vor allem junge, gut verdienende Facharbeiter (mit wenigen oder gar keinen Kindern) waren. Jedenfalls handelte es sich bei diesen Arbeiter-Mietergruppen nicht um das Gros der »minderbemittelten Bevölkerungsklassen«, für die der Wohnungsneubau jedoch eigentlich gedacht war. Schließlich sollte nicht übersehen werden, daß es — gemessen an der Gesamtarbeiterschaft — nur wenige Arbeiter waren, die ihre um ca. 40 Prozent billigere Altbauwohnung mit einer teuren Neubauwohnung vertauschten.⁷⁸

Ähnlich wie in Deutschland galt das Mieterschutzgesetz in Wien nur für Altbauwohnungen. Die Wiener Sozialdemokraten verfolgten das gleiche Ziel wie die SPD: Die Mieten für Neubauwohnungen sollten nicht viel höher liegen als die für Altbauwohnungen. Doch im Unterschied zur SPD setzten sie diese Politik auch tatsächlich durch. Die Mieten für Neubauwohnungen in Wien lagen bei umgerechnet 86 RM bis 115 RM pro Jahr, betrug also ungefähr ein Sechstel der in Deutschland zu zahlenden Neubaumiete, wobei sich die Differenz verringert, wenn man die unterschiedlichen Wohnungsgrößen berücksichtigt. Die Miete machte in Wien 3 bis 5 Prozent eines Arbeitslohnes aus. Selbst wenn in Deutschland nicht immer der Prozentsatz bei über 30 lag, sind die Unterschiede doch ins Auge stechend, obwohl sie sich verringern, wenn man die Reallöhne vergleicht. In Berlin (ähnlich wohl auch in Hamburg) lagen diese im Jahre 1926 um 16—37 Prozent höher als in Wien.⁷⁹

Durch die äußerst niedrigen Mieten konnten zwar in Wien die Reallöhne gesteigert werden, aber nur in diesem einen Bereich, denn die Tariflohn- und die sonstige Preisentwicklung (mit Ausnahme der Gas-, Wasser- und Fahrpreise) entzog sich dem Zugriff der SDAP. Hätte die SDAP jedoch auch noch auf diese partielle Reallohnsteigerung verzichtet, so hätten die Wiener Arbeiter/innen noch schlechter dagestanden. Eine entsprechende Nominallohnerhöhung war nicht zu erwarten und auch nicht ohne weiteres zu erzwingen.

Es erübrigt sich fast zu sagen, daß aufgrund der besonders niedrigen Mieten und des vollen

⁷⁶ Hachmann, S. 135 f.

⁷⁷ Eine zeitgenössische Erhebung von 146 Arbeiterhaushaltungen kommt zu dem Ergebnis, daß im Durchschnitt das Familieneinkommen 3 632 RM betragen habe (Aus Hamburgs Verwaltung und Wirtschaft, Jg. 6, 1929, Nr. 10, S. 297 ff., bes. S. 301 und 303). Dabei spielte die Untervermietung noch immer eine gewisse Rolle (siehe Text und Anm. 146). Hipp nimmt zwar mit guten Gründen (aber ohne Belege) an, daß auch die Ehefrauen vielfach mitverdient hätten (Hipp, Wohnungen, S. 477); diese Vermutung wird jedoch in den Berichten der zeitgenössischen Wohnungspflegerinnen nicht gestützt. Vgl. z. B. Soziale Praxis, Jg. 39, 1930, H. 6; Wohnungswirtschaft, Jg. 7, 1930, Nr. 6. Allerdings beziehen sich die Aussagen auch nicht direkt auf Hamburg.

⁷⁸ Hipp nimmt wohl mit Recht an, daß auch in der Weimarer Zeit 95 Prozent der Arbeiter weiterhin in Hamburger Altbauwohnungen lebten. Hipp, Wohnstadt, S. 34.

⁷⁹ Nach einer zeitgenössischen Berechnung, in: Bauböck, S. 64. Zum Lebensstandard vgl. die Zahlen bei: Peter Kulemann, Am Beispiel des Austromarxismus. Sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Österreich von Hainfeld bis zur Dollfuß-Diktatur, Hamburg 1979, S. 345.

Belegungsrechtes seitens der Kommune die Wiener Neubaumieter ausschließlich aus »minderbemittelten Bevölkerungskreisen« stammten.⁸⁰

V. MASSNAHMEN MITTELBARER ART

Im folgenden werden jene Maßnahmen und Einrichtungen dargestellt, die nicht im engeren Sinne zur Wohnungsbaupolitik gehörten, die jedoch den Wohnungsmarkt bzw. den Wohnungsbau beeinflussten. Wiederum sollen Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Hamburg und Wien herausgearbeitet werden.

1. Organisation des Wohnungsmarktes und der Wohnungs»zwangswirtschaft«

Nach dem Kriege entstanden überall in Deutschland Wohnungsämter. Sie hatten die Aufgabe, Wohnungsstatistiken durchzuführen. Darüber hinaus oblag ihnen die Kontrolle der Wohnungen, vor allem, soweit diese sanierungsbedürftig waren.⁸¹ Sie registrierten die Wohnungssuchenden, vermittelten einen Teil der Neubauwohnungen und halfen z. T. beim Wohnungstausch.⁸² Zudem konnten sie aufgrund des Reichsgesetzes über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel vom 11. Mai 1920 unter Umständen Zwangseinquartierungen durchführen. Allerdings war dieses Rahmengesetz sehr vage formuliert, so daß es mit Hilfe der Judikative und durch Ausführungsbestimmungen (seitens der Länder und Gemeinden) gemildert bzw. unterlaufen werden konnte.⁸³

In Wien gab es auch die rechtliche Möglichkeit (durch das sog. Wohnungsanforderungsrecht), Altbauwohnungen zu requirieren. Ähnlich wie in Deutschland wurde dieses Recht von den bürgerlichen Parteien scharf bekämpft. Dorn im Auge war der dahinter stehende Anspruch der Sozialreformer, die Ungleichheit der gegebenen Verteilung des Wohnraums direkt in Frage zu stellen und sich nicht nur darauf zu beschränken, durch Neubauwohnungen Äquivalente zu schaffen. Denn es sollten ja auch unzulänglich genutzte Wohnräume »angefordert« werden. In Wien gelang den bürgerlichen Parteien in diesem Punkte im Jahre 1925 der entscheidende Durchbruch: Zwangseinquartierungen in Altbauwohnungen waren fortan nicht mehr gestattet. Die Folge davon war, daß die Hausbesitzer der Altbauwohnungen in Zukunft nur Mieter nahmen, die zahlungskräftig waren und hohe Ablösungssummen auf den Tisch legen konnten, eine Tendenz, die man auch in der Weimarer Republik, wenngleich in

80 Die Wohnungen wurden in Wien nach einem Punktesystem vergeben, bei dem verschiedene Kriterien ausschlaggebend waren. Auch Protektion war im Spiel. Es kam zu langen Wartelisten. Dazu einführend *Frei*, S. 85 f.; *Wulz*, Bd. 2, S. 421.

81 In Hamburg: Wohnungspflegegesetz von 1922.

82 Es handelte sich bei diesen Maßnahmen um den Versuch, für die Markt- und Renditesteuern funktionale Äquivalente zu schaffen. *Novy*, Gemeindewohnungsbau, S. 21.

83 Das Reichsgericht unterminierte diese Rechte, indem es — nach anfänglichem Schwanken in seiner Beurteilung — die Eingriffe der Wohnungsämter als Enteignungen im Sinne des Artikels 153 der Reichsverfassung auffaßte. So fürchteten die Gemeinden, hohe finanzielle Entschädigungsleistungen zahlen zu müssen. *Peters*, S. 45 f. Durch Senatsverordnungen vom 29. 12. 1924, vom 3. 1. 1927 und vom 27. 6. 1932 wurde die Zwangsbewirtschaftung von Wohnungen in Hamburg überdies schrittweise gelockert. Seit 1927 wurde das Beschlagnahmerecht sehr eingeschränkt. *Ebda.*, S. 53 f.

kleinerem Maßstab, beobachten konnte. So entstand schließlich ein heute noch bekanntes Wiener Phänomen: eine Art kapitalisierter Mietzins bei relativ niedrigen monatlichen Mietbelastungen.⁸⁴ (Doch kam dieses Verfahren »nur« bei Altbauwohnungen zum Zuge.)

2. Kommunalwirtschaftliche Betriebe

Die deutschen Gemeinden hatten in der Weimarer Republik hinsichtlich der möglichen kommunalwirtschaftlichen Betätigungsfelder »an sich« große Bewegungsfreiheit (verglichen mit der bundesrepublikanischen Zeit). In den meisten Kommunen war aber — wegen der politischen Kräftekonstellationen — eine weitgehende Kommunalisierungspolitik trotzdem nicht möglich, zumal die (M)SPD in dieser Frage auch nicht einheitlich und offensiv operierte⁸⁵ und etwaige Handlungschancen in der Revolutionszeit ungenutzt gelassen hatte. Aufgrund des Drucks, den die Repräsentanten der Wirtschaft und des Handwerks diesbezüglich ausübten⁸⁶, hielt sich die Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben in Grenzen. Zudem erzwangen die bürgerlichen Parteien häufig die Einrichtung von gemischtwirtschaftlichen Betrieben, an denen neben öffentlichem Kapital auch Privatkapital beteiligt wurde. Je gewinnorientierter Kommunalbetriebe wirtschafteten, desto energischer betrieben sie außerdem deren (Teil-)Reprivatisierung.

Bei der Errichtung eigener kommunaler Baustoffbetriebe war vor allem Frankfurt aktiv. Doch weder in Frankfurt noch anderswo wollte man so weit gehen wie in Wien: Dort war die Baustoffwirtschaft größtenteils kommunalisiert worden.

Hinsichtlich der Arbeitsweise der Kommunalbetriebe ergibt sich noch ein weiterer gravierender Unterschied zwischen den deutschen Kommunen und Wien. Bei den kommunalen Betrieben in Deutschland — meist handelte es sich um sog. Versorgungsbetriebe — obsiegte das Rentabilitätsprinzip. Die Gewinne flossen zum großen Teil in den allgemeinen Haushalt. Hier tat sich Hamburg besonders hervor. Die Gebühren machten dort eine wesentlich höhere Pro-Kopf-Belastung als in Preußen und in anderen deutschen Ländern aus.⁸⁷

Anders arbeiteten die Wiener Kommunalbetriebe. Sie setzten Verbrauchertarife fest, die sehr niedrig lagen. (Das Wasser war beispielsweise z. T. ganz frei zu erhalten.) Soweit Überschüsse erwirtschaftet wurden, dienten diese dem Ausbau der Betriebe und der Verbilligung der

84 Die Ablösungszahlungen waren ungesetzlich, doch wußte man dieses Gesetz zu unterlaufen. Damit wurde die Wohnungszwangswirtschaft an einem entscheidenden Punkt durchbrochen. In den sechs Jahren seiner Gültigkeit hatten die Sozialdemokraten regen Gebrauch von diesem Gesetz gemacht. In Wien wurden Wohnungssuchenden ca. 45 000 Wohnungen zugeteilt. *Frei*, S. 83 f.

85 In Berlin z. B. hielt sich die MSPD auf diesem Gebiet besonders zurück, zum Ärger der Unabhängigen Sozialdemokraten, die 1919/20 dort entsprechend ihrem kommunalpolitischen Programm die Gemeindegewirtschaft vorantreiben wollten. *Wunderlich*, S. 140. Im Unterschied zur Berliner SPD stellten die Frankfurter Sozialdemokraten oft — wenn auch vergebens — Anträge auf Kommunalisierung, sogar von Apotheken, Kinos, Schornsteinfegerbetrieben etc. Vgl.: Die Sozialdemokratie im Frankfurter Rathaus: Tätigkeitsbericht der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion für die Jahre 1919 bis 1924, hrsg. von der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Groß-Frankfurt, Frankfurt 1924, S. 13 f.

86 Die Kampagne lief unter dem Motto: »Gegen kalte Sozialisierung«. Dazu noch immer: *Carl Böhret*, Aktionen gegen die »Kalte Sozialisierung« 1926—1930. Ein Beitrag zum Wirken ökonomischer Einflußverbände in der Weimarer Republik, Berlin 1966, passim.

87 *Büttner*, S. 172. 1927 wurden auf diese Weise 53 Mio. RM eingenommen; das waren 13 Prozent der ordentlichen Gesamteinnahmen. Errechnet nach ebda., S. 692.

Erzeugnisse. Die Überschüsse wurden aber nicht — im Unterschied zu den Gepflogenheiten in vielen deutschen Kommunen — an die Gemeindekasse abgeführt. Die Beteiligung von Privatkapital an solchen Betrieben bzw. eine Reprivatisierung, wie dies zum Teil in Deutschland der Fall war, wurde in Wien von der SDAP verhindert.

3. »Soziale Baubetriebe«

Während die Wiener Politiker die Baustoffbetriebe kommunalisierten, aber die Bauunternehmen (meist Kleinbetriebe) in privater Hand beließen, setzten in Deutschland gerade auf diesem Gebiet beachtenswerte Bestrebungen ein: Sozialisierte Bauunternehmen wurden errichtet, die unter dem Namen »Bauhütten« bekanntgeworden sind. (Oftmals kam es auch zur Gründung entsprechend organisierter Betriebe in der Baustoffbranche.)

Ihre Entstehungsgeschichte hing eng mit den mißglückten Sozialisierungsversuchen während und nach der Revolutionszeit von 1918/19 zusammen, Vor allem favorisierte der sozialdemokratische Städteplaner Martin Wagner (später Stadtbaurat von Berlin) die Bauhütten. Ursprünglich genossenschaftlich organisiert, veränderten die Bauhütten bald nach ihrer Gründung ihre Rechtsform, wurden GmbHs und von den Freien Gewerkschaften, teilweise auch von Konsumvereinen und ähnlichen Organisationen, übernommen.

Die Mitbestimmungsrechte der Belegschaften gingen — verglichen mit Privatbetrieben — relativ weit (paritätische Mitbestimmung im Aufsichtsrat, Vertretung im Betriebsvorstand). Mit den Bauhütten waren drei Ziele verbunden: Erstens wollte man billiger bauen als die Privatbetriebe und dadurch die Baukosten insgesamt nach unten drücken; zweitens dienten sie als Äquivalent zur nicht durchgeführten Sozialisierung, und zwar in Form von produktiver Selbsthilfe und Selbstorganisation⁸⁸; drittens sollten sie dem Aufbau einer gemeinwirtschaftlich organisierten Alternativ-Ökonomie dienen (zusammen mit den Konsumgenossenschaften, den gewerkschaftlichen Wohnungsbauunternehmen, der Volksfürsorge, der Arbeiterbank etc.). Die reale Bedeutung der Bauhütten für den Baumarkt insgesamt hielt sich in Grenzen. Von den in der Zeit von 1920 bis 1926 in Deutschland gebauten Wohnungen hatten die »Sozialen Baubetriebe« 4,5 Prozent ausführen können.⁸⁹ In einzelnen Städten hatten sie jedoch beachtliche Erfolge zu verzeichnen. So erstellte die Bauhütte »Bauwohl« in Hamburg bis zum Ende 1928 immerhin 8 Prozent der Neubauwohnungen (zeitweise ca. 500 Beschäftigte).⁹⁰ Verschiedentlich gelang es ihnen sogar, die lokalen Preiskartelle auf dem Bausektor aufzubrechen.

4. Boden- und Grundstücks politik

Die SPD forderte offiziell seit 1921 keine allgemeine Enteignung des Haus- und Grundbesitzes mehr, sondern ihrer Auffassung nach sollten die Gemeinden eine aktive Boden- und

⁸⁸ Die später erfolgten Zentralisierungs- und Entdemokratisierungstendenzen wirkten dieser Zielsetzung allerdings massiv entgegen. *Berger-Thimme*, S. 272.

⁸⁹ *Albrecht u. a.*, S. 645. Zwischen 1924 und 1928 stieg der Umsatz der Bauhütten im Deutschen Reich um 194 Prozent. Der Verband Sozialer Baubetriebe umfaßte im Jahre 1928 151 Betriebe. Bis zum Ende des Jahres 1928 erstellten die Bauhütten 52 677 Kleinwohnungen. *Ebda.*, S. 644, 655. In diesem Zusammenhang ist jedoch darauf hinzuweisen, daß sich die Bauhütten auch nicht dem Effizienz-, Leistungs- und Rationalisierungsdenken entziehen wollten, deshalb sogar Akkordarbeit zuließen.

⁹⁰ Errechnet nach den Angaben in: *Soziale Bauwirtschaft*, Jg. 9, 1929, H. 22.

Grundstückspolitik betreiben, d. h. in »ausreichendem Maße« Boden ankaufen.⁹¹ Ziel war es, die (häufig in ihrer preistreibenden Wirkung überschätzte) private Spekulation einzudämmen. Die Hoffnung, damit die Baupreise senken zu können⁹², erwies sich jedoch als trügerisch.

Durch Reichsgesetz waren Rahmenvorschriften erlassen worden, nach denen gegen angemessene Entschädigung sogar Enteignungen möglich waren. Die Gerichte bremsten jedoch solche Bestrebungen, indem sie den Enteignungs- und Entschädigungsbegriff zugunsten der Privateigentümer weit auslegten. Die SPD verlangte — ebenso wie die KPD — deshalb eine Revision des Gesetzes, allerdings vergebens.⁹³ Genausowenig war die Forderung der Linksparteien, städtischen Boden nur auf der Basis des Erbbaurechtes abzugeben und nicht zu verkaufen, in den meisten Städten nicht durchsetzbar.⁹⁴

Allgemein kann man sagen, daß die Kommunen in der Weimarer Zeit — im Unterschied zu vielen Kommunen in Wilhelminischer Zeit — eine sehr aktive Bodenvorratswirtschaft betrieben und sich darüber hinaus durch An- und Verkäufe von Grundstücken intensiv am Grundstücksmarkt beteiligten. Dies gilt besonders für Hamburg.⁹⁵

Welche Bodenpolitik machte man in Wien? Hier gab es — ähnlich wie in Deutschland — auch kein handhabbares Enteignungsgesetz, doch das spielte dort keine so große Rolle: Infolge der Tatsache, daß die Hausbesitzer so gut wie keine Rendite mehr aus ihren Häusern erhielten, sanken nämlich auch die Bodenpreise bis auf 10 Prozent des Vorkriegswertes. So konnte die arme Gemeinde Wien — in ähnlichen Ausmaßen wie die deutschen Großstädte — große Mengen an Boden kaufen, aber im Unterschied zu den deutschen Kommunen eben zu äußerst niedrigen Preisen⁹⁶ und ohne die Grundstücke wieder verkaufen zu müssen.

5. Verkehrspolitik

Die Erkenntnis, daß man mit einer aktiven Verkehrspolitik den städtischen Wohnungsmarkt entlasten kann, war schon vor 1914 bei den Kommunalpolitikern verbreitet. Verkehrsverbindungen bis in die Außenrandbezirke der Städte bzw. bis ins Umland hinein erleichterten es den Bewohnern nahegelegener Dörfer, zur Arbeit in die Städte zu pendeln (und in der Umgebung wohnen zu bleiben). Somit konnte der städtische Wohnungsmarkt entlastet werden. Für die Kommunalbürokratie war es zudem vorteilhaft, ihre sozialen Probleme zu exterritorialisieren und den städtischen Raum von geballten Unruhepotentialen freizuhalten. (Nur wenn

91 Kommunalpolitische Richtlinien, 1928, S. 9; Die Gemeinde, Jg. 6, 1929, H. 21/22, S. 967, 1019.

92 Die Grundstückskosten machten »nur« 15 Prozent der Baukosten aus. *Lippmann*, S. 479.

93 *Albrecht u. a.*, S. 235 f.; vgl. Die Gemeinde, Jg. 4, 1927, H. 23, S. 1097 f.

94 So auch nicht in Hamburg.

95 Näheres zu den wenigen Enteignungen und dem regen städtischen Grundstücksverkauf siehe bei *Albert Gut*, Der Wohnungsbau in Deutschland nach dem Kriege. Seine Entwicklung unter der unmittelbaren und mittelbaren Förderung durch die deutschen Gemeindeverwaltungen, München 1928, S. 55 f., 59; für Hamburg: *Lippmann*, S. 476 ff.

96 *Fleischmann*, S. 126. Dazu trugen auch eine Bodenwertabgabe auf unbebaute Grundstücke und eine Wertzuwachsabgabe im Immobiliengeschäft bei. Im Jahre 1929 befanden sich 30 Prozent der Stadtfläche im Gemeindebesitz. *Bauböck*, S. 41. Die deutschen Großstädte konnten vom Ergebnis her gesehen durchaus mithalten: Frankfurt z. B. besaß 1925 sogar 45 Prozent der gesamten Stadtfläche.

die umliegenden Orte steuerlich lukrative Gewerbebetriebe bzw. steuerkräftige Bevölkerungsschichten aufwiesen, verfolgten die Kommunen zumindest teilweise eine aktive Eingemeindungspolitik.) Schon für die Zeit vor 1914 kann beobachtet werden, daß in den von bürgerlichen Parteien beherrschten Städten eine innovative Verkehrspolitik durchaus gefördert wurde und die Sozialreformer zum Teil glaubten, auf diese Weise die Passivität in der kommunalen Wohnungspolitik kompensieren zu können. Nach 1918/19 versuchten die Kommunen hingegen zweigleisig zu verfahren: Eine aktive Wohnungsbaupolitik sollte durch eine fortschrittliche Verkehrsausbaupolitik ergänzt werden.⁹⁷ Hervorhebenswert sind vor allem der Straßenbahnausbau in deutschen Großstädten sowie der S- und U-Bahnausbau in Berlin und Hamburg.

Anders stellt sich die Situation für die Wiener Sozialdemokraten dar. Durch die radikale Senkung der Bodenpreise mußten diese bei der Durchführung ihres Wohnungsbauprogramms — im Unterschied zu den deutschen Kommunen — nicht auf städtische Randgebiete »ausweichen«. Sie konnten vielmehr ihre Großbauten in Stadtteilen errichten, die schon über ein gut ausgebautes öffentliches Verkehrsnetz verfügten. Was die deutschen Kommunen für den Verkehrsausbau ausgaben, floß in Wien größtenteils in den Wohnungsbau hinein. So kam es, daß dort 70—90 Prozent der gesamten kommunalen Investitionsmittel für diesen Sektor verwendet wurden.⁹⁸

VI. DIE ARCHITEKTUR IM SPANNUNGSFELD VON SOZIALEM REFORMANSPRUCH UND UTILITARISTISCHEM FUNKTIONALISMUS

1. Das Neue Bauen und die Hamburger Mischformen

Schon in der Einleitung wurde darauf hingewiesen, daß die SPD (bzw. Teile der SPD) in der Weimarer Republik eine unverwechselbare, historisch einmalige Verbindung mit einer fortschrittsgläubigen Architekten-Avantgarde einging.⁹⁹ Dies hatte mehrere Gründe: Je we-

97 Vgl. Gut, S. 71; Nörnberg/Schubert, S. 205, 213; Lippmann, S. 455. Vor allem ist in diesem Zusammenhang der Zusammenschluß der Berliner Verkehrsbetriebe im Jahre 1926 zu nennen.

98 Schweitzer, Wohnungspolitik, S. 26. Allerdings wurde in den 20er Jahren die Wiener Stadtbahn elektrifiziert. Fleischmann, S. 127; das U-Bahn-Projekt wurde jedoch fallengelassen. Pelinka, S. 72.

99 Diese Architekten waren selbst meist jedoch keine Mitglieder der SPD. Zum Verhalten einiger Architekten (besonders von Bruno Taut) in der Revolution von 1918/19 siehe: Jain Boyd White, Bruno Taut and the Architecture of Activism, Cambridge 1982, passim. — Zur Einschätzung der Architektur in jener Zeit siehe außer den Standardwerken wie vor allem Leonardo Benevolo, Die Geschichte der Stadt, Frankfurt/New York 1984 (deutsche Übersetzung), Karin Wilhelm, Von der Phantastik zur Phantasie. Ketzerische Gedanken zur »funktionalistischen Architektur«, in: Wem gehört die Welt. Kunst und Gesellschaft in der Weimarer Republik, hrsg. von der Neuen Gesellschaft für bildende Kunst, Berlin 1977, 4. Aufl., S. 72; Günter Ublig, Kollektivmodell »Einküchenhaus«. Wohnreform und Architekturdebatte zwischen Frauenbewegung und Funktionalismus 1900—1933, Giessen 1981, S. 75 f. — Nach Fertigstellung des Manuskripts erhielt ich Kenntnis von einer noch ungedruckten wichtigen Arbeit von Gerd Kähler, Wohnung und Stadt. Massenwohnungsbau der zwanziger Jahre, Hamburg—Frankfurt—Wien, Habil. Schrift, Fachbereich Architektur, Universität Hannover. Kähler kommt in der Einschätzung der Architektur des Neuen Bauens, der Architekten sowie der SPD bzw. SDAP zu ganz ähnlichen Ergebnissen

niger die Realpolitik der MSPD bzw. der SPD radikale Züge trug und je weniger strukturelle Eingriffe in die Gesellschaftsordnung vorgenommen wurden, desto mehr sprach die Partei offensichtlich darauf an, die Radikalität in die Ästhetik zu verlegen und eine Architektur zu unterstützen, die es zum vollständigen Bruch mit dem ornamentalen Baustil früherer Jahrzehnte kommen ließ. Die Aufgeschlossenheit der SPD für das Neue Bauen entbehrte deshalb wohl nicht des politischen Substitutionscharakters. Darüber hinaus verfolgten die Sozialdemokraten mit der Unterstützung dieser neuen Bauweise auch zukunftsweisende politische Absichten: Das Neue Bauen sollte zum einen Symbol der Vereinbarkeit von gegenwärtiger Sozialreform und zukünftiger sozialistischer Gesellschaft sein, zum anderen einen für alle sichtbaren Schritt auf dem Wege zum Sozialismus darstellen, einen »praktischen Sozialismus«.¹⁰⁰

Deutschland wurde zwischen 1924 und 1930 zum internationalen Zentrum des neuen Baustils.¹⁰¹ Bruno Taut, Ernst May, Hugo Häring, Adolf Behne, Otto Haesler, Ludwig Hilberseimer, Walter Gropius u. a. m. sowie das Bauhaus genossen weltweites Ansehen.

Es handelte sich im wesentlichen meist um einen aufgelockerten (halb-)städtischen Mietwohnungsbau in sogenannter Großhausform. Zwar wurden auch (vereinzelt) Klein- bzw. Einzelhäuser (z. B. in der Weißenhof-Siedlung in Stuttgart) und Einfamilien-Reihenhäuser (z. B. in Frankfurter Siedlungen) gebaut, aber in den großen Siedlungen überwog bei weitem der Mehrfamilien-Mietwohnungsbau. Damit war die lange Jahre kontrovers geführte Diskussion über »Kleinhaus« oder »Großhaus« zugunsten des »Großhauses« entschieden worden.¹⁰² Dabei »zonte« man den neuen Mietwohnungsbau im Vergleich zu den Mietskasernen der wilhelminischen Zeit ostentativ herunter, d. h. man begrenzte die Anzahl der Stockwerke. Die begrenzte Mehrgeschossigkeit (meist 3—4 Stockwerke) gehörte zu den typischen Merkmalen des neuen massenweise erstellten Kleinwohnungsbaus.

wie die hier dargestellten. Mit Walter Benjamin und seiner Einschätzung des Neuen Bauens beschäftigt sich u. a. die auch gerade erst erschienene Schrift von *Michael Müller*, *Architektur und Avantgarde*, Frankfurt 1984.

100 Vgl. Werkberichte, S. XXX; *Klaus Novy*, Praxis und Theorie der Wirtschaftsreformen. Zur positiven Ökonomie des Reformsozialismus, in: *Heimann/Meyer* (Hrsg.), S. 300; *Sylvene Hänsel u. a.*, Die Jarrestadt. Eine Hamburger Wohnsiedlung der zwanziger Jahre, Hamburg 1981 (Broschüre), S. 17.

101 *Miller Lane*, S. 86.

102 Die Diskussion über »Kleinhaus« oder »Großhaus« wurde schon seit der Jahrhundertwende geführt. Viele Wohnungsreformer aus bürgerlichen, aber auch aus sozialistisch gesinnten Kreisen traten damals und erst recht in der Umbruchphase gegen Ende des Krieges für den Siedlungsbau von Einfamilienhäusern mit Gartenland ein (dazu siehe z. B. *Zeitschrift für Wohnungswesen*, Bd. 20, 1922, H. 21, S. 254 f.). In diesem Zusammenhang ist auch auf das Reichssiedlungsgesetz vom 11. 8. 1919, das Reichsheimstättengesetz vom 10. 5. 1920 sowie auf die Reichserbbauverordnung vom 15. 1. 1919 hinzuweisen, die den Erwerb von Siedlungsland erleichtern und die Städte von dem Problem der Übervölkerung befreien sollten. Die Siedlung Langenhorn in Hamburg ist typisch für die Siedlungsweise der ersten Stunde: Eine Art Gartenvorstadtsiedlung außerhalb Hamburgs, Reihenhäuser mit kleinen Gärten, erstellt mit Behelfsbaumitteln, teilweise in primitiver Ausführung. Dazu: *Nürnberg/Schubert*, S. 208. In den äußeren Formen ähnelten diese Siedlungen den vorstädtischen Nebenerwerbssiedlungen bzw. den städtischen Randsiedlungen aus der Zeit der Großen Wirtschaftskrise. (Die neuen Randsiedlungen sollten die Arbeitslosigkeit vermindern und die Selbstversorgungsmöglichkeiten der Bewohner vergrößern. Mit diesen Siedlungen verbanden sich weitergehende großstadtkritische Tendenzen, häufig besetzt mit agrarromantischen, politisch reaktionären und völkischen Komponenten. Es entstand in diesem Bereich ein ideologisches Strudelwasser, in dem die NSDAP am besten zu schwimmen verstand.)

Die meisten Großsiedlungen jener Jahre entstanden als geschlossene Wohnviertel am Stadtrand bzw. außerhalb des bebauten Stadtgebietes.¹⁰³ Der besondere Charakter der neuen Siedlungen resultierte nicht nur aus solcher Randzonenlage, sondern auch aus der starken Durchgrünung der Wohnanlagen und der vielen Haus- und Mietergärten. Sozialdemokraten und Architekten-Avantgarde nahmen somit (in stark verwässerter Form) Bestrebungen der Gartenstadtbewegung, wie sie vor allem von bürgerlichen Wohnungsreformern schon vor dem Ersten Weltkrieg vertreten worden waren, auf.¹⁰⁴ Die Gegensätze von Stadt und Land sollten auf diese Weise vermindert werden.

Charakteristisch an den Diskussionen über das Gesamtkonzept der neuen Siedlungen war die relativ große Euphorie, mit der man die entsprechenden Baupläne entwickelte und in der Öffentlichkeit vorstellte. Der Glaube an die Planbarkeit und an die Bereitschaft der Gesellschaft, eine »von der Vernunft diktierte Planung« zu akzeptieren, war unter Sozialdemokraten und Architekten-Avantgarde weit verbreitet.¹⁰⁵ Die vorhandenen Handlungsspielräume wurden — zumindest aus ihrer Sicht — tatsächlich auch weitgehend produktiv genutzt und positiv besetzt.

Die radikale Absage an den individuellen Baustil des (Klein-)Bürgertums nahm programmatischen Charakter an. Die relative Einheitlichkeit in der äußeren Gestaltung der Wohnblocks zeigte dies deutlich.

Demgegenüber blieben die Handlungsgrenzen, die durch die Kapitalverwertungsinteressen gesetzt waren, aus den Diskussionen — auch bei der SPD — weitgehend ausgeblendet. So gab es beispielsweise ohne tiefgreifende Struktureingriffe bzw. ohne Inkaufnahme von Mehrkosten oftmals gar keine Alternative zum Auszug aus den (Innen-)Städten und der damit ver-

103 Einige Architekten, allen voran Ernst May, traten für die Trabantenstadt ein. Angelehnt an Vorstellungen, wie sie im Zusammenhang mit den sogenannten Gartenstädten (vor allem Howard, Unwin) entwickelt worden sind, waren die neuen Städte als geschlossene Siedlungen außerhalb der Städte mit eigener kommunaler Selbstverwaltung und ausreichender Industrieansiedlung konzipiert worden. *Albrecht u. a.*, S. 691; *Ublig*, Stadtplanung, 1977, S. 55; *Miller Lane*, S. 91. — Soweit Trabantenstädte tatsächlich gebaut wurden, waren diese jedoch in jeglicher Beziehung von der Mutterstadt abhängig (siehe das Beispiel Frankfurt). Im Unterschied zu Mays Trabantenstadtkonzept plädierte Martin Wagner von Anfang an für die aufgelockerte Großsiedlung *innerhalb* des Stadtgebietes. *Ublig*, Stadtplanung, S. 56; zur Diskussion siehe z. B. auch *Soziale Bauwirtschaft*, Jg. 9, 1929, Nr. 8, S. 120. — Wichtig ist in diesem Zusammenhang noch die Feststellung, daß es im Bereich des Städtebaus während der Weimarer Republik zu keinen gravierenden Rechtserneuerungen gekommen ist. — Entsprechende Entwürfe für ein neues Reichsstädtebaugesetz blieben in den Beratungen stecken. Die SPD beklagte dies sehr. Die Rechtsprechung tat das Ihre, eine fortschrittliche Entwicklung des Städtebaurechtes zu verhindern. So war man gezwungen, die Standortwahl für die neuen Siedlungen ohne Einordnung in ein größeres Stadtplanungskonzept vorzunehmen. Vgl. *Ublig*, Stadtplanung, S. 57; *Dirk Schubert*, Stadtplanung der Stadt, des Städtebaus in Deutschland von ca. 1850 bis heute, Berlin 1981, S. 107, 114.

104 Hierzu siehe: *Kristina Hartmann*, Deutsche Gartenstadtbewegung. Kulturpolitik und Gesellschaftsreform, München 1976. Die Gartenstadtbewegung war eine Antwort auf die anarchistischen und überwuchernden Strukturen der Großstädte. Man plante den Aufbau neuer Städte nach organistischem gesellschaftlichem Leitbild und Ordnungsprinzip. Vgl. dazu *Ublig*, Stadtplanung, S. 53.

105 Besonders enttäuscht über die selbst erfahrenen engen Grenzen der Planbarkeit war Martin Wagner. Seine vor allem in der Großen Wirtschaftskrise erhobenen Forderungen nach wirtschaftslenkenden Prinzipien und zentraler Planwirtschaft hatten keine politischen Umsetzungschancen mehr. Wagner trat 1931 aus der SPD aus.

bundenen Umsiedlung der Bewohner in städtische und außerstädtische Randgebiete.¹⁰⁶ Auch hier zeigt sich die politische Strategie der damaligen SPD, kapitalistische Strukturen — ohne viel darüber zu diskutieren — durch praktisches Handeln zu unterlaufen, um so — ohne große Konflikte heraufzubeschwören — das »Bestmögliche« aus den nun einmal vorhandenen »Gegebenheiten« für die minderbemittelte Bevölkerung »herauszuholen«.

Wesentliches weiteres Kennzeichen der neuen Siedlungen ist in der radikalen Absage an die Hinterhofbebauung mit den viel zu engen Höfen zu sehen, eine Bauunsitte, die in der Zeit vor 1914 üblich war — aber schon damals von allen Seiten heftig kritisiert wurde. Statt dessen ging man zunächst zu einer halboffenen Bauweise (offene Blockrandbebauung) über, z. B. in Dulsberg-Hamburg bzw. in Britz-Berlin, Bruchfeldstraße-Frankfurt. Daraus entwickelte sich, je länger, je mehr eine Zeilenbauweise, so in Celle, Berlin, Frankfurt, Karlsruhe etc. Grundlegender Gedanke dabei war, die architektonischen Voraussetzungen für optimale Sonnenbescheinung und Durchlüftung der Wohnungen zu schaffen. Dies zu erreichen war von jeher ein besonderes Anliegen der SPD¹⁰⁷ (und auch der bürgerlichen Reformbewegung). Unter solchem Aspekt bedeutete der genau nach bestimmten Himmelsrichtungen ausgerichtete Zeilenbau, beispielsweise in Karlsruhe-Dammerstock, sicherlich den Gipfel des Erreichbaren. Doch dies geschah auf Kosten der (sozialen) Raumbildung. Statt Hofanlagen entstanden nun begrünte, zum Teil steril wirkende Freizonen und offene Vorgärten (ähnlich wie später in den Mammutsiedlungen der 60er Jahre), die der Privatisierung des Alltags Vorschub leisteten.

Ein weiteres auffallendes Merkmal der Wohnhausarchitektur des Neuen Bauens war das Wechselspiel von Differenziertheit und Uniformität im Zeichen politisch-ethisch motivierter Auffassung und relativ hohem Standardniveau in der Wohnungsausstattung.¹⁰⁸ Man war stolz auf die Gleichartigkeit (nicht Gleichheit) der Formensprache, verstanden als Ausdruck einer (für uns heute häufig fragwürdig erscheinenden) Ethik der allgemeinen Funktionalität sowohl des Kosmos als auch der menschlichen Lebenswelten.¹⁰⁹

Die soziale Komponente des Neuen Bauens drückte sich vor allem in den relativ vielen Gemeinschaftseinrichtungen der Siedlungen aus. In der Siedlung Dulsberg-Hamburg konnte man Gemeinschaftsbäder, Zentralwaschküchen, gemeinsame Dachgartenanlagen, Spielgärten, Kinderhorte und -gärten, Sportflächen etc. finden. Hinzu kamen relativ zahlreiche Einkaufsläden.¹¹⁰

Gemeinschaftshäuser oder/und Gemeinschaftsräume fehlten allerdings hier wie auch in den meisten anderen Siedlungen des Neuen Bauens (im Unterschied zu mancher im traditionellen

106 Darauf verweisen: Werkberichte, S. XXXVII; vgl. auch S. XXXIV; *Manfredo Tafuri*, Kapitalismus und Architektur. Von Corbusier's »Utopia« zur Trabantenstadt, Hamburg/Berlin 1977, S. 86.

107 Vgl. z. B. Jahrbuch der deutschen Sozialdemokratie, 1929, Reprint Berlin/Bonn-Bad Godesberg 1976, S. 495; *Berger-Thimme*, S. 139.

108 Einzelne Merkmale waren: Flachdächer, Transparenz der Baukörper, Ornamentlosigkeit, funktionalistische Grundrißgestaltung, Reduzierung auf stark vereinfachte Bauteile, Balkone, Treppenhausachsen, horizontal angeordnete Fenster- und Dachzonen. Zur Wohnausstattung gehörten: fließend warmes und kaltes Wasser, Zentralheizung, eigenes Klosett, eigene Dusche bzw. häufig sogar eine eigene Badewanne.

109 Dazu *Peter Gorsen*, Zur Dialektik des Funktionalismus heute. Das Beispiel des kommunalen Wohnungsbaus im Wien der zwanziger Jahre, in: *Jürgen Habermas* (Hrsg.), Stichworte zur »geistigen Situation der Zeit«, Bd. 2: Politik und Kultur, Frankfurt 1979, S. 692.

110 Im ersten Bauabschnitt von Dulsberg fiel sogar ein Laden auf 21 Wohneinheiten, im zweiten Bauabschnitt war das Verhältnis 1 : 55. *Hachmann*, S. 86 f., S. 114.

Baustil erstellten Genossenschaftssiedlung und im Unterschied zu den Wiener Wohnhöfen). Durch die genossenschaftsorientierte Konzeption sowie durch die soziale Interpretation der architektonischen Formensprache war das Neue Bauen in seiner Grundkonzeption etwas anderes als der später auftretende »reine« Funktionalismus. Die Bewohner/innen wurden nämlich noch als soziale Wesen begriffen, die nicht nur nach meßbaren Funktionen zu verplanen waren. Ein besonders ansprechendes Beispiel für »soziale Architektur« ist die berühmt gewordene Hufeisensiedlung Britz in Berlin, erbaut von Bruno Taut und Martin Wagner. Keineswegs ist jedoch die reale Bautätigkeit in der Weimarer Republik mit dem Architekturstil des Neuen Bauens gleichzusetzen. Im Gesamtvolumen des Wohnungsneubaus stand wahrscheinlich (Statistiken darüber gibt es nicht) nur ein kleiner Teil ganz im Zeichen des Neuen Bauens, allerdings mit einer großen publizistischen Verbreitung.¹¹¹ Es gab eine Reihe von konservativen Architekten, die sich bewußt von der neuen Architekturrichtung fernhielten und ostentativ die Formensprache des Neuen Bauens, vor allem das Flachdach, ablehnten (Beispiel: Fischtalgrund-Berlin; Borstei-München). Das Gros der Neubauten aus der Weimarer Zeit zeichnet sich hingegen dadurch aus, daß mehr oder weniger viele Stilelemente des Neuen Bauens übernommen wurden und sich auf diese Weise gewisse, häufig regional-spezifische Mischformen entwickelten.¹¹²

Charakteristisch dafür ist beispielsweise die architektonische Mischform in Hamburg geworden. Obwohl unter der Führung von Fritz Schumacher (1869—1949), dem Leiter des Hochbauwesens, die strengeren Linien des Neuen Bauens gegen Ende der Weimarer Zeit auch dort eher zu- als abnahmen (vgl. vor allem die Jarrestadt in Winterhude), so bewegten sich insgesamt gesehen die Hamburger Bauformen zwischen traditionalistischen Heimatstilelementen, expressionistischen Ausdrucksformen und den Grundprinzipien modernen funktionalistischen Bauens. Diese eigenartige Mischung der Baustile stieß offensichtlich auf Zustimmung in der Bevölkerung, vor allem soweit es sich um Klinkerbau handelte. Allerdings achtete man in Hamburg darauf, daß die Bauweise der großen Siedlungen relativ einheitlich und der sozialhygienische Standard eingehalten wurde. Die architektonische Formensprache selbst war von zweitrangiger Bedeutung.

Kam es also in der Realität zu weit verbreiteten Mischformen von modernem und traditionalistischem Bauen, so zeichnete sich der neue Architekturstil dadurch aus, daß er selbst einem permanenten Wandel unterworfen war. Entscheidende Bewegungsmotoren waren zum einen die Rationalisierung und zum anderen die wirtschaftliche Gesamtentwicklung der Weimarer Zeit, die in der Großen Krise von 1929 ff. gipfelte.

Rationalisierung hieß die Herausforderung der Zeit.¹¹³ Von zentralen Produktionsbranchen

111 Werkberichte, S. XXXXI.

112 Aus einer Rundfrage des Jahres 1927 geht hervor, daß für größere geschlossene Siedlungen eine Typisierung der Bauteile allgemein durchgeführt wurde. Seltener hingegen gab es flache Dächer und eine kubische Bauweise. Der Plattenbau war nicht verbreitet; dagegen herrschte Ziegelbau vor. In Vorort- und Außengebieten dominierte der offene bzw. halboffene Flachbau, im Stadtgebiet der geschlossene Hochbau, in: Landesarchiv Berlin, Akten des Deutschen Städtetages, 142/Stb 3711.

113 Bekanntlich setzten seit dem Jahre 1924 (nicht zuletzt aufgrund der Währungsstabilisierung und des auslandskreditbringenden Dawes-Plans) Rationalisierungsbestrebungen in der deutschen Wirtschaft ein, die hinsichtlich ihrer Intensität und Breitenwirkung neu waren. Die Rationalisierung erstreckte sich sowohl auf Veränderungen des Produktionsablaufes (Arbeitsteilung, Einführung des Fließbandes) als auch auf Zusammenschlüsse der Betriebe u. a. m. Durch Rationalisierung sollten die Produktivität und Rentabilität erhöht, außerdem zugleich Deutschland wieder zur wirtschaftlichen Großmachtstellung verholfen werden.

ausgehend, griff sie auf andere wirtschaftliche und gesellschaftliche Sektoren über. Sie beeinflusste stark das Bewußtsein der Zeitgenossen. Auch Sozialdemokraten und Gewerkschafter konnten und wollten sich diesem Trend nicht verschließen. Sie versuchten, der Rationalisierung einen für die Ziele der Arbeiterbewegung produktiven Sinn zu verleihen.¹¹⁴ Hinsichtlich des Wohnungsbaus glaubten Sozialdemokraten und progressive Architekten, daß mit der Rationalisierung das »Ei des Kolumbus« gefunden worden sei.¹¹⁵ Sie hofften nämlich, das Kernproblem, die große Diskrepanz zwischen kostendeckenden Mieten und sozial verantwortbaren Mietsätzen, auf diese Art zu lösen und so die unterschiedlichen gesellschaftlichen Interessen zu harmonisieren bzw. gesellschaftliche Struktureingriffe auf diesem Gebiet überflüssig zu machen. Heute wissen wir, daß diese Hoffnung trag, wenngleich im Falle der Nicht-Rationalisierung die Probleme im Wohnungsbau noch größer gewesen wären.

Die Rationalisierung, von der im Jahre 1927 gegründeten »Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen« vielfach unterstützt, bedeutete damals konkret vor allem die Verbreitung und Weiterentwicklung der Normierung und Typisierung von Einzelteilen. Hinzu kamen die besonders in Frankfurt vorangetriebenen Pioniervorhaben hinsichtlich der Industrialisierung des Bauens mittels vorfabrizierter Teile (Skelettbau, Baukastensystem)¹¹⁶, die Zerlegung des Bauablaufs (gemäß den Prinzipien des Taylorismus) in einzelne Arbeitsschritte sowie die Einführung einer Art Fließarbeit bei der Montage der Bauteile.¹¹⁷ Rationalisierung im Wohnungsbau bedeutete aber noch mehr: Es ging damals auch darum, die Baukosten (und damit die kostendeckenden Mieten) durch Verbilligung des Bauens (Uniformisierung, Vereinfachung, Weglassen) zu senken. Die Architektur des Neuen Bauens veränderte sich in Richtung eines »reinen« (überspitzten) Funktionalismus: Der weiße Quader wurde zum Kasten, aus Einfachheit wurde Billigkeit. »Rechnender Rationalismus schloß Phantasie, Spiel, schloß Individualität nun gänzlich aus.«¹¹⁸ Aus dem politisch-

114 Die Warnungen des Austromarxisten Otto Bauer vor Fehlrationisierungen, die aus kapitalistischen Verwertungsinteressen entstehen würden, wurden in Deutschland nicht rezipiert. Die Rationalisierung wurde Bestandteil der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Reformstrategie in der Weimarer Zeit. Eingebunden in das Konzept der »Wirtschaftsdemokratie«, wurde sie als Fortschritt der gesellschaftlichen Entwicklung begriffen und deshalb im Prinzip begrüßt.

115 So setzte beispielsweise der sozialdemokratische Minister Wissell seine ganze Hoffnung auf die Rationalisierung des Wohnungsbaus. *Bauwelt*, Jg. 19, 1928, H. 29, S. 662. Man muß allerdings unterscheiden zwischen etatistisch-zentristisch orientierten SPD-Gruppen, die sich auf ein globales Technologieprogramm hin orientierten, und jenen Gruppen in der SPD, die mehr genossenschaftlich ausgerichtet waren und versuchten, neue Zellformen einer alternativen Gesellschaft auszuprobieren. Letztere hatten jedoch wegen der Kräfteverteilung in der Partei und wegen der ungünstigen gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen nur relativ geringe Entwicklungschancen. Vgl. *Uhlig*, Stadtplanung, S. 59.

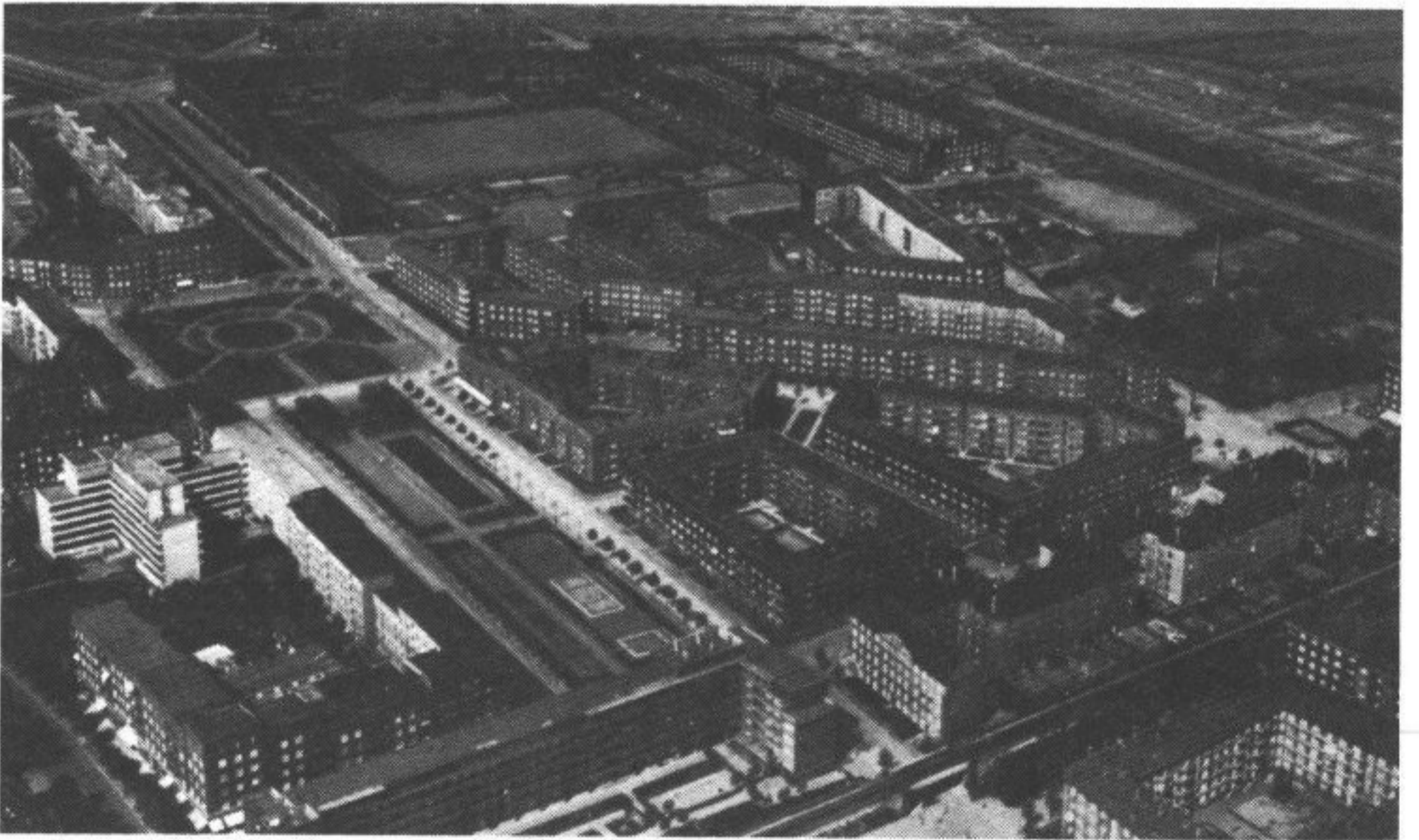
116 Frankfurt hat die Rationalisierung der Bauwirtschaft auf Betreiben des Stadtbaurates Ernst May besonders weit geführt. Vgl. z. B. *Wilhelm*, S. 76 f.

117 Gropius half selbst bei einem solchen Versuch in Dessau-Törten 1927/28 mit. Für ihn war die Rationalisierung ein positiv zu bewertendes Ergebnis der Vernunft. Vgl. ebda., S. 78 f.

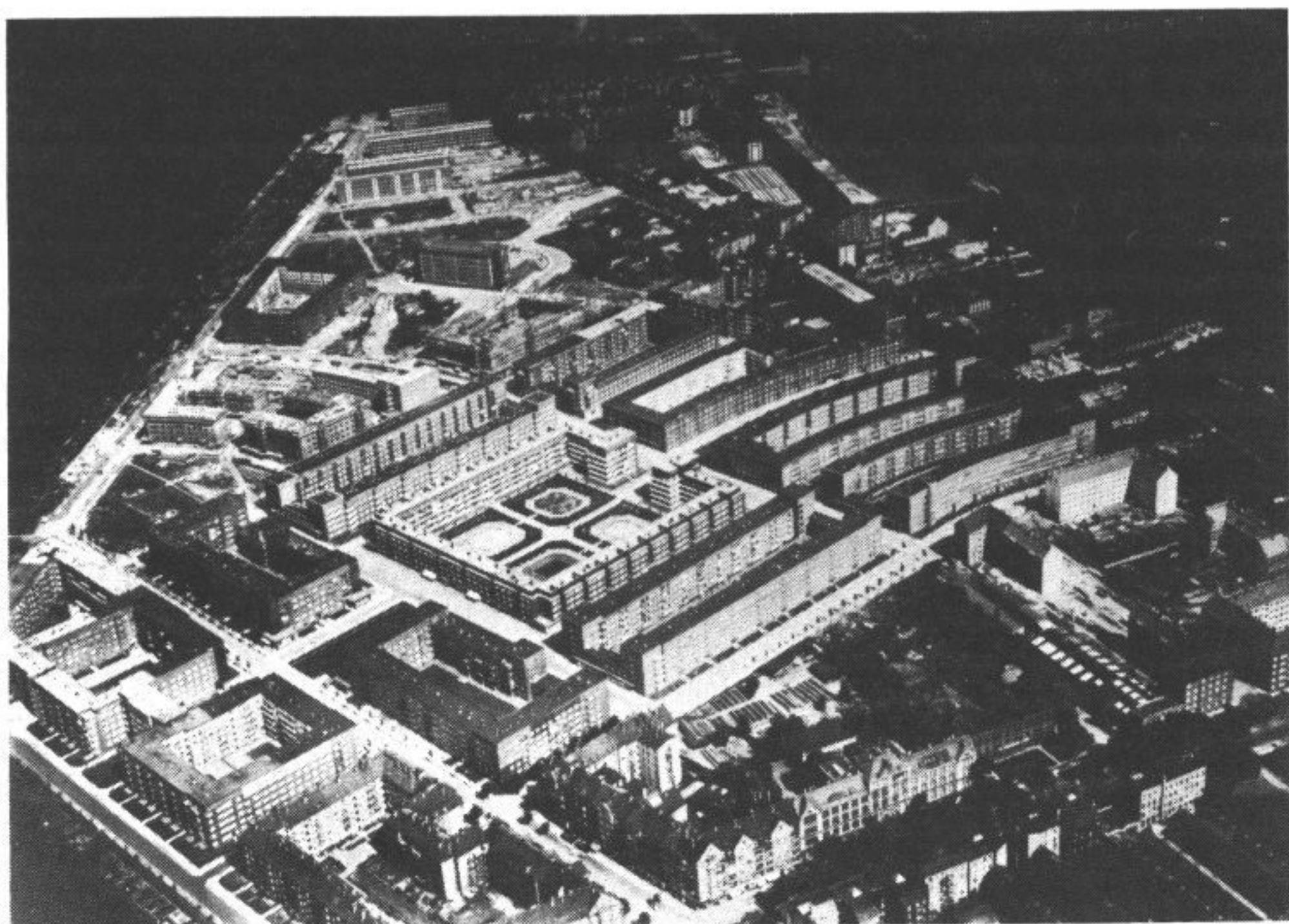
118 *Heinrich Klotz*, Das Pathos des Funktionalismus. Berliner Architektur 1920 bis 1930, o. O., o. J. [Berlin 1974], S. 10 ff. Die Veränderungen in der Architektur vollzogen sich nicht abrupt, sondern prozeßartig, wobei es zur Gleichzeitigkeit unterschiedlicher architektonischer Formensprachen *innerhalb* der modernen Baukunst kam. Erst mit der Wirtschaftskrise wurde die architektonische Entwicklung in die Eindeutigkeit getrieben (soweit sie nicht gänzlich von vorstädtischen Kleinhaussiedlungen abgelöst wurde). Bleibt noch anzumerken: Ausgerechnet hieran knüpfte die bundesrepublikanische Architektur der 60er Jahre an!



Kleinhaussiedlung Langenborn, Hamburg (1919—1921)



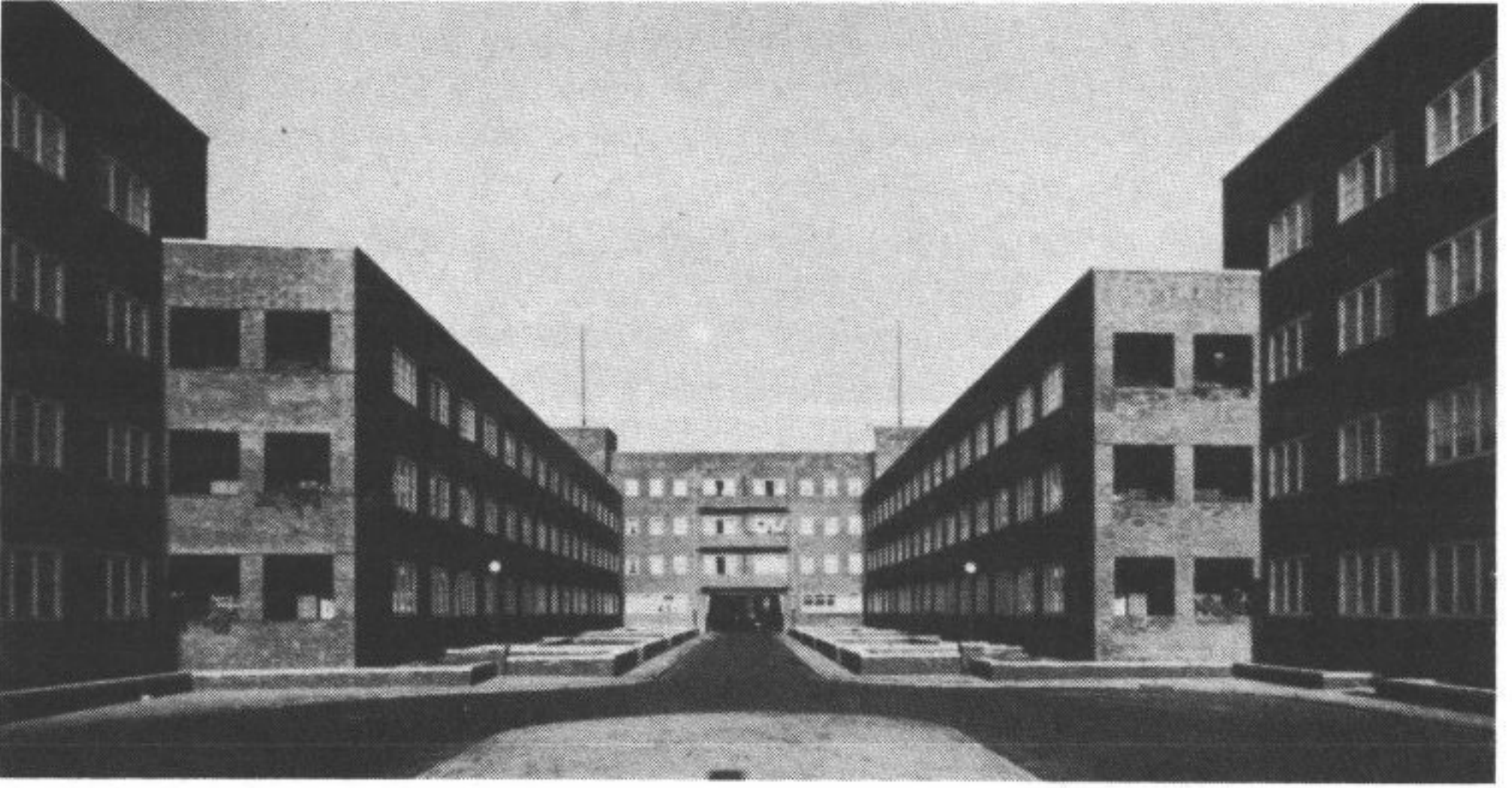
Barmbek-Nord in Hamburg, Luftaufnahme (1932)



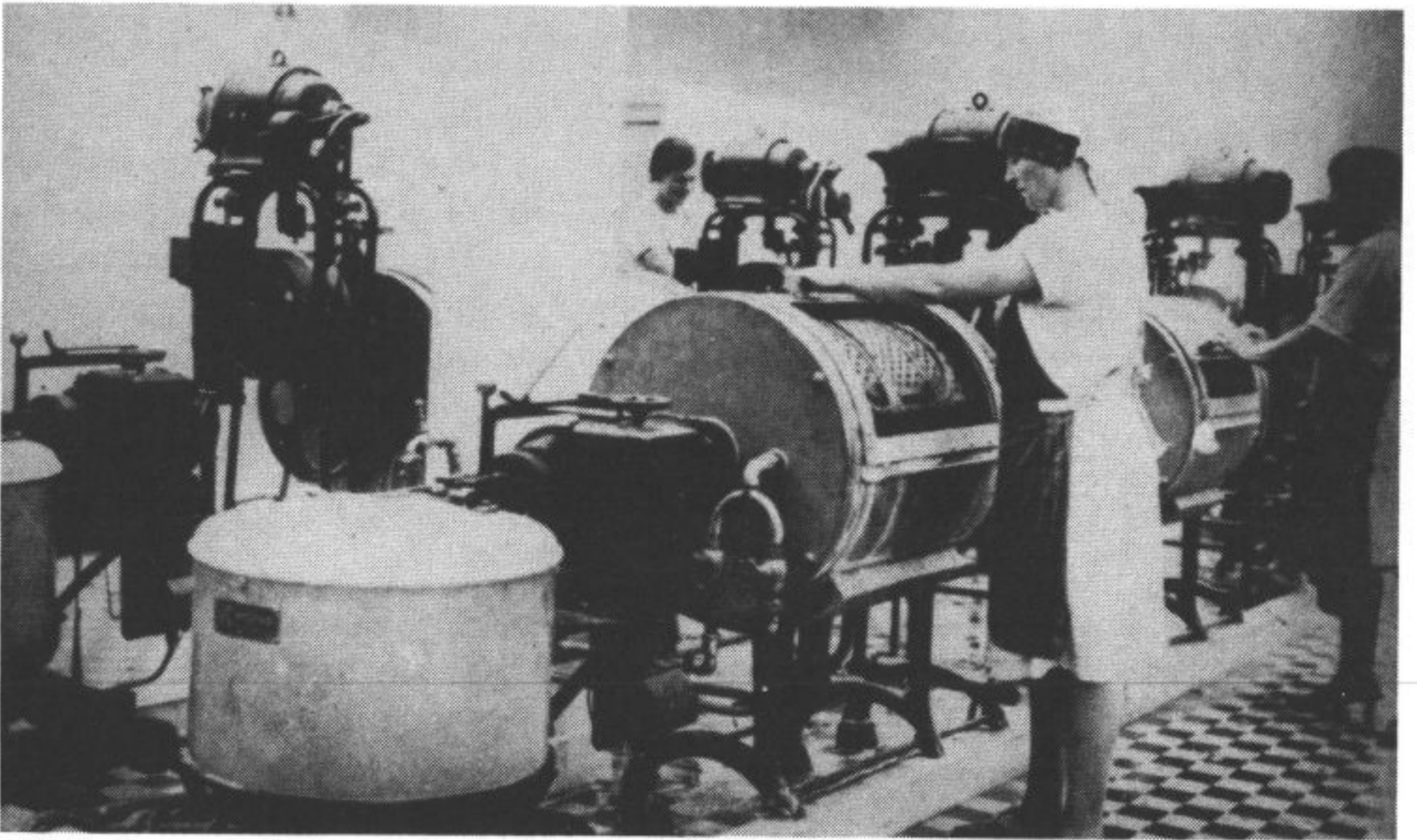
Jarrestadt in Hamburg, Luftaufnahme (1930)



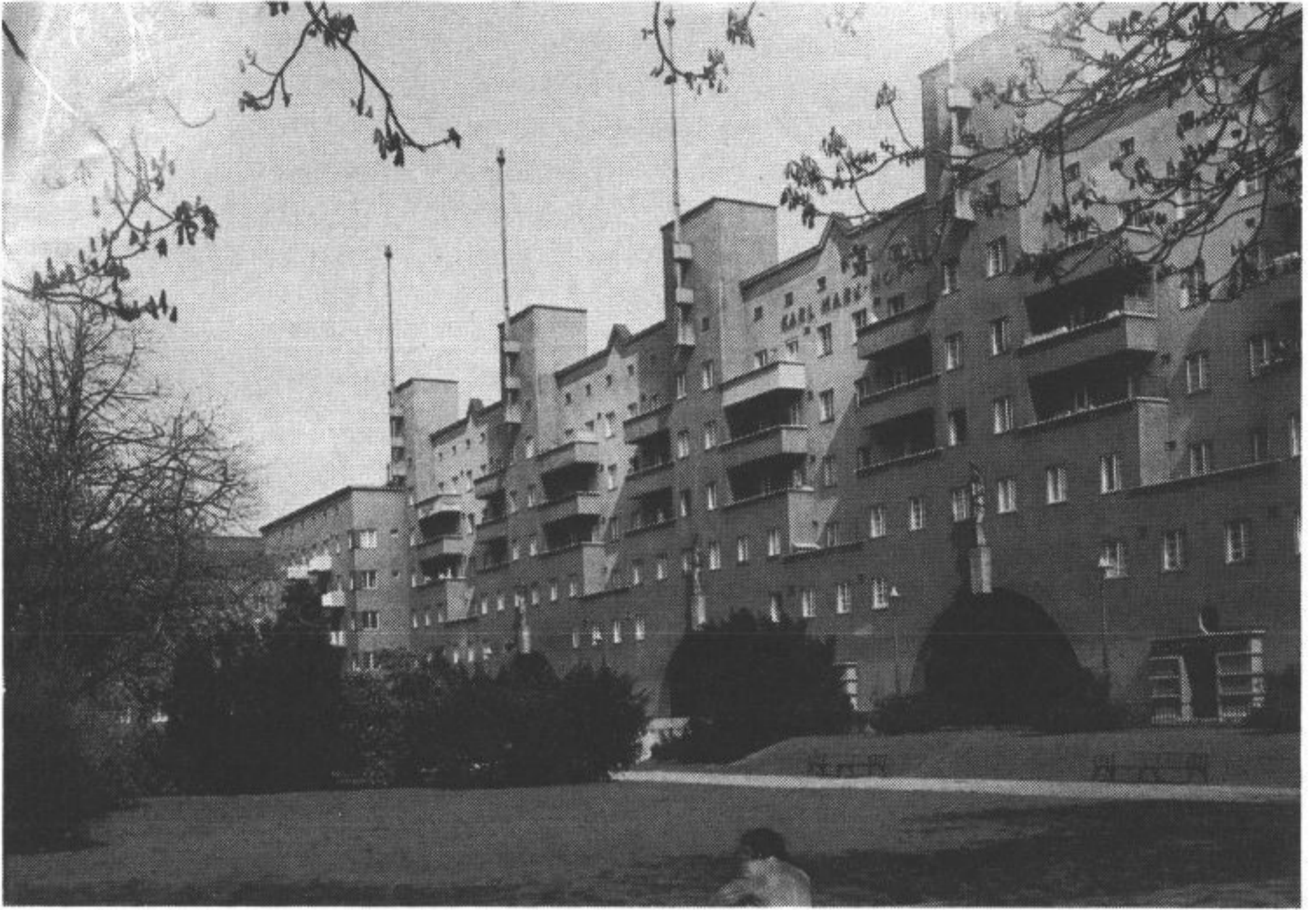
Otto-Stolten-Hof, Jarrestadt in Hamburg (1928/29)



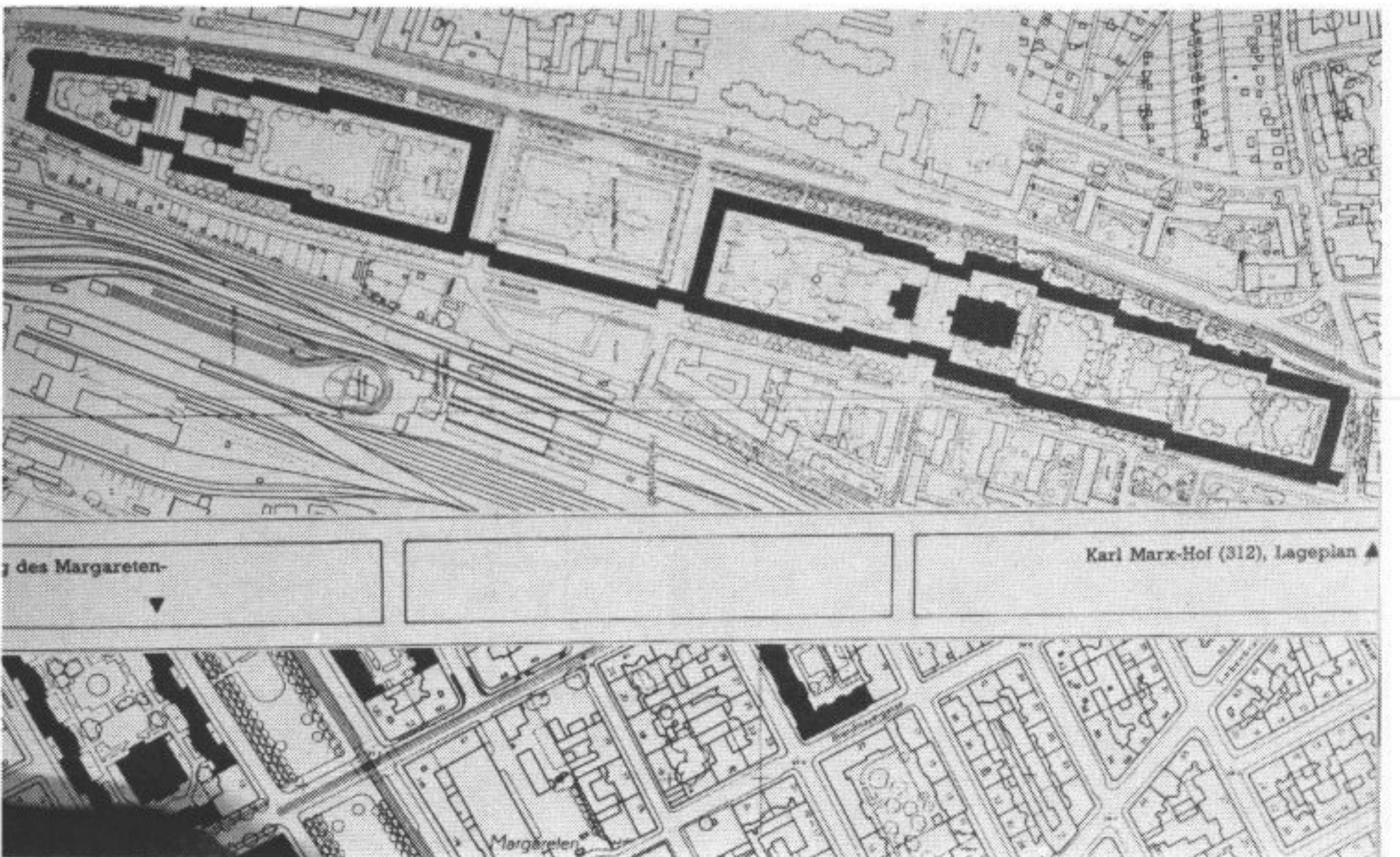
Friedrich-Ebert-Hof in Altona (1929)



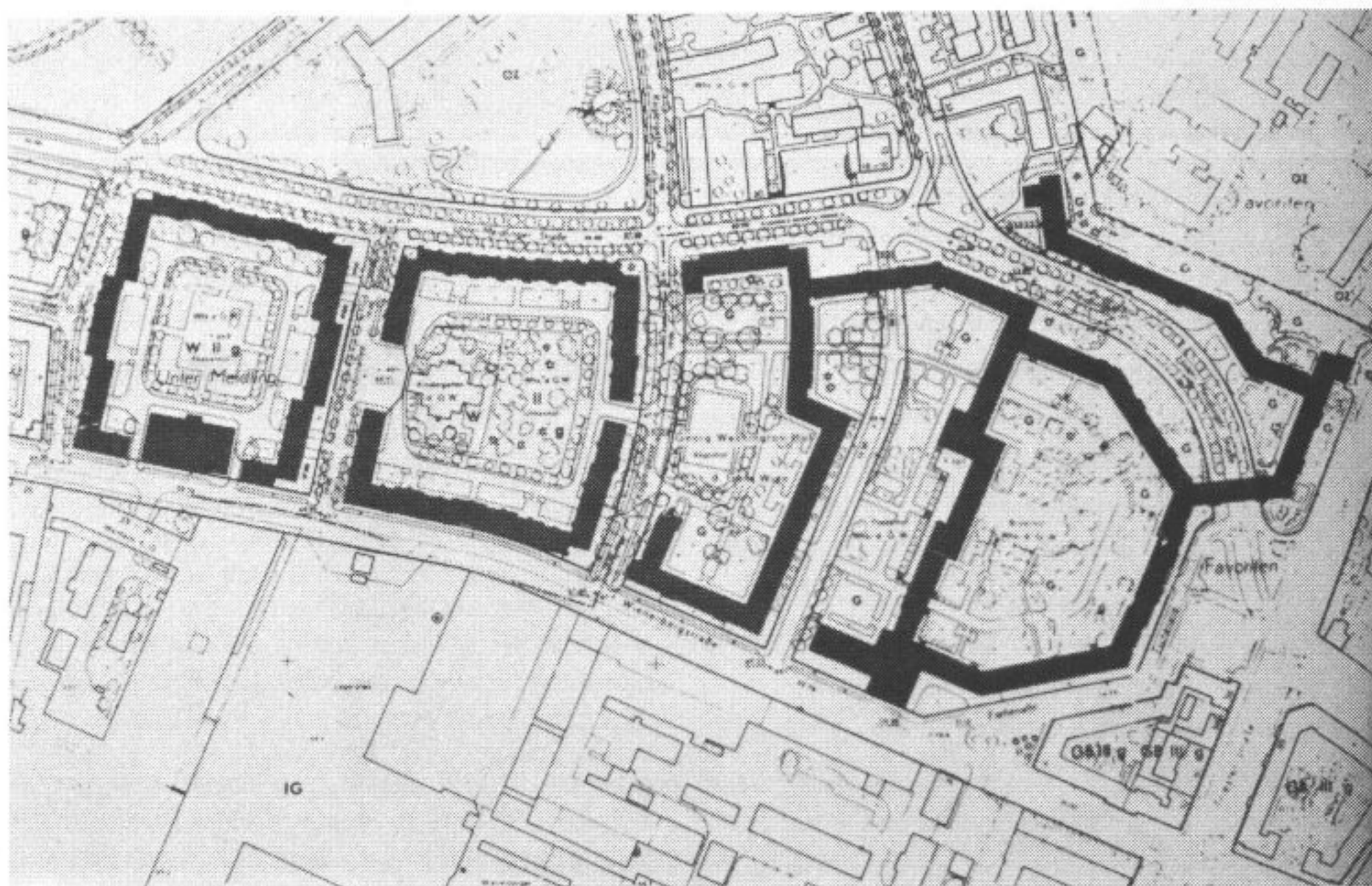
Gemeinschaftswaschküche im Friedrich-Ebert-Hof in Altona (1928)



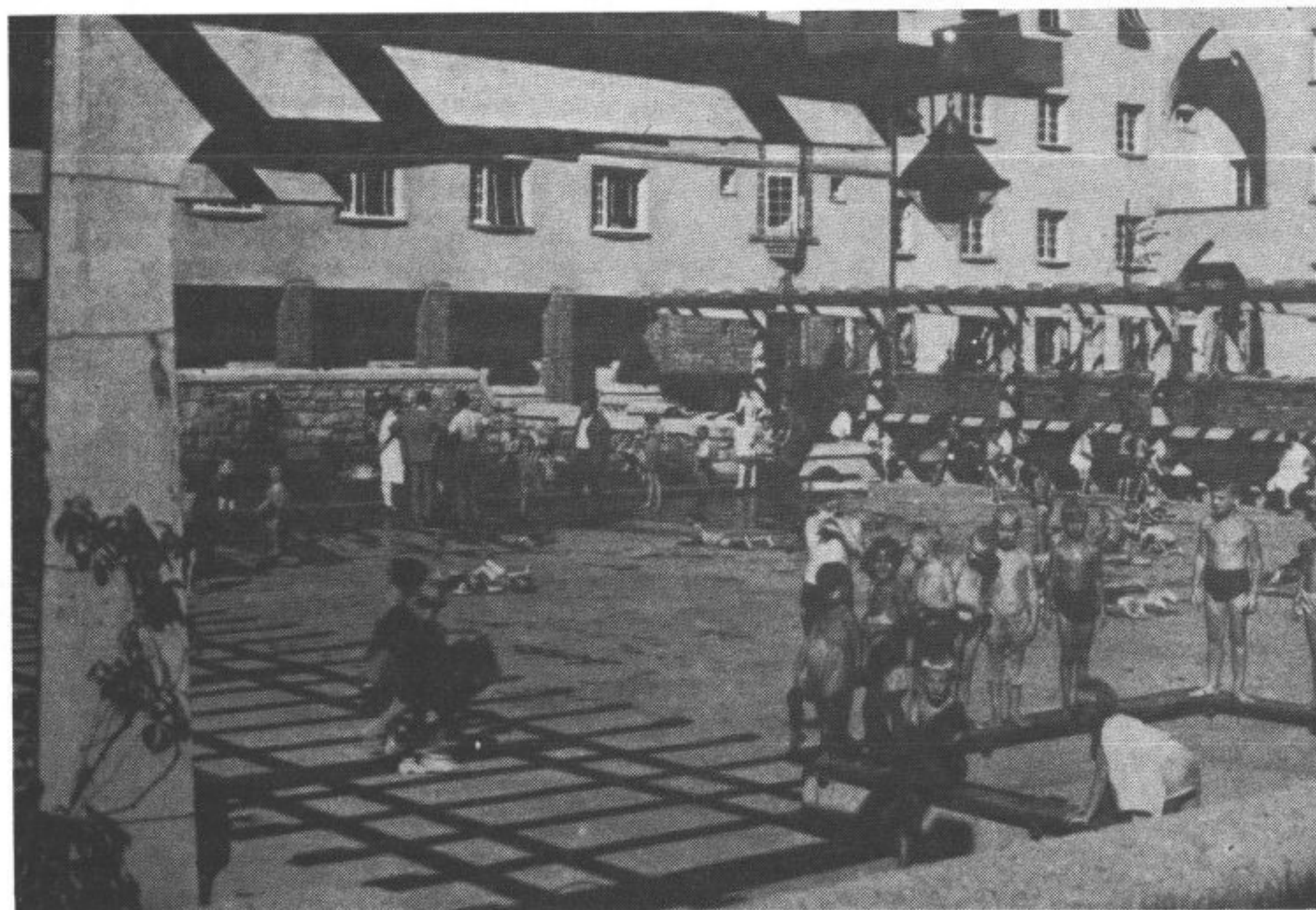
Karl-Marx-Hof in Wien



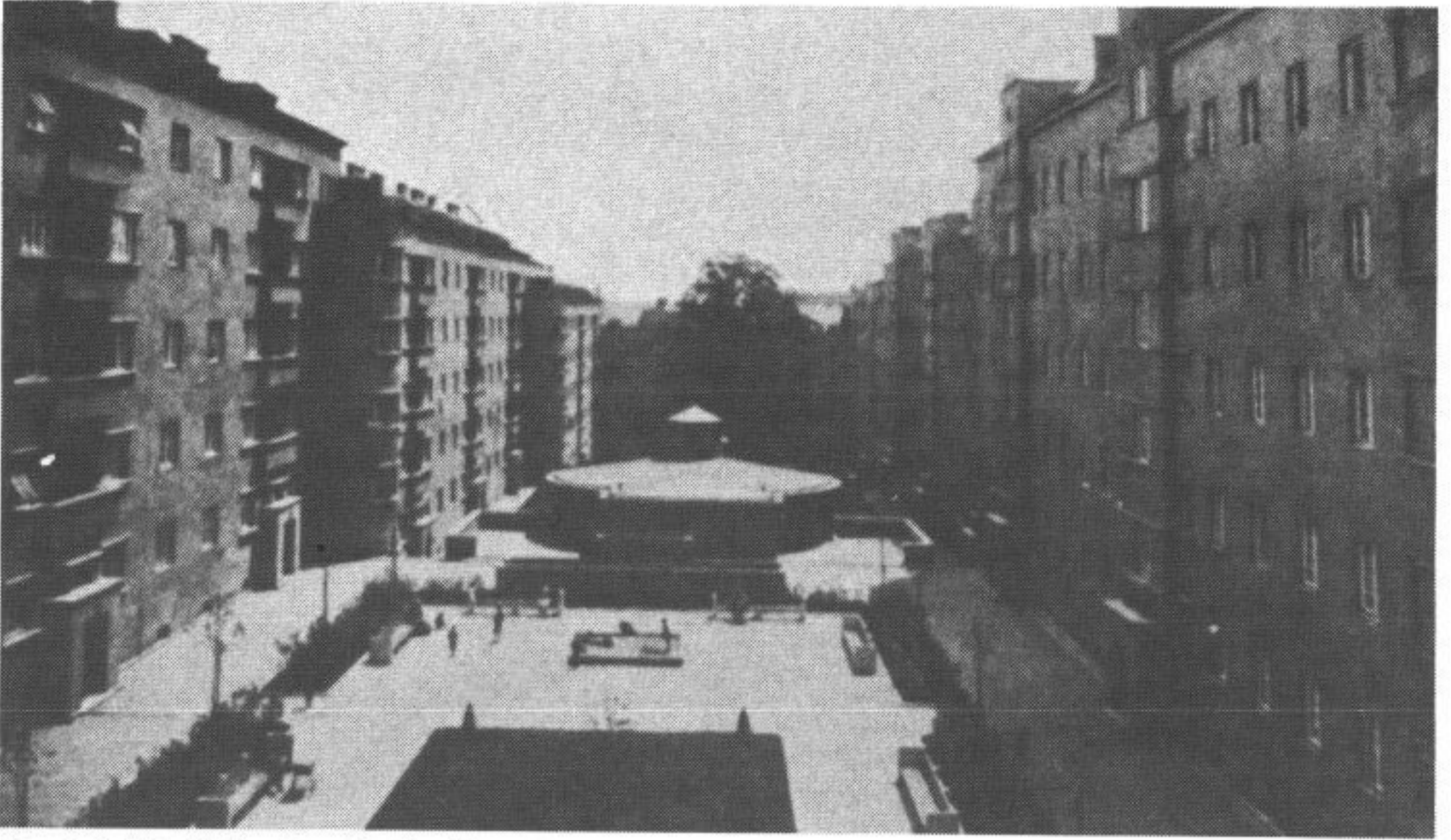
Grundriß vom Karl-Marx-Hof in Wien



Grundriß vom George-Washington-Hof in Wien



Rabenhof in Wien: Kinderfreibad um 1930



Lindenhof in Wien: Innenhofansicht



Lindenhof in Wien: Kindergarten



Winarsky-Hof in Wien mit Lassalle-Denkmal und Konsumladen



Sandleitenhof in Wien: Bücherei

ethischen Funktionalismusprinzip der Anfangszeit, das immer auch eine soziale Komponente aufwies, wurde ein utilitaristischer Funktionalismus. Die Widersprüche zwischen der nach außen zum Ausdruck gebrachten Gleichheit des Wohnens und den auf krasser Ungleichheit beruhenden allgemeinen Strukturen im Produktions- und Reproduktionsbereich blieben ausgeblendet. Funktionalität und Rationalisierung wurden verabsolutiert und gingen eine Symbiose mit Kumulationseffekten ein, die zu einer Austrocknung der sozialen Komponenten des Neuen Bauens führte.¹¹⁹ Während die Sozialdemokraten diesen in der Praxis eher schleichend vorangegangenen architektonischen Veränderungsprozeß diskussionslos hinnahmen, zeigten sie sich betroffen¹²⁰, als es auch noch an die Verkleinerung der Wohnungsgrundrisse ging. Sie hatten nämlich gehofft, durch weitreichende Rationalisierung eine solche als Rückschritt angesehene Entwicklung vermeiden zu können.¹²¹

Die Sozialdemokraten standen jedoch mit ihren diesbezüglich vorgetragenen Bedenken auf verlorenem Posten. In den neuen Reichsrichtlinien zur »zusätzlichen« Förderung des Wohnungsbaus vom Jahre 1930 (bei gleichzeitiger starker Reduzierung des *alten* Förderungsprogramms) wurde der Bau von Kleinstwohnungen im Ausmaß von 32—45 qm (für Familien mit Kindern bis 60 qm) zur zukünftigen Norm erklärt.

Die Architekten waren schon auf dem Congrès International d'Architecture Moderne im Jahre 1929 auf die neue Linie eingeschwenkt. In diese Zeit fiel also die Geburtsstunde der »Wohnung für das Existenzminimum«, der »Wohnkabinen« und »Wohnmaschinen«. Im übrigen blieb es nicht bei einer Verkleinerung der Wohnungsgrundrisse: In Hamburg »zonte« man auch wieder etwas höher, und statt des »Zweispänners« kam erneut der »Dreispanner« auf.¹²²

Unter Beschuß gerieten auch die Gemeinschaftseinrichtungen. Die Hamburger Beleihungskasse war von jeher gegenüber solchen Kollektiveinrichtungen zurückhaltend gewesen.¹²³ Nun, in der Krise, sah man die Gelegenheit für eine Wende. Auf Gemeinschaftseinrichtungen wurde fortan verzichtet. (Selbst die Zentralheizung stellte man erneut in Frage.) Der angegebene Grund war immer der gleiche und in der sich verschlechternden Wirtschaftssituation schwer angreifbar: Es gehe vorrangig um eine Senkung der Kosten! Doch dahinter verbarg sich mehr. Was man vor 1933 noch nicht so ohne weiteres auszusprechen wagte, kam nach der Machtübernahme Hitlers zum Vorschein: Die Gemeinschaftseinrichtungen in Hamburg wurden nun verunglimpft, sie seien nicht nur zu aufwendig und zu teuer, sondern sie würden auch dem Zwecke dienen, die Familie in frevelhafter Weise durch kollektive Gemeinschaften zu ersetzen.¹²⁴ Grund genug, davon endgültig Abstand zu nehmen. So war man bereit, zumindest teilweise gerade das aufzugeben, »was seit 1918 als epochaler Fortschritt gepriesen worden war«.¹²⁵ Allerdings muß auch gesagt werden, daß die fundamentalen gesundheitlichen Anforderungen an Licht, Luft und Sonne für die Bewohner/innen nach wie vor erfüllt wurden.

119 Vgl. *Uhlig*, Kollektivmodell, S. 111. Diesen Fragen widmet sich innerhalb des Projekts Thomas Dierich.

120 So z. B. im Reichstagsausschuß für das Wohnungswesen; vgl. *Soziale Bauwirtschaft*, Jg. 9, 1929, Nr. 11, S. 175, 185.

121 So vor allem Martin Wagner; vgl. *Günter Uhlig*, Sozialisierung und Rationalisierung im »Neuen Bauen«, in: *Arch+*, Jg. 10, 1978, H. 45, S. 7.

122 *Hipp*, Wohnstadt, S. 18.

123 *Ebda.*, S. 22.

124 So *Hans Gerlach*, in: *Deutsche Bauzeitung*, Jg. 67, 1933, S. 339; vgl. *Hipp*, Wohnstadt, S. 22.

125 *Ebda.*, S. 17.

Insgesamt gesehen verringerten sich die Handlungsspielräume für Sozialdemokraten und progressive Architekten mit der beginnenden Verschlechterung der Wirtschaftssituation massiv. Das Kernproblem bestand nicht darin, daß die Architekten durch die widrigen Umstände der Wirtschaftskrise gezwungen waren, Rückschritte hinsichtlich der schon erreichten Wohnkultur in Kauf zu nehmen; problematisch war vielmehr, daß Architekten diese Rückschritte im Wohnungsbau meist ohne jegliche gesellschaftspolitische Kritik einfach so akzeptierten¹²⁶ und darüber hinaus teilweise sogar die Veränderungen mit positivem Inhalt zu füllen versuchten. Gropius und May sprachen nämlich von der neuen »Wohnkabine« und »Wohnmaschine« als einem neuen Leitbild — im positiven Sinne! Der Funktionalismus wurde verabsolutiert. Die berühmte »Charta von Athen« (1933), in der ebenfalls eine kritische Analyse der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse bezeichnenderweise fehlte, setzte in diesem Sinne vorgeblich unpolitische allgemeingültige Regeln der Architektur. Geflissentlich übersah man die negativen sozialen Wirkungen, die sich einstellen mußten, sobald die moderne Architektur ihrer sozial-kollektiven Komponenten entkleidet und auf die Befriedigung der Grundfunktionen »genormter Kleinfamilien« beschränkt wurde.¹²⁷

2. Die Wiener Bauweise

Hatte man sich schon in Hamburg zeitweise damit begnügt, »nur« Teile des Neuen Bauens zu übernehmen — Hamburg ist also als Beispiel für eine Architektur des Neuen Bauens nicht sehr geeignet —, so kümmerte man sich in Wien um das, was international als modern und fortschrittlich galt, noch weniger. Ähnlich wie die Kommunalpolitiker in Hamburg (aber im Unterschied beispielsweise zu denen in Frankfurt) vermied auch die Wiener Stadtverwaltung den Bau von Trabantenstädten, weit weg von der City.¹²⁸ Statt dessen versuchte man in Wien (ähnlich wie in Hamburg) gezielt, die vorhandenen größeren Baulücken im (äußeren) Stadtgebiet mit Neubauten zu füllen und die dort schon existierende städtische Infrastruktur zu nutzen. Die errichteten Wohnanlagen sollten sich — ähnlich wie dies auch für Hamburg festzustellen ist — in die Umgebung gut einfügen, aber dennoch ihre architektonische Selbständigkeit behaupten. Man entschied sich in Wien für eine großzügige Blockbebauung. Zum dominierenden Kennzeichen wurden die großen Eingangsportale bzw. Durchfahrten zu den weiträumigen Hofanlagen.¹²⁹

Trotz der Entwicklung eigenständiger architektonischer Ausdrucksformen war der Baustil nicht einheitlich und harmonisch, sondern zum Teil traditionalistisch, zum Teil modernistisch. Eklektizistische Elemente fehlten nicht. Die Monumentalität erinnerte an Volksburgen (»Volkswohnungspaläste«). Von Flachdächern wurde abgesehen; ähnlich wie in Hamburg dominierte die Ziegelbauweise.¹³⁰

126 Einige Architekten betonten allerdings den Provisoriumscharakter der Kleinstwohnungen und hofften, daß diese später zusammengelegt werden könnten.

127 Dazu siehe: *Gorsen*, passim; *Schubert*, S. 12 f., vgl. auch S. 140; *Hipp*, Wohnungen, S. 16; *Helmut Böhme*, Stadtgestalt und Arbeitswelt, in: *Archiv*, Jg. 16, 1984, H. 75/76, S. 41.

128 Die Christlich-Sozialen forderten demgegenüber gartenstadtähnliche Siedlungen außerhalb der Stadt (vermutlich nach deutschem Vorbild). *Schweitzer*, Wohnungspolitik, S. 26.

129 Während die Bebauungsdichte bei den früheren Mietskasernen 85 Prozent ausmachte, reduzierte sich diese in den 20er Jahren auf unter 50 Prozent; der Karl-Marx-Hof war nur zu 18 Prozent bebaut. *Hautmann/Hautmann*, S. 140.

130 Dazu siehe z. B.: *Wulz*, Bd. 2, S. 460, 507 f., 516, 495; *Gorsen*, S. 696; *Hautmann/Hautmann*, S. 203, 205.

Tab. 2: Größe und Aufteilung der Neubauwohnungen in Wien

vor 1927:

Typ 1: 38 qm (Wohnküche, Zimmer, Vorraum, Abort)

Typ 2: 48 qm (Wohnküche, Zimmer, Kabinett, Vorraum, Abort)

seit 1927:

Typ 1: 21 qm (Zimmer, Vorraum, WC) für Ledige

Typ 2: 40 qm (Wohnzimmer, Küche, Kabinett, Vorraum, WC)

Typ 3: 49 qm (Wohnzimmer, Küche, 2 Kabinette, Vorraum, WC)

Typ 4: 57 qm (2 Zimmer, Küche, Kabinett, Vorraum, WC)

Quelle: Hautmann/Hautmann, S. 141 f.

Tab. 3: Wohnungen in Neubauten Hamburgs nach der Zimmerzahl

Jahr	Zahl der Wohnungen durch Neubau ³	Davon Wohnungen mit ... Zimmern ¹								
		1	2	3	4	5	6	7 und 8	9 und 10	über 10
1925	2895	59	402	1143	780	361	52	68	21	9
1926	4019	45	867	1919	739	346	59	27	11	6
1927	7406	153	2657	3215	905	356	65	36	18	1
1928	8960	167	3860	3529	903	363	61	37	36	4
1929	10769	449	4938	4107	889	259	83	29	12	3
1930	11165	394	5268	4425	809	170	99 ²	.	.	.

1 Ohne Zählung der Küche. — 2 6 und mehr Zimmer. — 3 Die Zahlen differieren etwas von jenen Zahlen über »beendete Neubauten zu Wohnzwecken«, die der Tabelle 1 zugrunde liegen.

Quelle: Statistisches Jahrbuch für die Freie und Hansestadt Hamburg 1929/30, hrsg. vom Stat. Landesamt, Hamburg 1930, S. 134; Aus Hamburgs Verwaltung und Wirtschaft. Jg. 9, 1932, Nr. 12, S. 8.

Von einer Rationalisierung um jeden Preis hielt man in Wien wenig. Die Bauausführung blieb in eher traditionellen Bahnen stecken, handwerkliches Qualitätsbewußtsein wurde — wie in Hamburg — hochgehalten.

Der Großteil der Wiener Gebäude wies drei bis fünf Stockwerke auf; im Durchschnitt waren also die Häuser höher als die im Stile des Neuen Bauens errichteten. Die von den Innenhöfen erreichbaren Wohnungen waren auffallend klein, die meisten (75 Prozent) umfaßten nur 38 m². Nach 1927 wurden vermehrt größere Wohnungen (zwischen 50 und 60 m²) gebaut. Während man in Hamburg zunächst häufig relativ große Wohnungen erstellte (meist über 50 m²), um dann unter dem Druck der sich verschlechternden Verhältnisse in den späten 20er Jahren heranzugehen, die Wohnungen zu verkleinern, beschritt man in Wien demnach den umgekehrten Weg. Allerdings blieben die Wohnungen *stets* (im Vergleich zu den deutschen Wohngrundrissen) verhältnismäßig klein. Dies wurde dadurch kompensiert, daß auf die Gemeinschaftseinrichtungen — gerade im Hinblick auf Quantität und Vielgestaltig-

keit — noch bedeutend größerer Wert gelegt wurde, als dies in den deutschen Siedlungen meist der Fall war.¹³¹

Die Wiener Bauweise hat seit ihrer Entstehungszeit zahlreiche Kritik erfahren. Kritiker waren nicht nur konservative Politiker, die in diesen Bauten verwerfliche Trutzburgen einer sich angeblich radikalierenden Arbeiterbewegung sahen, sondern sie kamen auch aus den Reihen der Verfechter des Funktionalismus.¹³² Mit der Krise des Funktionalismus wurde jedoch das negative Urteil über die Wiener Architektur fragwürdig.¹³³ Man begann, die häufig beklagte bautechnische und künstlerische Rückständigkeit der Wiener Bauten in mehrerlei Hinsicht als »funktionaler« zu betrachten »als die Radikalität des Funktionalismus«.¹³⁴ Man gewann einen neuen Zugang zur architektonischen Formensprache der Vielfältigkeit, Widersprüchlichkeit, Spannungsgeladenheit, Gebrochenheit bzw. Inkohärenz und damit zu der Architektur der Wiener Wohnhöfe. Wurden hier nicht die alltäglichen Widerspruchserfahrungen der Menschen produktiv verarbeitet?

VII. RAUM UND ALLTAG

Im folgenden wird — vom Sozialcharakter des Raumes ausgehend — ansatzweise untersucht, wie sich räumliche Strukturen auf das Alltagsleben der Bewohner ausgewirkt haben konnten, welche Möglichkeiten die Neubauviertel den darin wohnenden Menschen zur Entfaltung und Befriedigung ihrer individuellen und gemeinsamen Interessen und Bedürfnisse im Alltag boten und ob bzw. gegebenenfalls in welchen Formen diese Möglichkeiten von den Bewohnern genutzt wurden. Dabei sollen auch die räumlichen und sozialen Strukturdefizite und ihre Auswirkungen auf das Alltagsleben aufgezeigt werden.¹³⁵

1. Konsumtion und Erziehung

Hinsichtlich der Planung und Entstehung der neuen Wohnviertel sowohl in den deutschen Großstädten als auch in Wien ist auffallend, daß die zukünftigen Mieter (wie eh und je) als

131 Vor allem sind hier die Club- und Versammlungsräume sowie die Werkstätten zu nennen. Es gab zwar relativ wenige Läden, weil die Einkaufsmöglichkeiten in den Vierteln relativ günstig waren; auch fehlten meist Gaststätten (»Brutstätten des Alkoholismus«); dafür aber fand man in den neuen Wohnblocks Tuberkulose-Beratungsstellen, Zahnkliniken, Mütterberatungsstellen, Krankenkassenbüros, Postämter, Ambulatorien, Schulen, Ämter, Feuerwachen.

132 Über die zeitgenössischen Kritiker (z. B. Martin Wagner) siehe *Schweitzer*, Wohnungs- und Siedlungsbau, S. 355 f.

133 Vgl. dazu *Gorsen*, S. 691.

134 *Novy*, Gemeindewohnungsbau, S. 17; vgl. *Gorsen*, S. 688.

135 Aus der Tatsache, daß die Bewohner meist gerne in den Neubauvierteln wohnten (soweit die Quellenüberlieferung reicht), lassen sich wenige Schlußfolgerungen ziehen, denn die Aussagen müssen vor allem vor dem Hintergrund gesehen werden, daß die Wohnungen viel besser ausgestattet waren als jene, aus denen die Mieter kamen. So verfügten nur 11 Prozent der untersuchten Wiener Industriearbeiterfamilien in den 20er Jahren über eine Wohnungsausstattung, wie sie in den Wiener Gemeindebauten gegeben war. *Dieter Langewiesche*, Politische Orientierung und soziales Verhalten. Familienleben und Wohnverhältnisse von Arbeitern im »Roten« Wien der Ersten Republik, in: *Niethammer* (Hrsg.), S. 178; vgl. auch *Frei*, S. 96 ff., 116 f. Für die deutschen Siedlungen gilt ähnliches.

reine Konsumenten angesehen wurden. Trotz allem Reformeifer kam es in diesem Bereich zu keinen Neuerungen. Man gestand den Mietern keine Möglichkeit der Mitgestaltung zu, auch dort, wo die Träger den Organisationen der Arbeiterbewegung nahestanden (Ausnahme: baugenossenschaftliche Siedlungen). Es handelte sich um eine »(Wohnungs-)Reform von oben«. Bedürfnisse der Bewohner, die über die Standards der Sozialhygiene und Gesundheit hinausgingen, interessierten die großen Architekten der Moderne nicht. Als man einmal doch danach fragte, wurde das Dilemma deutlich: Walter Gropius entwarf im Jahre 1929 Pläne für eine Großsiedlung von 20 000 Einwohnern im Süden Berlins, die von einer Genossenschaft realisiert werden sollten. Die Entwürfe sahen typischerweise den Zeilenbau vor. Den Gedanken einer genossenschaftlichen Selbstverwaltung konnte Gropius in seinen Entwürfen offensichtlich nicht architektonisch umsetzen. Jedenfalls lehnten die »Genossen« die Pläne des berühmten Architekten ab.¹³⁶

Objekte bzw. Konsumenten waren die Mieter auch bei der konkreten Ausgestaltung und Pflege der Wohnanlagen. Frei kommentiert dies für Wien mit den Worten: »Die Möglichkeit, Spuren zu hinterlassen, kollektive und kreative Aneignung der Bauten zu dokumentieren, war in den Gemeindebauten im allgemeinen begrenzt. Die Gemeinde legte die Grünanlagen an und in den Häusern gab es nicht mehr viel auszugestalten.« Die Sozialdemokraten verzichteten darauf, an die Kreativität der Mieter zu appellieren.¹³⁷

Basisinitiativen und Mieterdemokratie waren auch nach Erstellung der Neubauten gar nicht oder nur in sehr begrenztem Maße erwünscht. Hausverwalter, Waschmeister und Wohnungsinspektoren wurden zum großen Teil von außen eingesetzt.¹³⁸ Aus Wien sind sogar Behinderungen von Mieter-Initiativen überliefert.¹³⁹ Vielleicht mag es in mancher deutschen Neubausiedlung mehr Handlungsspielraum für Mieterausschüsse gegeben haben, aber im großen und ganzen gilt wohl das, was von Wien bekannt wurde, auch für die Neubausiedlungen der Weimarer Republik (Ausnahme: wiederum ein Teil der Genossenschaftssiedlungen).¹⁴⁰

Die Betrachtung der Bewohner als Konsumenten und Objekte resultierte bei den Architekten des Neuen Bauens sowie beim pädagogisch ambitionierten »Deutschen Werkbund« (1907 gegr.) aus der Annahme, daß die Funktionalität als gestalterisches Grundprinzip der neuen Architektur nicht nur eine ästhetische, sondern auch eine soziale Erfahrung sei, die universellen Charakter trage. Deswegen könne man — so wurde fälschlicherweise angenommen — von einem allgemeinen Verständnis darüber ausgehen. Selbst ein so sozialreformerisch eingestellter Architekt wie Bruno Taut — der Erbauer von Britz — stellte ein rigides erzieherisches Programm für Geschmacksbildung auf.¹⁴¹ Architekten und Sozialdemokraten wollten den neuen Menschen schaffen, wozu auch eine entsprechende Wohnkultur gehören sollte. Doch die Erziehungsobjekte verhielten sich nicht immer so, wie von ihnen verlangt wurde. Stein des Anstoßes war vor allem die Einrichtung der Innenräume. Die Möbel, die die Mieter mitbrachten, waren viel zu groß für die kleinen, funktionell ausgerichteten Räumlichkei-

136 *Ublig*, Stadtplanung, S. 60 f.; vgl. *Werkberichte*, S. XXXV.

137 *Frei*, S. 126. Ähnliches darf für die SPD auch angenommen werden.

138 Die Verwaltung war hierarchisch aufgebaut und wurde zentral von der städtischen Häuserverwaltung geführt. *Frei*, S. 93. Pirhofer und Sieder betonen sehr stark die damit verbundenen Überwachungsfunktionen, nach meiner Ansicht und derjenigen von *Frei* wohl in überspitzter Form. *Pirhofer/Sieder*, z. B. S. 356, 358; *Frei*, S. 131 f. Die Forderung Otto Bauers nach Mieterdemokratie wurde jedenfalls nicht erfüllt. *Frei*, S. 126.

139 Dazu: *Frei*, S. 110 f., 113, 118, 125 ff.

140 Dieser Frage geht im Rahmen des genannten Forschungsprojektes Ronald Kunze nach.

141 Vgl. *Bruno Taut*, *Die neue Wohnung. Die Frau als Schöpferin*, Leipzig 1924, passim.

ten; Plüsch und Nippes waren nicht verschwunden — entgegen allen Bemühungen um die Durchsetzung der Prinzipien einer Neuen Sachlichkeit als bestimmendem Formelement der Wohnungseinrichtung. Die Architekten — so auch z. B. Gropius — wollten diesem »Unverständnis« neuer Wohnkultur ein Ende machen: Den Bewohnern sollten nach ihrer Auffassung am besten gleich volleingerrichtete Wohnungen vorgesetzt werden. So geschah es dann auch bei 30 Wohnungen in der Siedlung Dammerstock in Karlsruhe.¹⁴² Doch solche Vorhaben waren aus Kostengründen meist nicht in größerem Ausmaße möglich, und so blieb es bei den Appellen und der Einrichtung von Musterwohnungen und Musterausstellungen.¹⁴³

Im Unterschied zum ständigen Kampf deutscher progressiver Architekten für einen »guten Geschmack« hielt man sich in Wien auf diesem Gebiete wohlweislich zurück. Statt dessen wollte man dort lieber die Mieter zu »ordentlichen« Kleinfamilien einerseits und zum Gemeinschaftsleben, zu Solidarität und Kollektivität andererseits erziehen (siehe unten).

Doch für Wien und für die deutschen Großstädte gilt gleichermaßen: Weder Sozialdemokraten noch Architekten haben das von ihnen kritisierte Verhalten der Bewohner zu erklären versucht. Gorsen ist zuzustimmen, wenn er konstatiert, daß für die vom »Werkbund« angestrebte Einheitlichkeit von Geschmack und Stilempfinden die gesellschaftlichen Voraussetzungen fehlten. Er verweist zu Recht auf die »Ungleichzeitigkeiten zwischen den tatsächlichen entfremdeten Wohnbedürfnissen (sozial nicht aufgearbeiteter Sehnsucht nach Plüschdecken und scheinbar sicheren Verstecken, nach biedermeierlicher Geborgenheit, überflüssigem Dekor, Gefühlsüberschwang, den ästhetischen Äquivalenten eines regressiven »unglücklichen Bewußtseins«) und einem von avantgardistischer Architektur als Fortschritt eingeforderten sachlichen Lebensstil [. . .]«^{143a}. Hinzu kam, daß die zunehmend asketischen Anforderungen an den arbeitenden Menschen im stark rationalisierten Produktionsprozeß das Bedürfnis nach quasi-ästhetischer Kompensation im Reproduktionsprozeß nährten. Deshalb führte die auch im Reproduktionsbereich geforderte Asketisierung ständig zu Unterlaufungsversuchen seitens der Bewohner. Deshalb kam es zu Problemen im Umgang der Bevölkerung mit dem funktionalen Bauen, das auf solche ungleichzeitigen Bewußtseinsstrukturen keine Rücksicht nahm.

2. Kleinfamiliale Lebensform und geschlechtsspezifische Arbeitsteilung

Die Architektur des Neuen Bauens sowie der Hamburger und Wiener Wohnbauten hatte die traditionellen, »halboffenen Wohnformen« vieler Arbeiterfamilien (Bettgänger, Untermieter; gemeinsam mit anderen Mietparteien zu benutzende Wasserhähne, Klosetts etc.) verschwinden lassen.¹⁴⁴ Trotz der bestehenden Gemeinschaftseinrichtungen, auf die noch später eingegangen wird, förderte die Architektur die Intensivierung der Familie als geschlossene

142 Bauwelt, Jg. XX, 1929, H. 41, S. 968.

143 Zu diesem Komplex siehe *Gertraude Kittler*, Hausarbeit. Zur Geschichte einer »Natur-Ressource«, München 1980, S. 65; Soziale Bauwirtschaft, Jg. 9, 1929, H. 3, S. 52 f.; H. 21, S. 359 f.; *Gisela Stabl*, Von der Hauswirtschaft zum Haushalt — oder wie man vom Haus zur Wohnung kommt. Die Ökonomisierung der Hausfrau, in: *Wem gehört die Welt?*, S. 98 f.

143a Gorsen, S. 692 f., 699.

144 *Lutz Niethammer* unter Mitarbeit von *Franz Brüggemeier*, Wie wohnten Arbeiter im Kaiserreich? In: *Archiv für Sozialgeschichte*, Bd. XVI, 1976, S. 61—134, hier S. 133 f.; *Pirhofer/Sieder*, S. 328.

Kleinfamilie.¹⁴⁵ In diesem Zusammenhang muß auf mehrere Determinanten hingewiesen werden:

In Wien bewirkten die geringen Mietbelastungen und die soziale Ausgestaltung des Mieterrechtes, daß die Familien erstmalig hinsichtlich ihrer räumlichen Existenz längerfristig planen konnten. Dieser familienstabilisierende Faktor war in Deutschland wegen der hohen Mieten weniger ausgeprägt. Auszüge und akute Vermietungsschwierigkeiten sind vor allem aus der Zeit der großen Wirtschaftskrise überliefert. Unterschiede lassen sich auch bezüglich der Aufnahme von Untermietern feststellen. Zwar gab es in den deutschen Neubauwohnungen weniger Untermieter als in den Altbauwohnungen, doch lag der Prozentsatz jener Neubauwohnungen, die Untermieter beherbergten, im Jahre 1927 noch immer bei 13,3 Prozent. In 7,5 Prozent der Neubauwohnungen lebten außer der offiziellen Mieter-Familie noch zusätzlich »Familien ohne eigene Wohnung«.¹⁴⁶ Anders in Wien: Während die Untermieter und »Bettgeher« im Jahre 1890 dort noch 13,4 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachten, waren es 1934 nur mehr 3,3 Prozent. In den Gemeindeneubauten waren die Belegziffern insgesamt niedriger als in den übrigen älteren Arbeiterwohnhäusern.¹⁴⁷

Die Wohnungsausstattung und die Architektur unterstützten den Trend zur abgeschlossenen Kleinfamilienwohnung: Toiletten und Wasserhähne waren in die Wohnungen verlegt worden. Die Ausstattung der Wohnung mit einem Vorraum signalisierte die Abschottung der Kleinfamilie nach außen hin.¹⁴⁸ Das gleiche gilt für die Einzelbalkone, denen im übrigen ein hoher Freizeitwert zukam.

Von den Männern erwartete man, daß sie sich in solchen Wohnungen mehr der Familie widmen und weniger ins Wirtshaus gehen würden. Als eine wesentliche Voraussetzung zur Erreichung dieses Zieles galt allerdings die Veränderung in Einstellung und Verhalten der Hausfrau und Mutter. Durch zentrale Gemeinschaftseinrichtungen (vor allem durch die Zentralwaschküchen) sollte ihr mehr Zeit verbleiben, von der erwartet wurde, daß sie vorrangig der Familie zugute kommen werde. Die schon im 19. Jahrhundert entwickelten und diskutierten Normen der Häuslichkeit, der Familienintimität, der »pflegsamten Kinderaufzucht« etc. wurden nunmehr intensiviert.¹⁴⁹ Hier unterschied sich Wien nicht von den deutschen Großstädten. Kennzeichnend ist die Aussage des Baurats Dr. Brandt/Hamburg, der das Wohnungspflegegesetz mit folgenden Worten begründete: »Wir müssen endlich bei der wachsenden Verschlechterung der Wohnsitten und der zunehmenden Verwahrlosung der Jugend die lässigen Hausfrauen dazu anhalten, daß sie ihre Wohnung sauber halten und pflegen und ihre Kinder dazu erziehen, Fußböden, Wände und Türen als fremdes Eigentum zu achten.«¹⁵⁰ In der neueren Forschung geht man von der Annahme aus, daß der Wandel der gesundheitlichen und sozialhygienischen Standards sowie der »Aufzucht- und Pflegenormen«

145 Pirhofer/Sieder, passim, bes. S. 336.

146 Albrecht u. a., S. 614 f.

147 Joseph Ebmer, Frauenarbeit und Arbeiterfamilie in Wien vom Vormärz bis 1934, in: Geschichte und Gesellschaft, Jg. 7, 1981, H. 3/4, S. 473. Langewiesche, S. 178. Leider sind die Zahlen nicht direkt miteinander vergleichbar. Allerdings zeigen die Zählungen der Nachkriegszeit einen hohen und steigenden Verwandtenanteil in den Arbeiterhaushalten an. 6 Prozent der Gesamtbevölkerung wurden 1934 als mitwohnende Verwandte gezählt. Es scheint, daß gerade die Ausbreitung und Stabilisierung der Arbeiterfamilie als geschlossene Einheit die Bedeutung verwandtschaftlicher Netze erhöhte; Ebmer, S. 460.

148 Pirhofer/Sieder, S. 352 f.; vgl. Frei, S. 89, 103, 107; Wulz, Bd. 2, S. 436, 357 f.

149 Bock/Duden, S. 167, 193; Pirhofer/Sieder, S. 356; Castell, S. 393 f., 378; Ebmer, S. 466.

150 Zeitschrift für Wohnungswesen, Bd. XX, 1922, H. 18, S. 219.

von den Unterschichten offenbar keineswegs spontan und selbstverständlich akzeptiert worden ist, sondern daß diese Werte und Normen »unter Schwierigkeiten und Rückschlägen mittels massiver Beeinflussung im Sinne ›bürgerlicher‹ Verhaltensnormen über ein engmaschiges Netz von Propaganda- und Kontrollinstitutionen durchgesetzt worden« seien.¹⁵¹ Die Frauen wurden besonders ins Gebot genommen. Die Pflege des Familienlebens galt — auch bei vielen Sozialdemokraten — als Sinnerfüllung weiblichen Daseins. Ordnungspolitische Konzepte konservativ-bürgerlicher Sozialreformer wurden allem Anscheine nach auch von den Wiener Sozialdemokraten übernommen.¹⁵² Mit dem Einzug in die Wiener Gemeindebauten gab ein Teil der Frauen ihre Erwerbsarbeit auf. Nicht selten geschah dies wohl unter dem Druck bzw. auf Wunsch der Ehemänner, die — entsprechend dem Vorbild des Kleinbürgertums — in den familienzentrierten Wohnungen offensichtlich immer mehr den sozialen Raum für patriarchalisch strukturierte Erholung und für den Aufbau einer häuslichen Gegenwelt zur bedrohlich und zunehmend entfremdet erscheinenden industriellen Arbeitswelt schätzen lernten.¹⁵³ Was die Ehemänner und Familienväter sich früher nur erträumt hatten, war nun für's erste Wirklichkeit geworden — wenn auch auf kleinstem Raum.

Die neuen Standards in den Sauberkeitsnormen machten sich v. a. bei der Küche bemerkbar. Nach intensiven Diskussionen galten ab 1926 die noch immer weit verbreiteten und in der Arbeiterschaft beliebten Wohnküchen als unhygienisch.¹⁵⁴ Ein Teil der Architekten des Neuen Bauens verfocht statt dessen die sog. Frankfurter Küche, einen Flächenraum von fünf bis sechs Quadratmetern mit volleingebauten Möbeln zu einem Stückpreis von 238 RM.¹⁵⁵ Die Hamburger Architekten hielten sich allerdings bezeichnenderweise auch auf diesem Gebiet wiederum zurück. Man baute in Hamburg, wie übrigens auch in Wien, weiterhin Wohnküchen, um so den herkömmlichen Gewohnheiten der Arbeiterschaft Rechnung zu tragen¹⁵⁶ — wobei gleichzeitig eine räumliche Ausgliederung und Isolierung der Hausfrauen vermieden wurde. Sicht man von den Hamburger Verhältnissen ab, so lief der Trend insgesamt gesehen in der Weimarer Zeit jedoch in Richtung Funktionstrennung und Haushaltsrationalisierung. Die SPD unterstützte diese neuen Bestrebungen und begrüßte hauswirtschaftliche Beratungsstellen, freilich nur für Frauen und Mädchen.¹⁵⁷ Hausfrauen- und Mutterarbeit sollten — auch wenn diese Tätigkeiten »nur« in den Kleinfamilien ausgeübt wurden — fortan regelrecht erlernt werden; eine auf Einzelhaushalte zugeschnittene Professionalisierung der Hausarbeit — freilich ohne Bezahlung — wurde angestrebt.¹⁵⁸

Die Konzentrierung auf die Kleinfamilie und die spezifisch familienbezogene Form der Professionalisierung der Hausfrauenarbeit machten auch alle Versuche zur Etablierung von Einküchenhäusern obsolet.¹⁵⁹ Gewiß ist es schwer vorstellbar, daß Frauen, die sonst nur unterge-

151 *Castell*, S. 394.

152 *Pirhofer*, *Linien*, S. 3.

153 Vgl. *Pirhofer/Sieder*, S. 353.

154 *Ublig*, *Kollektivmodell*, S. 172.

155 Gleichzeitig fanden Bestrebungen zur Mechanisierung der Hausarbeit durch die Anschaffung elektrischer Geräte statt. Diese konnten allerdings nur von den oberen Schichten gekauft werden. Dazu: ebda., S. 109.

156 Allenfalls Kochnischen/Kleinstküchen mit dicht angrenzendem Wohnraum. *Hipp*, *Wohnstadt*, S. 115.

157 *Die Gemeinde*, Jg. 4, 1927, H. 19, S. 904; *Jahrbuch der deutschen Sozialdemokratie*, 1928, Reprint Berlin/Bonn-Bad Godesberg 1976, S. 236.

158 Hier waren auch die Hausfrauenvereine sehr aktiv.

159 *Ublig*, *Kollektivmodell*, passim.

ordnete Positionen im Produktions- und Reproduktionsprozeß innehatten, sich just jenes Instrumentes hätten berauben lassen — ohne die entsprechenden Äquivalente —, durch das sie auch in gewisser Weise schöpferisch tätig sein konnten (soweit die Zeit und der Geldbeutel dies überhaupt zuließen!).¹⁶⁰ Nimmt man die Forderung ernst, bei Reformen an den realen Bedürfnissen der Betroffenen anzuknüpfen, so konnte man über diese (teilweise kompensatorische) individuell organisierte Bedürfnisbefriedigung nicht ohne weiteres hinwegsehen. Doch wären — abgesehen von der Aufhebung der geschlechtlichen Arbeitsteilung — verschiedene Zwischenformen denkbar (z. B. Einzelteeküchen plus Zentralküche mit Gemeinschaftseßraum) sowie eine genossenschaftlich-dezentrale, selbstverantwortete Organisation dieses Bereichs. Die Versuche, das Einküchenhaus trotz unzweifelhafter sozialutopischer Elemente in die Realität umzusetzen, scheiterten.¹⁶¹ Selbst der politisch sehr gemäßigt auftretende Fritz Schumacher in Hamburg machte auf diesem Gebiet eigene negative Erfahrungen. Sein diesbezüglicher Vorschlag für die Siedlung Dulsberg wurde bereits im Vorfeld abgelehnt. Die Senats- und Bürgerschaftskommission für die Wohnungsfrage ließ sich allerdings dabei nicht von etwaigen Bedürfnissen und (Ersatz-)Befriedigungen der Frauen leiten, sondern von gesellschaftspolitischen Überlegungen. Sie lehnte das Einküchenhaus mit folgender Begründung ab: »Diese Neuerung sei nur geeignet, den häuslichen Herd zu zerstören und damit den Familiensinn zu untergraben [. . .]«¹⁶² Ähnlich argumentierte die christlich-soziale Gemeinderätin Walter in Wien: »Es ist auch aus sittlichen Gründen nicht anzuraten, der Hausfrau, namentlich der jungen, alle Sorgen für den Haushalt abzunehmen. Das wird sich später in vielen Belangen rächen. Die junge Hausfrau soll sich nur sorgen, sie soll wirtschaften und sparen lernen, denn das wird ihr für die Zukunft nur von Nutzen sein! Diese Verantwortungslosigkeit im eigenen Hause führt zu nichts anderem als dazu, daß die ganze Arbeitsfreudigkeit getötet wird und daß diese Frauen gar nicht wissen, was sie mit ihrer Zeit anfangen sollen.«¹⁶³ Insgesamt gesehen wurden zum großen Teil die erzielten Arbeitsentlastungen bei der Hausarbeit durch Anspruchssteigerungen hinsichtlich der Haushaltsführung kompensiert — bei gleichzeitiger voller Aufrechterhaltung der geschlechtlichen Arbeitsteilung. Die Sozialdemokraten entwickelten im allgemeinen — soweit sie nicht genossenschaftlich eingebunden waren — keine Alternativen hinsichtlich anderer möglicher Wohnformen und Wohnweisen, weder in Wien noch in Hamburg und anderen deutschen Großstädten.¹⁶⁴

3. Sozio-politische Alltagsstrukturen

Scheinbar in Widerspruch zu den bisherigen Äußerungen über den Trend zur abgeschlossenen Kleinfamilie steht die Tatsache, daß sich die Wiener Siedlungen der 20er Jahre gerade durch Gemeinschaftseinrichtungen auszeichneten. Doch hierin liegt kein Widerspruch, wohl

160 Ein Indiz dafür ist die Tatsache, daß in den Wiener Arbeiterhaushalten der Zwischenkriegsjahre mehr als früher gekocht wurde.

161 Ein Einküchenhaus wurde in Wien gebaut, der von bürgerlichen Mietern bewohnte Heimhof. Neben der Zentralküche gab es auch einen gemeinsamen Speisesaal. Vor allem aus den lohnabhängigen Mittelschichten bewarben sich viele um eine Wohnung in diesem Haus. *Frei*, S. 92.

162 In: *Hipp*, Wohnstadt, S. 25.

163 Protokolle (Stenographische Berichte) der Sitzungen des Gemeinderates 1923, S. 854. Auch gegenüber den neuen Kindergärten gab es Bedenken ähnlicher Art.

164 *Uhlig*, Kollektivmodell, S. 91. Nur ein Teil der Genossenschaften experimentierte mit alternativen Wohnformen.

aber ein Spezifikum der damaligen Zeit: Die großzügig errichteten Gemeinschaftseinrichtungen waren nämlich von der Wohnung funktionell und baulich abgetrennt. Sie trugen additiven Charakter. Deshalb konnte ein Teil von ihnen auch später »ohne weiteres« weggelassen werden.¹⁶⁵ Eine solche Zweigleisigkeit entsprach der Auffassung der Wiener Sozialdemokraten: Diese wollten nämlich die Bewohner *sowohl* zur Kleinfamilie *als auch* zu kollektiven Verhaltensformen erziehen.

Die Wiener Sozialdemokraten hatten gerade im Hinblick auf die Nutzung der gemeinsamen Räumlichkeiten und Einrichtungen große Erfolge zu verbuchen.¹⁶⁶ Dabei waren soziale Komponenten untrennbar mit politischen verwoben. Die aus der sozialen und politischen (relativen) Homogenität der Bewohnerschaft erwachsenen sozio-politischen Alltagsstrukturen waren vielgestaltig, von der gemeinsamen Arbeit in den Zentralwaschküchen über das gemeinsame Lesen in kleinen Bibliotheken bis hin zur gemeinsamen Ausnützung der Club-, Versammlungs- und Werkräume. Die Wohnhöfe bildeten Zentren der Kommunikation. Alltag und Politik waren über den gemeinsam zu nutzenden Raum vermittelt; politisches Bewußtsein konnte sich prozeßhaft aus der kollektiven Verarbeitung der Probleme und Widersprüche im Alltag entwickeln. Gemeinsame politische Grundüberzeugungen führten zu intensiver Kommunikation und solidarischem Zusammenhalt. Es kam zu beachtlichen Ansätzen einer Arbeiterkultur, vor allem einer Arbeiterfestkultur, wobei freilich auch Normen und Werte der hegemonialen bürgerlichen Kultur übernommen wurden.¹⁶⁷ Insgesamt können die Höfe als »Spuren kollektiver Utopien der Arbeiterbewegung« begriffen werden.¹⁶⁸

Die Alltagsstrukturen der deutschen Neubauviertel sind bislang noch kaum erforscht worden. Sie sind auch wohl von Quartier zu Quartier unterschiedlich gewesen. Nach heutigem Wissensstand kann folgendes (hypothetisch) angenommen werden: Je mehr eine Siedlung über Gemeinschaftseinrichtungen verfügte, desto mehr kam es zu lockeren situativen Formen von Beziehungen, zumal wenn die Architektur außerdem — wie in der Dulsberg-Siedlung und in der Jarrestadt — kommunikationsfreundliche Konturen aufwies (z. B. Höfe).

Zu einem intensiveren Quartierleben ist es vermutlich vor allem dort gekommen, wo die Bewohner politisch relativ homogen zusammengesetzt waren. Dies gilt jedenfalls für die Siedlungen Britz¹⁶⁹ und Westhausen¹⁷⁰ sowie für einen Teil der Genossenschaftssiedlungen. In diesen Fällen sprach man von den sog. »Roten Siedlungen«, da die meisten Siedler der Arbeiterbewegung nahestanden. Ob und ggf. wie sich das Alltags-Quartierleben in diesen Siedlungen von jenem der Wiener Wohnhöfe unterschieden hat, bedarf noch genauerer Untersu-

165 Für Wien: *Pirhofer*, Linien, S. 3; ähnlich *Kulemann*, S. 344; *Karla Krauss/Joachim Schlandt*, Der Wiener Gemeindewohnungsbau — ein sozialdemokratisches Programm, in: *Hans G. Helms/Jörn Janssen* (Hrsg.), Kapitalistischer Städtebau, Neuwied/Berlin 1970, S. 121.

166 Hierzu und zum folgenden siehe *Frei*, S. 70, 88, 94 f., 98, 118, 125, 128; vgl. auch z. B. *Kainrath*, in: Kommunalen Wohnungsbau; *Gorsen*, S. 695; für die Hamburger Großsiedlung Dulsberg siehe *Hachmann*, S. 112 f. Nur die Gemeinschaftsbäder waren offensichtlich wenig beliebt, vermutlich, weil festgesetzte Zeiten eingehalten werden mußten. Ebda.; *Funke*, 1974, S. 122; vgl. zudem *Albrecht u. a.*, S. 253. Es gibt allerdings auch einschränkende Äußerungen hinsichtlich der Benutzerfreudigkeit, selbst für Wien: siehe hierzu z. B. *Frei*, S. 98 f.

167 Z. B. das »In-Schale-Werfen« bei Kulturveranstaltungen oder bestimmte inhaltliche Äußerungen in Gedichten und Liedern. *Frei*, S. 62.

168 *Pirhofer*, Linien, S. 2.

169 *Theo Hilpert*, Hufeisensiedlung Britz, 1926 bis 1980. Ein alternativer Siedlungsbau der 20er Jahre als Studienobjekt, Berlin 1980, passim.

170 Stadtarchiv Frankfurt S 3/E 867.

chung. Vermutlich erreichte es nicht immer den Intensitätsgrad, der das Wiener »Hof«leben auszeichnete.

Wie wichtig die Frage nach der relativen politischen Homogenität bzw. Heterogenität der Bewohnerschaft für die Ausprägung des Quartierlebens ist, zeigt ein Vergleich der Hamburger *alten* Stadtteile mit den dortigen *Neubauvierteln*. Typisch für das »alte Hamburg« waren Quartiere, deren Bewohnerschaft hinsichtlich ihrer Sozialstruktur und ihrer politischen Ausrichtung relativ homogen war und über ein intensives Kommunikationsnetz verfügte. (Sozialdemokraten und Kommunisten hatten ihre Hochburgen in verhältnismäßig geschlossenen Arbeiterwohngebieten.¹⁷¹ Dies läßt sich auch anhand der Wahlergebnisse belegen.) Im Unterschied dazu wiesen die großen Neubaugebiete in Barmbek-Nord (39 Prozent aller Neubauten Hamburgs), in Hamm (18 Prozent) und in Winterhude (12 Prozent) Wahlergebnisse auf, die Durchschnittswerten entsprachen, d. h. also bezüglich der politischen Präferenzen der Mieter/innen viel gemischer waren.¹⁷²

Demnach waren wohl auch die Kommunikationsstrukturen lockerer und »nur« auf die Alltagsbewältigung bzw. auf situative Begegnungen ausgerichtet; jedenfalls ist aus der Siedlung Dulsberg nichts anderes überliefert.

In Wien wurden für die Wohnanlagen überwiegend Standorte ausgesucht, die die sozialräumliche Gliederung der Stadt unverändert ließen.¹⁷³ Die sozio-politische Segregation wurde meist nicht aufgehoben, sondern die Tendenz der sozial-geographischen Polarisierung eher noch verstärkt. Da die meisten Wohnhöfe in Arbeiterbezirken gebaut wurden (!), stammte die Mehrzahl der Mieter wohl auch aus demselben Stadtteil. So entfielen die Probleme einer Entwurzelung bzw. einer Zerreißung angestammter Lebens- und Arbeitszusammenhänge.¹⁷⁴ Die Mieter waren überwiegend sozialdemokratisch orientiert. Dementsprechend fielen auch die Wahlen aus; die Mieter entschieden sich überwiegend für die SDAP.¹⁷⁵

Ungeachtet der häufig sehr heterogenen politischen Zusammensetzung der Mieterschaft in den deutschen Neubauvierteln, versuchte die SPD es ihrer österreichischen Schwesterpartei nachzumachen und im Hinblick auf Wähler- und Mitgliederzahlen zu profitieren. Der Wohnungsneubau zeige — so proklamierte die SPD —, daß man sich »wie in vielen anderen Wirtschaftszweigen auf dem Wege zum praktischen Sozialismus« befinde.¹⁷⁶ Man wetteiferte mit dem »Roten Wien«. Charakteristisch im Vergleich zu Wien aber war, daß Identifikationsversuche der deutschen Sozialdemokratie mit »ihren« Neubausiedlungen Brüche aufwiesen. Zum einen bildeten die allzu hohen Mieten einen permanenten Störfaktor, zum anderen war die Wohnungsbaupolitik meistens auch sonst Ausfluß einer Kompromißpolitik der Parteien, wie dies auch in folgendem Zitat aus der SPD-nahen Zeitung »Hamburger Echo« deutlich wird. Hier heißt es: »Uns ist neu, völlig neu, daß die Wohnungsbaupolitik in Ham-

171 Aus Hamburgs Verwaltung und Wirtschaft, 1931, S. 177. Die SPD hatte ihre Hochburg in Barmbek-Süd, die KPD in Neustadt und St. Pauli.

172 Ebda., 1930, S. 224; Hipp, Wohnstadt, S. 32.

173 Allerdings gab es auch Wohnhof-Enklaven in rein bürgerlichen Vierteln, was den Sozialdemokraten bei den Wahlen Vorteile brachte. Insgesamt wurden 238 Wohnbauten in Arbeiterbezirken, 92 in bürgerlichen Bezirken und 42 in sozial gemischten Bezirken errichtet. Wulz, Bd. 2, S. 510 ff.

174 Vgl. Werkberichte XXXVII; Wulz, Bd. 2, S. 510 ff.

175 Zu den Wahlen siehe Protokolle (Stenographische Berichte) der Sitzungen des Gemeinderates 1921, S. 1993 f.; 1929, S. 2309; Frei, S. 104.

176 So Hermann Beims, in: Jahrbuch der deutschen Sozialdemokratie, 1928, Reprint Berlin/Bonn-Bad Godesberg 1976, S. 349.

burg eine sozialdemokratische Politik gewesen ist. Wir hätten zwar sehr gewünscht, daß sie es gewesen wäre [...]«¹⁷⁷ Deshalb kam es wohl auch nur vereinzelt zu Identifikationsversuchen der SPD, die auf bestimmte *räumliche* Objekte ausgerichtet waren, so z. B. hinsichtlich des von der Schiffszimmerer-Genossenschaft in der Jarrestadt erbauten Otto-Stolten-Hofs. Hier wurde bei der Einweihungsfeier, ähnlich wie im »Roten Wien«, der Gemeinschaftsgeist, die Solidarität, die hier greifbare Gestalt angenommen habe, hervorgehoben.¹⁷⁸ Im allgemeinen blieb aber der räumlich-konkrete Bezug bei den Identifikationsversuchen eher im Hintergrund. Statt dessen versuchte die SPD die politische Identifikation über Hinweise auf die allgemeinen Fortschritte in der Wohnungsbaupolitik zu erzielen, vor allem in bezug auf erreichte Quantitäten und Qualitäten. Die Widersprüche in der Wohnungsbaupolitik blieben dabei verdeckt, so wenn man mit Blick auf die Wohnungsbaupolitik meinte, daß »alles zum Sozialismus« dränge.¹⁷⁹

Schließlich wiesen die Identifikationsversuche der SPD noch andere Probleme auf. Das Bestreben dieser Partei ging nämlich nicht etwa dahin, sozialdemokratische und gegenkulturell angelegte Sozialräume zu schaffen. Statt dessen forderte man die Errichtung sog. Gemeinde- und Volkshäuser in einzelnen Stadtvierteln, die als — (klassen- und schichtenübergreifendes) — »Symbol eines neuen Daseinsbewußtseins des Großstadtmenschen« und als Symbol, »das die furchtbaren sozialen Spannungen und kulturellen Differenzierungen in der Gegenwart durch die Befreiung der Persönlichkeit von Not und Zwang überwindet«, wirken sollten.¹⁸⁰ Die SPD wollte, wie sie selbst in diesem Zusammenhang bekundete, keinen »Kulturkampf, weil [...] das Kulturbewußtsein [ohnehin] einem organischen Wachstumsvorgang unterworfen« sei. Es gehe um »das Kulturerbe der Menschheit«.¹⁸¹ Hierfür seien die sozialen Voraussetzungen zu schaffen. Gewiß wollte die SPD ihren Charakter als Solidargemeinschaft erhalten¹⁸², aber diese sollte vorrangig durch die Partei und durch die vielen der Partei nahestehenden Arbeitervereine (z. B. Arbeiterturnvereine) vermittelt werden und nicht durch die Schaffung sozialdemokratisch orientierter Sozialräume in Neubauvierteln.

Die Wiener Wohnhöfe unterschieden sich in dieser Beziehung ebenfalls von den Hamburgischen und den meisten anderen deutschen Neubausiedlungen. Dort wurde die Identifikationspolitik auf die Spitze getrieben. Der Stolz der SDAP auf das »Rote Wien«, vor allem auf den Wohnungsbau, war unübersehbar. Man sprach vom »Stück Sozialismus«, vom »sozialistischen Willen«. Demgegenüber trat Otto Bauers Einschätzung der Gemeindebauten, daß diese nämlich noch nicht das sozialistische Endziel darstellten¹⁸³, in den Hintergrund. Die Einweihungsfeiern wurden zu großen Demonstrationen sozialdemokratischer Politik; aus den sozialdemokratischen Mieter-Wählern wurden häufig sozialdemokratische Mitglieder, die Wohnhöfe bildeten die Raumstruktur für die Herausformung politischer Gegenkultur. Vorhandene Gemeinschaftsräume wurden für sozialdemokratische Organisationen und

177 In: *Hipp*, Wohnstadt, S. 39; vgl. auch *ders.*, Wohnungen, S. 476 f.

178 *Hipp*, Wohnstadt, S. 39; vgl. Projektgruppe Arbeiterkultur, a. a. O., S. 60 f.

179 Die Gemeinde, Jg. 4, 1927, H. 22, S. 1015.

180 Ebda., H. 20, S. 956.

181 Ebda., S. 956 f. Diese sozialdemokratische Kulturauffassung hatte Tradition. Siehe dazu: *Brigitte Emig*, Die Veredelung des Arbeiters. Sozialdemokratie als Kulturbewegung, Frankfurt/New York 1980, *passim*.

182 *Peter Lösche*, Über den Zusammenhang von reformistischen Sozialismustheorien und sozialdemokratischer Organisationspraxis in der Weimarer Republik. Einige Überlegungen, in: *Heimann/Meyer* (Hrsg.), S. 330.

183 In: *Pirhofer*, Linien, S. 2.

Versammlungen zur Verfügung gestellt. Politische Redner traten in den Höfen auf. Im Unterschied zu den deutschen Neubausiedlungen wies das Alltagsleben in den Wiener Wohnhöfen stark ausgeprägte soziopolitische Komponenten auf.¹⁸⁴

Das nicht-sozialistische Bürgertum fühlte sich dadurch permanent herausgefordert. Diese Häuser würden, so meinte einer von ihnen, immer »Sammlungspunkte gesellschaftsfeindlicher Elemente, die den Hütern der öffentlichen Ordnung stets zu tun geben und daher dauernde Unruheherde inmitten unserer schönen Stadt« bleiben würden.¹⁸⁵ Die gesellschaftspolitische Konfrontation war vorprogrammiert; insofern konnten die Wiener Wohnhöfe gar keinen statischen »Lagercharakter« annehmen¹⁸⁶, sondern sie gerieten unwillkürlich früher oder später »in Bewegung«¹⁸⁷. Die erst latente und später auch manifeste Bedrohung Wiens durch die bürgerlichen, halbfaschistischen Sammlungskräfte gab dem »Roten Wien« von Anfang an eine hochpolitische Note und verhinderte die Herausbildung kommunalpolitischer Behäbigkeit und subkultureller Wohnhofidyllik.

Da der Kampf schließlich mit einer Niederlage der Wiener Arbeiterbewegung endete, stellen sich Fragen nach möglichen Defiziten, auf die jedoch hier nicht eingegangen werden kann.¹⁸⁸ In unserem Zusammenhang interessiert vor allem die Tatsache, daß die Bedeutung der Neubauviertel in den Kämpfen gegen den (Austro-)Faschismus in Wien und Hamburg sowie in den meisten anderen deutschen Großstädten sehr differierte¹⁸⁹: Im Unterschied zu den meisten Neubausiedlungen der Weimarer Republik wurden die Wiener Wohnhöfe zu Bastionen militanter Verteidigung gegen die Angriffe des Austrofaschismus, hierin vergleichbar mit den Kämpfen in den *alten* Arbeitersiedlungen in Hamburg und anderswo.¹⁹⁰

184 Zu diesem ganzen Komplex siehe *Frei*, S. 60, 91, 95 f., 99 f., 125, 129; *Wulz*, Bd. 2, S. 563; *Pelinka*, S. 70; *Hautmann/Hautmann*, S. 90, 220; *Gorsen*, S. 698; *Novy*, Gemeindewohnungsbau, S. 22; *Werkberichte*, S. XXVI.

185 In: *Krauss/Schladt*, S. 124.

186 Die sozialen Spannungen schlugen sich auch in der hohen Anzahl der Anträge an die Schlichtungsstellen zwischen Mietern und Hausbesitzern nieder. *Bauböck*, S. 44. Zur Diskussion um den »Lagercharakter« siehe einleitend *Frei*, S. 130 f.

187 Es war dies allerdings eine »Bewegung wider Willen«. Nach der Vorstellung der SDAP sollte nämlich das »Rote Wien« nicht in den Bürgerkrieg führen, sondern man wollte durch eine stetige Zunahme der Stimmenanzahl bei den Wahlen im Lande einen friedlichen Übergang zu einer sozialistischen Gesellschaft erreichen. Die großen Wahlerfolge der SDAP innerhalb Wiens nährten fälschlicherweise die Hoffnung der Sozialdemokraten, über Wien einst ganz Österreich erobern zu können. — Die Wahlerfolge in Wien zeigen jedoch, daß man mittels einer gezielt sozial orientierten Politik Stimmen hinzugewinnen kann, was von Teilen der Wahlforscher im allgemeinen bestritten wird. *Pelinka*, S. 76.

188 Vor allem ist hier auf das Defizit der außerparlamentarischen Mobilisierung der Massen zu verweisen. So *Bauböck*, S. 85; *Hautmann/Hautmann*, S. 55 f.

189 Dazu anregend: *Detlev Lehnert*, Sozialcharakter, politisches Selbstverständnis und Klassenstrategien der Weimarer Sozialdemokratie. Thesen zum Verhältnis von Parteihabitus und sozialistischem Transformationspotential, in: *Heimann/Meyer* (Hrsg.), S. 269. Lehnert arbeitet im übrigen derzeit an einer Vergleichsstudie über Berlin und Wien in den zwanziger Jahren.

190 *Niethammer (Brüggemeier)*, S. 109. Siehe auch neuerdings über Altona die wichtigen Beobachtungen von *Anthony P. McElligott*, »Das Abruzzenviertel«. Arbeiter in Altona 1918—1932, in: *Arno Herzig u. a.* (Hrsg.), S. 495; vgl. auch *Michael Grüttner*, Soziale Hygiene und soziale Kontrolle. Die Sanierung der Hamburger Gänge-Viertel 1892—1936, in: ebda., S. 365. Ähnlich wie in den alten Stadtvierteln traute sich die SA sogar noch in der ersten Phase nach der Machtübernahme Hitlers nicht so ohne weiteres in die der SPD und KPD nahestehende Siedlung Westhausen/Frankfurt. Stadtarchiv Frankfurt S 3/E 867. Es wäre im übrigen interessant, Näheres über das Verhältnis von Kommunisten und Sozialdemokraten in einem solchen Neubauquartier in Erfahrung zu bringen.

ZUSAMMENFASSUNG

Als Fazit des Vergleichs der Wohnungsbaupolitik in Hamburg mit der in Wien ist festzustellen, daß die Varianz hinsichtlich der ausgeübten Praxisformen sehr groß ist. Zwar gibt es gemeinsame Grundzüge. Vor allem sind hier die Erreichung großer Quantitäten im Wohnungsbau und die massenhafte Durchsetzung eines relativ hochwertigen qualitativen Standards in bezug auf die Wohnungsausstattung zu nennen, wodurch dem neuen, öffentlich geförderten Kleinwohnungsbau der 20er Jahre historische Bedeutung zukommt. Doch die Unterschiede überwogen. In der Architektur sind sie besonders auffallend, obwohl gerade hier Hamburg einen Mittelweg zwischen den Extremen rein funktionalistischen Bauens und der Wiener Wohnhof-Architektur einzuschlagen bemüht war. Nicht nach Hamburg, sondern nach Frankfurt kamen deshalb auch die Architekten und Städteplaner aus der ganzen Welt, um sich die Früchte des Neuen Bauens bzw. des funktionalistischen Baustils anzusehen. Nach Wien reisten sicherlich weniger Architekten, dafür mehr Kommunalpolitiker, Pädagogen, Sozialhygieniker, Journalisten und jene, die hier die erste Arbeiterregierung der Welt, wie Kautsky dies einmal emphatisch ausdrückte, bestaunen wollten.¹⁹¹

Unterschiede zwischen Wien und Hamburg ergaben sich auch im Hinblick auf die Kapitalverwertungsinteressen. In Wien waren diese zwar nicht durchgängig strukturell eliminiert (Erhaltung des Privatbesitzes auf dem Wohnungssektor, vor allem im Althausbestand), aber in funktioneller Hinsicht de facto suspendiert bzw. im Gemeindewohnungsbau sogar ganz ausgeschaltet worden. In Deutschland dagegen blieben die Kapitalverwertungsinteressen gerade im Neubausektor gewahrt, woraufhin größere Quantitäten an Wohneinheiten (allerdings mit sozial nicht vertretbaren Kostenmieten) erstellt wurden. (Nur beim Altbaubestand verminderte die gesetzliche Mietpreisregelung zeitweise die Profite beträchtlich.)

Große Teile der SPD hatten ganz auf die Karte des (subventionierten) Sozialen Wohnungsbaus gesetzt. Zweifelsohne erzielten sie damit relativ bedeutsame Erfolge — nicht nur hinsichtlich der schon erwähnten Quantitäten und Qualitäten im Wohnungsneubau, sondern sogar auch bezüglich der Mietpreishöhe: Die subventionierten Mieten verzeichneten einen geringeren Anstieg als die allgemeine Preisentwicklung und die Baukosten jener Jahre.¹⁹² Trotz dieser beachtlichen Erfolge wurde jedoch schon damals evident, daß mit einer Politik des Sozialen Wohnungsbaues das erstrebte Ziel nicht erreicht werden könne: nämlich sozial vertretbare und gleichzeitig kostendeckende Mieten! (Erst im Laufe mehrerer Jahrzehnte, nachdem die Neubauviertel der 20er Jahre zu Altbauvierteln geworden waren, wurde die Schere geschlossen!)

Beachtenswert sind ferner die unterschiedlichen Konzepte beim Aufbau einer alternativen Ökonomie und Kultur. In Deutschland konzentrierten sich die Bemühungen der Gewerkschaften und eines (großen) Teils der SPD auf die Gründung und Förderung gemeinwirtschaftlicher Unternehmen, von den Konsumvereinen über Arbeiterbanken bis hin zu den gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften und Bauhütten. (Freilich »blieb es nicht aus«, daß sich viele gemeinwirtschaftliche, den Gewerkschaften nahestehende Kapitalgesellschaften

191 In: Kulemann, S. 344; vgl. auch Novy, Gemeindewohnungsbau, S. 18 f. Novy bezeichnet das »Rote Wien« als — wohl bewußt überspitzt formuliert — sozialistischen Transformationsversuch. Allerdings darf dabei nicht vergessen werden, daß der Hausbesitz nicht enteignet worden war, so daß stets die Möglichkeit bestand, ohne besonders große Schwierigkeiten zu privatkapitalistischen Verhältnissen auf diesem Sektor zurückzukehren; vgl. auch Krätke, S. 236.

192 So Witt, S. 406.

hinsichtlich ihrer betriebswirtschaftlichen und arbeitsorganisatorischen Struktur — die vorrangig auf Effizienz und Leistung ausgerichtet war — immer mehr der Denk- und Arbeitsweise privatwirtschaftlicher Kapitalgesellschaften ähneln, noch bevor der deutsche Faschismus sämtlichen alternativen ökonomischen und kulturellen Ansätzen ohnehin ein Ende bereiten sollte.)

Der wesentliche Unterschied zu Wien lag auf diesem Gebiet zum einen in dem konzeptionell und strukturell entkoppelten Nebeneinander von Kommunalwirtschaft und Gemeinwirtschaft, von Ausnahmen wie Frankfurt einmal abgesehen. (Allerdings gelang es bei kommunalpolitisch günstiger Konstellation, zumindest eine relativ enge informelle Vernetzung zwischen Gemeinwirtschaft und Kommunalbürokratie zu erreichen — sei es in Form persönlicher Verbindungen, sei es in Form objektbezogener Kooperation.)

Zum anderen lag der Unterschied zu Wien auf diesem Gebiet in der Unterschätzung der Bedeutung von gemeinsam nutzbaren Räumen für den Aufbau einer an den Alltagsbedürfnissen der Menschen anknüpfenden (alternativen) politischen Kultur. Zwar gab es auch in Deutschland den Wiener Wohnhöfen entsprechende Ansätze, so in Hamburg. Vor allem sind hier die der Arbeiterbewegung nahestehenden (kleinen) Wohnanlagen einiger Baugenossenschaften zu nennen. (Die Weimarer Zeit gilt als die Blütezeit der deutschen Baugenossenschaften!) Doch solche Genossenschaften gerieten im Gesamtgeschehen mit der Zeit immer mehr ins Hintertreffen, zumal sie von seiten der SPD und der Gewerkschaften nur eine begrenzte und nicht spannungsfreie Unterstützung erfuhren.

Ferner muß noch auf die unterschiedlichen Kulturauffassungen der SPD und der SDAP hingewiesen werden. Während die SPD — ungeachtet emanzipativer Intentionen — stärker als die SDAP politisch neutralisierend wirkende Kulturauffassungen vertrat (Wettstreit um das allgemeine kulturelle Erbe der Menschheit) und danach vielfach auch handelte, scheuten sich die Wiener Sozialdemokraten nicht, den Wohnungsbau und die Wohnhöfe offen in den Dienst des Aufbaues einer klassenorientierten, an die Alltagsbedürfnisse der Menschen anknüpfenden und sich auch politisch artikulierenden Solidargemeinschaft zu stellen. Alltag und Politik waren dort vergleichsweise eng miteinander verzahnt. Die Wohnhöfe bildeten das wichtigste räumliche Scharnier. Beiden Parteien gemeinsam war der Versuch, nicht zuletzt über eine verbesserte Wohnkultur den »neuen Menschen« zu schaffen und die »kulturelle Hebung« des Volkes — als Vorbedingung zur Verwirklichung der sozialistischen Ziele — zu erreichen (»Kultursozialismus«).

Die alte, jedoch noch immer diskutierte Frage, ob es überhaupt sinnvoll gewesen sei, im »kapitalistischen Meer« eine »halbsozialistische Insel« aufzubauen und auf eine Weiterentwicklung zu hoffen, läßt sich nicht abstrakt beantworten. Es müssen hierfür die konkreten politischen *Bewegungen* und Kämpfe berücksichtigt werden: Ließ sich dadurch etwas »in Bewegung setzen«? Wurden wichtige Nervenstränge der hegemonialen Kultur davon tangiert? Für das »Rote Wien« kann man diese Fragen bejahen. Daß dies alles schließlich mit einer totalen Niederlage endete, geschah nicht zwangsläufig.

Deshalb kommt dem »Roten Wien« noch heute historisch-politische Relevanz zu. Obwohl die sozialutopischen Komponenten, die stets auch mit dem »Roten Wien« verbunden waren, unübersehbar sind (oder gerade deshalb?), beginnt man sich heute erneut — im Zuge des Zusammenbruchs des Sozialen Wohnungsbaus »alter Art« — auf dieses historisch bedeutsame Experiment der 20er Jahre zu besinnen.

Für deutsche Sozialdemokraten der Weimarer Zeit war das »Rote Wien« trotz partieller Kritik (besonders hinsichtlich der Architektur und der Kleinheit der Wohnungen) das große

Vorbild.¹⁹³ In vielen Variationen lobten sie die vorzügliche Steuer- und Wohnungspolitik der Wiener Schwesterpartei. Doch zog man daraus keine politischen Konsequenzen, nicht einmal im Hinblick auf gleichlautende konkrete Forderungen. Fast scheint es so, als ob es für deutsche Sozialdemokraten *damals* verbindlich wurde, Wien als unverbindliches Vorbild hinzustellen.

193 Zum Vorbildcharakter vgl. z. B. Die Gemeinde, Jg. 4, 1927, H. 17, S. 786 ff.; H. 6, S. 260 ff.; Jg. 7, 1930, H. 24, S. 1151; Lippmann, S. 336; Fülberth, Theorie, S. 376.